

AFRIKAS DEVISE

Die Völker Afrikas sind mit Recht stolz auf ihre Erfolge im Kampf gegen den Kolonialismus. Etwa zwei Jahrzehnte (seit 1960) haben sie gebraucht, um die politische Herrschaftsstruktur der Westmächte fast in ganz Afrika zu vernichten und Ansehnliches für das Erstarken seiner 50 unabhängigen Staaten zu tun. Im Unabhängigkeitskampf trat das Einheitsstreben der Völker Afrikas zutage, und so entstand die OAU, die Organisation der Afrikanischen Einheit. Ihre Gründung gab sie am 25. Mai 1963 in Addis Abeba bekannt, und seitdem wird dieser Tag alljährlich als Tag der Freiheit Afrikas begangen.

In den beiden Jahrzehnten sind weitere afrikanische Staaten hinzugekommen. Siegreich endete der bewaffnete Unabhängigkeitskampf der portugiesischen Kolonien und der letzten britischen in Afrika, Simbabwes. Eine Anzahl junger Staaten baut eine auf sozialer Gerechtigkeit fußende Gesellschaft auf und schafft die Voraussetzungen für den Übergang zum sozialistischen Aufbau.

In vielen Ländern Afrikas, besonders den sozialistisch orientierten, sind bei der Alphabetisierung, bei der Schaffung nationaler Bildungs- und Gesundheitswesen gewisse Erfolge erzielt worden. Die Wirtschaft wächst, größtenteils aber durch eine Mehrung der herkömmlichen Agrarproduktion. Viel bescheidener sind die Erfolge in der nationalen Industrie.

Bemerkenswerterweise haben gerade die Völker Afrikas, die den Freiheitskampf später als andere aufnahmen, einen unüberwindlichen Drang nach Einheit bewiesen. Weder in Asien noch in Lateinamerika konnten die frei gewordenen Völker bisher kontinentale Organisationen gründen, die so wie die OAU in Afrika die gemeinsamen Interessen wahren würden. Die OAU hat den Zusammenschluß der Länder Afrikas auf antiimperialistischer und antikolonialistischer Grundlage auf ihre Fahnen geschrieben.

Die Politik des Imperialismus ist von Natur aus darauf ausgerichtet, die Völker zu entzweien und gegeneinander aufzuhetzen. In Afrika zeigt sie sich vor allem in den Versuchen, die OAU zu

schwächen, zu unterminieren und sogar zum Zerfall zu bringen. Sie hindert Washington ja daran, die Länder Afrikas in seine antisowjetische Globalstrategie einzubeziehen. Mit Reagans Machtantritt begann Washington, die OAU zu torpedieren, wobei ihm Frankreich, das gewissen Einfluß auf ungefähr anderthalb Dutzend Staaten Afrikas hat, Hilfestellung leistet.

Für dieses Jahr ist geplant, das 20jährige Bestehen der OAU mit einer Festtagung in Addis Abeba zu begehen, der die Staats- und Regierungschefs der OAU-Länder beiwohnen sollen. Durch die Quertreibereien der Einheitsgegner ist jedoch eine heikle Situation entstanden. Die "Times of Zambia" schreibt, ein Scheitern der OAU-Tagung wäre für die USA ein Gewinn und für Afrika ein Verlust. Sehr richtig! Deshalb bemühen sich viele afrikanische Länder nach Kräften darum, daß die Tagung stattfindet und die OAU nicht gespalten wird.

Es liegt im Lebensinteresse Afrikas, daß die Einheit seiner Staaten nicht nur erhalten bleibt, sondern auch gefestigt wird und größere Effektivität erlangt. Die Imperialisten sind über die OAU ja deshalb hergefallen, weil sie darauf rechnen, ohne sie ungehindert das Apartheidregime in der RSA unterstützen, Namibia weiter ausbeuten, die nichterklärten Kriege gegen die "Frontstaaten" fortsetzen und auf diesem Kontinent neue neutralistische Punkte schaffen zu können. Man kann sich vorstellen, was für schwere Folgen diese Politik für die noch nicht erstarkten Staaten Afrikas hätte.

Heutzutage gibt es aber Kräfte, die einer solchen Entwicklung entgegentreten können. Die stärkste ist die internationale Solidarität. Auf Beschuß der UNO-Vollversammlung wird jedes Jahr vom 25. Mai an eine Woche der Solidarität mit den kämpfenden Völkern des südlichen Afrikas abgehalten. Es ist symbolisch, daß die UdSSR gerade vor dieser Woche ihre Solidarität mit den Völkern des südlichen Afrikas bekräftigt hat. Bei der Zusammenkunft Juri Andropows mit dem Staatschef Angolas, Jose Eduardo dos Santos, haben beide Seiten gefordert, daß die RSA ihre Aggression und ihre Wühlakte gegen die VR Angola und die anderen "Frontstaaten" einstellt. Der sowjetische und der angolanische Spitzenpolitiker haben ferner den sofortigen Abbruch der widerrechtlichen Besetzung Namibias durch die Rassisten der RSA und die Befolgung der UNO-Beschlüsse über die Unabhängigkeit Namibias gefordert.

Auf die internationale Solidarität gestützt, sind die tapferen und standhaften Völker Afrikas, wenn sie fest zusammenstehen, durchaus fähig, allen ihren Feinden eine Abfuhr zu erteilen. Die Devise Afrikas: "Einheit!", die vor 20 Jahren in Addis Abeba ausgegeben wurde, ist heute aktuell wie nur je.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 21 MAI 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYEMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Afrikas Devise	1
M. Tscheroussow — Wege zum kernwaffenfreien Europa	5
M. Nolc — „Für Frieden und Leben, gegen Kernkrieg“	7
D. Wolski — Alarm aus Nikosia	8
W. Komarow — Iran. Exzesse gegen Patrioten	10
D. Sgerski — Naher Osten. Frieden oder Fallstrick!	11
J. Lugowskoi — Südostasien. „Neue Dimensionen“ der japanischen Politik	12
A. Baryschew — Auf dem Pulverfaß	13
V. Semjonow — Frankreich. Evolution der Militärdoktrin	14
I. Titow — Die Eile der Tories	15
Notizen ♦ Glossen	16
Washingtons wirtschaftlicher „Kreuzzug“	
A. Kalugin — Die Waffe COCOM	18
G. Nikolajew — Eigentor	18
O. Morgatschow — Verlustgeschäft — für wen?	20
O. Valentinow — Rücksichtslos	22
J. Botschkarjow — Nationales Selbstbewußtsein	23
W. Dolgow — Nikaragua. „Freiheitskämpfer“?	24
B. Koslow — Indiens kosmische Bahnen	26
A. Segurow — Unser Wetter, unser Klima (Wissenschaft, Technik, Menschheit)	27
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Der Wirtschaftskrieg, den die USA im Rahmen des Kreuzzugs gegen die sozialistischen Länder angezettelt haben, soll die für beide Seiten vorteilhafte Ost-West-Zusammenarbeit stören

Gestaltung: A. GARANIN

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“. Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR. 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad. Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 14. Mai erschien eine Mitteilung über eine turnusmäßige Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU, die die Ergebnisse des offiziellen Freundschaftsbesuchs der von Erich Honecker geführten Partei- und Staatsdelegation der DDR in der UdSSR behandelte. Das Politbüro hieß die Verhandlungen einer von Juri Andropow geführten sowjetischen Partei- und Staatsdelegation mit den hohen Gästen gut und stellte fest, daß der Freundschaftsbesuch sowie die Aussprachen und Zusammenkünfte der Spitzenfunktionäre der beiden Parteien und Staaten dazu beitragen werden, die engen, festen Verbindungen zwischen der UdSSR und der DDR weiter zu vertiefen und auszubauen. Gebilligt wurde die Mitteilung Andrej Gromykos über seine Aussprachen mit dem venezolanischen Außenminister Jose Zambrano. Pjotr Demitschew informierte das Politbüro über die Beteiligung einer Delegation der KPdSU am IV. Parteitag der FRELIMO, der im April in Mosambik stattfand. Ferner debattierte das Politbüro über einige andere Fragen der Innen- und Außenpolitik.

Vom 12. bis zum 15. Mai fand in Kopenhagen der XXVII. Parteitag der KP Dänemarks statt. Das ZK der KPdSU schickte ihm ein Begrüßungsschreiben, in dem es heißt: "In der UdSSR weiß man sehr wohl, daß die KP Dänemarks gemeinsam mit allen Fortschrittskräften energisch gegen die Ausführung der verhängnisvollen Pläne der USA und der NATO in Westeuropa auftritt und sich dafür einsetzt, daß Nordeuropa zu einer von Kernwaffen freien Friedenszone gemacht wird. Die sowjetischen Kommunisten sind solidarisch mit der KP Dänemarks, die unermüdlich für die Interessen der Arbeiterklasse und für die Aktionseinheit der Werktagen gegen das Großkapital und die Obermacht der Monopole kämpft." Am Parteitag nahmen Delegationen von 29 Bruderparteien, auch eine von der KPdSU teil, geführt von August Voss, Mitglied des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der KP Lettlands. Unter den vom Parteitag angenommenen Dokumenten ist ein politisches Manifest "Das Dänemark, das wir wollen". Zum Parteivorsitzenden ist Jørgen Jensen wiedergewählt worden.

Am 17. Mai begann in Moskau eine Wissenschaftlerkonferenz der UdSSR für die Rettung der Menschheit vor der Gefahr eines Atomkriegs, für Abrüstung und Frieden. Das Referat "Über die Rolle der Wissenschaftler bei der Konsolidierung der internationalen Sicherheit" hielt Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Mitglied der AdW.



Am 16. Mai kam Jose Eduardo dos Santos, der Vorsitzende der MPLA--Partei der Arbeit und Präsident der VR Angola, zu einem freundschaftlichen Arbeitsbesuch nach Moskau. Mit ihm trafen Juri Andropow, Nikolai Tichonow, Andrej Gromyko, Dmitri Ustinow und Boris Ponomarjow zusammen. Folgende Dokumente wurden unterzeichnet: ein Abkommen über Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der MPLA--Partei der Arbeit, ein Protokoll über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit der UdSSR und der VRA für 1983 und 1984 und ein Plan für die Parteiverbindungen zwischen der KPdSU und der MPLA--Partei der Arbeit. TASS-Foto: Zusammenkunft Juri Andropows mit Jose Eduardo dos Santos

eine Begrenzung der Kernwaffen in Europa wieder aufgenommen.

Am 14. Mai endete in der UdSSR eine Aktionswoche für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, die im Rahmen der von der UNO angesagten Weltkampagne für Abrüstung durchgeführt worden ist.

Das Antizionistische Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit verurteilte in einer Erklärung die politische Erpressung, mit der die USA unter Vorschützung eines "libanesisch-israelischen Friedensabkommens" die Ausführung ihrer strategischen Pläne im Nahen Osten zu gewährleisten und dort ihre politischen und militärischen Positionen zu verstärken (S. 26).

Das Komitee der Sowjetfrauen hat ein Schreiben an den UNO-Generalsekretär, an das UNO-Zentrum für Menschenrechte und das für soziale Entwicklung und humanitäre Fragen im Zusammenhang damit gerichtet, daß die regierungsfeindliche Gruppierung UNITA am 12. März in Angola Staatsbürger der CSSR ergriffen hat, die sich aufgrund der Zusammenarbeit der beiden Staaten dort aufhielten. In dem Schreiben wird im Namen der Millionen sowjetischer Frauen energisch protestiert und gebeten, durchgreifende Maßnahmen gegen die Willkür zu

treffen und alle verfügbaren Mittel dafür aufzubieten, daß die Staatsbürger der CSSR, deren Gesundheit und Leben gefährdet sind, baldigst heimkehren können.

Am 12. Mai eröffnete eine Moskauer Sitzung von Vertretern der Öffentlichkeit eine Woche der Schweiz in der UdSSR. Auf dem Programm stehen: Freundschaftsabende, Fotoausstellungen und Darbietungen einer schweizerischen Folkloregruppe. In Moskau ist eine Delegation des Verbandes für die Förderung der kulturellen Verbindungen zwischen der Schweiz und der UdSSR eingetroffen.

Am 13. Mai wählte das Präsidium der SFRJ in Belgrad Mika Spiljak zu seinem neuen Vorsitzenden. In einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern der Skupshtina wurde Vojo Srzentic zum Vorsitzenden des obersten Legislativorgans Jugoslawiens gewählt.

Am 15. Mai kam die Reise Hu Yaobangs, des Generalsekretärs des ZK der KP Chinas, nach Rumänien und Jugoslawien zum Abschluß. In Bukarest verhandelte er mit dem Generalsekretär der RKP und Präsidenten Rumäniens, Nicolae Ceausescu, und in Belgrad mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des ZK des BdKJ, Mijta Ribicic, sowie mit anderen jugoslawischen Spitzenfunktionären.

Am 12. Mai wurde an der Staatsgrenze der DDR, bei Benneckenstein (Bezirk Magdeburg) eine Provokation verübt. Kriminelle Elemente, die aus der BRD in die DDR eingedrungen waren, zerstörten Grenzsicherungsanlagen. Die ständige Vertretung der DDR in der BRD hat beim Bundeskanzleramt entschiedenen Protest

■ Am 12. Mai wurde in Delhi ein sowjetisch-indisches Abkommen über die gemeinsame Errichtung der zweiten Baufolge des Hüttenkombinats Visakhapatnam unterzeichnet. Der sowjetische Chefdelegierte, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Iwan Archipow wurde von Präsidenten Indiens, Zail Singh, und von Ministerpräsidentin Indira Gandhi empfangen. Archipow verhandelte auch mit Außenminister Narasimha Rao. Beide sind Kovorsitzende der Sowjetisch-Indischen Regierungskommission für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit.

■ Am 13. Mai schloß in Genf die turnusmäßige Tagung der sowjetisch-amerikanischen ständigen Konsultativkommission, die eingesetzt wurde, um die Verwirklichung der Zielstellungen und Festlegungen des Vertrages über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme und des zeitweiligen Abkommens über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen vom 26. Mai 1972 sowie des Abkommens über Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr des Ausbruchs eines Nuklearkrieges vom 30. September 1971 zu fördern.

■ Am 17. Mai wurden die Genfer sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über

eingelegt und Bestrafung der Schuldigen gefordert.

Am 10. Mai wurde in New York die 37. UNO-Vollversammlung wiederaufgenommen, die auf Antrag der Regierung Zyperns speziell zur Erörterung der Zypernfrage einberufen wurde.

Am 13. Mai nahm der UNO-Sicherheitsrat in New York die Debatte über die Aggression gegen Nikaragua und über die Zusitzung der Situation in Mittelamerika wieder auf. Die Streitkräfte Nikaraguas kämpfen weiter gegen die Somozistas. Gegen eine konterrevolutionäre Bande, die aus Kostarika ins Land eingedrungen war, wurde ein vernichtender Schlag geführt. Die Regierung Nikaraguas hat beschlossen, antisomozistische Volkstribunale einzusetzen (S. 24).



Wieder ist ein Kontingent vietnamesischer Freiwilliger, das Korps "Cuu Long", das aus einer Infanteriedivision, sechs Brigaden und Regimentern besteht, aus Kampuchea zurückgenommen worden. **Unser Bild:** Abschied von den vietnamesischen Freiwilligen auf dem Phnom-Penh Platz des Siegesmonuments
Telefoto: VIA-TASS

Am 12. und 13. Mai tagte in Wien das Internationale Gewerkschaftskomitee für Frieden und Abrüstung ("Dubliner Komitee"). Es erörterte die Vorbereitungen zum Prager Weltforum "Für Frieden und Leben, gegen Kernkrieg"; ferner Veranstaltungen zu dem für den 1. September angesetzten gewerkschaftlichen Aktionstag für Frieden; ebenso den Kampf gegen die Aufstellung neuer amerikanischer Kernraketen in Westeuropa.

Am 16. Mai nahm die Weltgesundheitsorganisation auf einer Genfer Tagung eine Resolution über die Rolle der Ärzte und anderen Mediziner bei der Wahrung und Festigung des Friedens an. Darin ist hervorgehoben, daß die im Gesundheitswesen Beschäftigten ihrer hohen Mission genügen und alles tun müssen, damit es nie zu einem Kernkrieg kommt. Für die Resolution stimmten 112 Delegationen, d. h. eine überwiegende Mehrheit.

Vom 13. bis zum 15. Mai tagte in Nikosia, der Hauptstadt Zyperns, ein internationales Symposium über Fragen, die mit der Bildung des amerikanischen Central Command (Centcom) und mit der Verstärkung der amerikanischen Militärpräsenz im Mittelmeerraum, in Nahost und im Raum des Persischen Golfs zusammenhängen. Anwesend waren Delegationen aus 40 Ländern und von 10 Weltorganisationen (S. 8).

Die Vietnamesische Nachrichtenagentur dementierte kategorisch die thailändische Mitteilung, Vietnam habe am 3. Mai 2000 Soldaten in Kampuchea einmarschieren lassen und "einen Teil der von dort zu Anfang des Monats zurückgenommenen Truppenkontingente in Laos stationiert".

Das Auslandskomitee der Volkspartei des Iran veröffentlichte eine Erklärung, laut der im Iran ein Großangriff auf diese Partei eingeleitet worden ist (S. 10).

Den 11. Mai begingen die Werktätigen Chiles als Tag des nationalen Protests gegen die volksfeindliche Politik von Pinochets militärfaschistischem Regime. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. In Santiago wurden 2 Personen getötet und etwa 200 festgenommen (S. 13).

Am 14. Mai bestätigte das libanesische Kabinett das Projekt eines libanesisch-israelischen Abkommens, das unter Beteiligung von US-Diplomaten abgefaßt wurde. Der syrische Präsident Hafiz al-Assad wies dieses Abkommen bei einem Treffen mit dem libanesischen Außenminister Youssef Salem entschieden zurück. Bei einer Begegnung in Zghorta (Libanon) nahmen Walid Joumblat, Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, George Hawi, Generalsekretär des ZK der Libanesischen KP, Ex-Präsident Suleiman Frangie, Ex-Ministerpräsident Rashid Karame und andere namhafte Politiker des Landes eine Resolution an, in der sie das Abkommen kategorisch ablehnten (S. 11).



In der BRD beteiligen sich Frauen aktiv an der Antikriegsbewegung. TASS-Foto: Osterfriedensmarsch in Köln

Als Arzt, der um die Folgen der Radioaktivität für die Menschheit sehr wohl weiß, kann ich dem Kampf für den Frieden, für die Verhütung einer Nuklearkatastrophe nicht fernstehen. Ich weiß, daß Menschen in vielen Ländern voller Sorgen um das Schicksal ihrer Kinder und Enkel sind. Keiner will wegen denen sterben, die nach fremdem Land, Erdöl, Gold, Uran gieren. Wir friedliebenden Menschen der Erde müssen dem Krieg gerade jetzt nein sagen, weil es morgen schon zu spät sein kann. Es gilt, den imperialistischen Kriegstreibern den Weg zu versperren, noch aktiver gegen jene zu kämpfen, die uns das Wichtigste rauben wollen — das Recht auf Leben.

A. A. TSCHAWYKIN
Moskau

Ich habe mit Interesse den Beitrag "Freibrief für Antikommunisten" (Heft 11/83) über Nazi-verbrecher gelesen, die in den USA Unterschlupf gefunden haben. Ich möchte nur einige Fakten aus meinen Lebenserfahrungen hinzufügen. Am Kriegsende befand ich mich in einem Kriegsgefangenenlager in der amerikanischen Besatzungszone bei München. Man begann uns sofort zu bearbeiten, auf alle mögliche Weise die Vorteile der amerikanischen Demokratie auszumalen. Mit besonderer Sorgfalt wurden diejenigen bearbeitet, die in ihre Heimat in der sowjetischen Besatzungszone zurückkehren wollten. Man suggerierte uns u. a., daß die Russen alle, die dorthin zurückkehrten, nach Sibirien schicken würden. Im Sommer 1945 kam ich ins Kriegsgefangenenlager in Ghedi (Italien). Bereits im August begannen amerikanische Offiziere Beratungen mit deutschen Offizieren durchzuführen. Seit September wurden alle gefangenen Funker zum Dienst in den amerikanischen Stab Nr. 9 beordert. Dies sind Informationen aus erster Hand: Ich war damals Funktruppführer. Das zeigt deutlich, welche Ziele die Amerikaner schon damals verfolgten — Ziele, die weit davon entfernt waren, friedlich zu sein. Daß wir seit 1945 in Frieden leben, verdanken wir in erster Linie der Sowjetunion.

H. MÜLLER
Dresden, DDR

WEGE ZUM KERNWAFFENFREIEN EUROPA

Michail TSCHERNOUSSOW

Sie werden es sicher schon bemerk haben, liebe Leser: Auf sowjetische Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung und zur Festigung der internationalen Sicherheit hält der Westen gewöhnlich zweierlei Reaktionen parat. Entweder bemüht man sich, die Initiativen der UdSSR zu verschweigen, zu ignorieren und einfach nicht wahrzunehmen, oder man sagt uns, und zwar von ganz oben: Wir werden sie aufmerksam prüfen, eingehend erwägen, ernsthaft studieren. Die zweite Variante scheint Hoffnung zu wecken: Mögen sie ruhig prüfen, erwägen, studieren, wenn dabei nur etwas herauskommt. Mögen sie die Prager Politische Deklaration, den Vorschlag eines Vertrags über die Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Warschauer Vertragsstaaten und den NATO-Ländern studieren. Oder auch die sowjetische Verpflichtung, auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zu verzichten. Würden schließlich auch die anderen Kernmächte dem Beispiel der UdSSR folgen, bedeutete das im Grunde überhaupt den Verzicht auf den Einsatz von Kernwaffen.

In der Praxis dagegen erweist sich, daß sowohl die Variante des Verschweigens als auch die des Erwägens ein und dasselbe bedeutet: Ablehnung der sowjetischen Vorschläge, im ersten Fall umgehend, im zweiten nach einer anhaltenden Pause, wobei auch noch für die UdSSR absolut unannehbare Bedingungen gestellt werden. Dabei ist jede verlorene Woche so ungeheuer wichtig — die Aktualität und Dringlichkeit z.B. des Problems der nuklearen Rüstungen in Europa ist jedermann sichtbar.

Vielleicht hat man es im Westen verlernt, zu verhandeln, die Vorschläge der anderen Seite zu prüfen und zu erwägen? Wohl kaum. Das Verhandeln versteht man dort — Sie werden zugeben, daß man allerhand auf dem Kasten haben muß, um, wie es die USA taten, es von Anfang an nicht dazu kommen zu lassen, daß bei den Genfer Verhandlungen über die Reduzierung der Nuklearwaffen in Europa die Positionen der Seiten auch nur einen Deut näher rücken. Nein, es ist natürlich nicht Unvermögen, sondern der eindeutig mangelnde Wunsch Washingtons nach beiderseitig annehmbaren Übereinkünften.

Durch die Schuld des Westens verschenkte Möglichkeiten gibt es, was Europa angeht, mehr als genug. Dennoch bleibt die Chance zu einer Vereinbarung, da dafür eine objektive Basis besteht. Dazu sagte Juri Andropow auf Fragen von Vertretern gesellschaftlicher Organisationen Finnlands: "Die beste Lösung des Kernwaffenproblems wäre hier die vollständige Befreiung des europäischen Kontinents sowohl von Kernwaffen mittlerer Reichweite als auch von taktischen Kernwaffen. Das ist ein realer Weg zu einem kernwaffenfreien Europa. Selbstverständlich müßten ihn alle Staaten gehen, die in diesem Raum Kernwaffen haben. Bislang tun leider jene, an die unser Vorschlag gerichtet ist, so, als wäre er überhaupt nicht da." Ja wirklich, "so zu tun", versteht man im Westen. Staatsmänner und die "überregionale Presse" üben sich im bedeutungsvollen Schweigen. Es gibt eben keinen Vorschlag und Schluß. Aber es gibt ihn doch, und er gelangt durch unmittelbare Kontakte zwischen Vertretern von West und Ost, durch Veröffentlichungen in bürgerlichen Massenmedien, die sich solche "Eigenmächtigkeiten" erlauben, an ein breites europäisches Publikum. Und die sowjetische Wochenschrift "Neue Zeit", die Sie jetzt in Händen halten, berichtet ebenfalls über diese Friedensinitiative. Aber — Achtung! — was Sie dar vor sich haben, ist keine Zeitschrift, sondern eine Waffe — so wenigstens meint der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Rogers. Was für eine? "Im Prinzip kann man Propaganda als strategische Waffe betrachten. In Wirklichkeit aber ist sie eine wirksame taktische Waffe. Deshalb", so der General am 11. Mai in einem Interview für die italienische "Giornale Nuovo", "haben Sie sehr zu Recht bemerkt, daß in diesem Bereich ein alarmierendes Ungleichgewicht zu beobachten ist." Eine richtige Teufelei, wenn man den Mr. Rogers hört. Im militärischen Bereich Ungleichgewicht (natürlich zugunsten der Russen), obwohl in Europa ja Parität herrscht. Im Propagandabereich wieder — das Ungleichgewicht (ebenfalls natürlich zugunsten der Russen), obwohl die westliche Propaganda mit schöner Regelmäßigkeit wie eine Dampftramme auf Leser, Zuschauer

und Zuhörer niederfährt und ihnen die Angst vor der "sowjetischen militärischen Bedrohung" einhämmert. Die Öffentlichkeit glaubt das nicht. Was kann man da tun? Man müsse, so versichert der General, "den vernünftigen und klarenkenden Teil des ganz aufrichtig um den Frieden besorgten Publikums davon überzeugen, daß die Sowjetunion in Genf so lange nicht ernsthaft verhandelt wird, bevor wir nicht unsere Raketen stationiert haben, um diese Verhandlungen von der Position der Stärke zu führen."

Sieh mal an, wie offen! Ein sozusagen Gesamtprogramm für die westliche Propaganda und für die Genfer Verhandlungen. Nur von dem "vernünftigen und klarenkenden Teil des Publikums" hat der General keine Vorstellung, weil seine Umgebung das nicht hergibt. Und überhaupt ist der General mit seiner "Vernunft" anscheinend auf ein Feld geraten, das er erst noch beackern müßte.

Die Vernunft erfordert, daß der Westen die ehrlich gemeinten Vorschläge Moskaus aufnimmt, die die Verhandlungen aus der Sackgasse führen können. Sie unter den Tisch zu fegen, fällt in jüngster Zeit immer schwerer, man muß sich ausreden einfallen lassen. Bekanntlich hat die Sowjetunion seit langem einen radikalen Abbau — auf jeder Seite ungefähr von 1000 auf 300 Einheiten — Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa angeboten (einschließlich der Raketen-Startrampen und der Mittelstreckenflugzeuge). Der Stand der Mittelstreckenwaffen auf sowjetischer und auf NATO-Seite wäre dann absolut gleich — 1:1 —, aber wesentlich niedriger als heute. Würden etwa irgend jemandes legitime Sicherheitsinteressen angetastet, wenn rund 1300 Kernwaffenträgermittel aus Europa entfernt würden? Natürlich nicht. Die Aufstockung der Nuklearrüstungen würde nicht nur gestoppt, sondern mit ihrer Reduzierung begonnen.

Und die Reaktion des Westens auf diesen Vorschlag? Schweigen. Dann mauschelte man herum und fand — Hurra! — eine Ausrede. Der Vorschlag sei unannehbar, weil nicht klar sei, wie viele Raketen die UdSSR innerhalb des Standes von 300 Einheiten behalten werde. Wenn nun mehr als die NATO? Wer andern eine Grube gräbt, glaubt, daß auch die

bloß darauf aus sind, Gruben zu graben.

Es erfolgte eine aufrichtige und präzise Erläuterung der Sowjetunion. Am 21. Dezember 1982 schlug die UdSSR vor, im Rahmen des summarischen Standes von 300 Abschußeinheiten einen bestimmten Stand für Raketen festzulegen. Moskau ist dazu bereit, daß es bei einer Reduzierung nur 162 Raketen behält, genausoviel, wie jetzt auf der Seite der NATO — in Großbritannien und Frankreich — stehen. Ein gleich niedriger Stand — je 138 Einheiten wäre auch für Trägerflugzeuge mittlerer Reichweite zwischen der UdSSR einerseits und den USA, Großbritannien und Frankreich andererseits festzulegen.

Im Westen begann man nach dem Haken zu suchen, an dem man sich diesmal festhalten könnte. Man fand ihn. Die UdSSR verfüge über mit mehr Kernsprengsätzen bestückte Raketen. Die Antwort der Sowjetunion kam am

3. Mai von Juri Andropow: Die UdSSR ist bereit, in jedem gegenseitig vereinbarten Zeitraum weder mehr Raketen noch nukleare Gefechtsköpfe zu besitzen als die NATO. Bei einer Verminderung der Zahl der Gefechtsköpfe auf britischen und französischen Raketen würde sich die auf sowjetischen Mittelstreckenraketen ebenso verringern. Das gleiche Verfahren ließe sich auch auf die in Europa stationierten Fliegerkräfte dieser Klasse anwenden. Anders gesagt erklärte sich die Sowjetunion für die Parität der Kernwaffenpotentiale in Europa bei den Trägermitteln wie auch bei den Gefechtsköpfen, natürlich unter Berücksichtigung der entsprechenden Waffen Großbritanniens und Frankreichs.

"Besonders möchte ich betonen, daß die Realisierung dieses neuen Vorschlags dazu führen würde, daß es im europäischen Teil der Sowjetunion viel weniger Mittelstreckenraketen und dazu gehörende Gefechtsköpfe gäbe als vor 1967, als wir keine SS20-Raketen hatten", sagte Juri Andropow in den erwähnten Antworten für die Organisationen Finnlands. Damit entfällt der Vorwand der NATO, der 1979 gefaßte Beschuß über die Stationierung neuer US-Raketen in Europa sei notwendig gewesen als Antwort auf die "Verstärkung der sowjetischen Raketenkräfte".

So muß der Westen zugeben, daß die UdSSR in dem Bemühen, die Verhandlungen aus der Sackgasse zu bringen, einen großen Schritt getan hat. "Null-" und "Zwischenlösungen" haben nicht angeschlagen. Doch wieder wird zum Fenster hinaus verkündet: Wir prüfen, erwägen, studieren. Wohin solche Versprechungen führen, wissen wir

schon. Wir kennen die Tricks des Westens schon im voraus, mit denen jegliche eventuelle Übereinkunft torpediert wird.

Der Westen will die britischen und französischen Kernwaffen nicht berücksichtigen mit der Ausrede, sie seien strategische, nicht aber Mittelstreckenwaffen. Wie ist das denn? Erreichen sie sowjetisches Territorium? Ja. Braucht die Sowjetunion zu diesen Raketen in Form eigener Mittelstreckenraketen ein Gegengewicht? Man sagt uns: Nein. Wir meinen: Ja, da es für die sowjetischen Bürger, im Fall der Fälle, keinen Unterschied machen wird, was für eine Rakete — strategisch oder taktisch — da fliegt und wessen "Made in ..." da draufsteht.

Der Westen will die amerikanischen Mittelstreckenflugzeuge in Europa nicht reduzieren. Ist anders aber irgendein Abkommen über eine echte beiderseitige Reduzierung der Rüstungen denkbar?

Der Westen will erneut an die Genfer Verhandlungen die Frage über die Reduzierung sowjetischer Raketen im asiatischen Teil der UdSSR ankoppeln. Dabei hat das doch nichts mit dem Verhandlungsgegenstand zu tun. Auf diese Weise kann man die Gespräche nur endgültig versanden lassen.

Die Einstellung zu dem jüngsten sowjetischen Vorschlag ist der Prüfstein zur Erkenntnis der wahren Ziele und Pläne der USA und der NATO. "Die Verwirklichung dieses unseres Vorschlags würde Europa der vollständigen Befreiung von Kernwaffen mittlerer Reichweite und taktischen wesentlich näher bringen. Einen solchen Vorschlag kann nur ablehnen, wer um jeden Preis neue amerikanische Raketen in Westeuropa stationieren und so das entstandene Kräftegleichgewicht in Europa und im Weltmaßstab stören will. Träte das ein, so würde die Gefahr eines Krieges für Europa noch akuter werden. Das können wir nicht zulassen. Wir werden die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit die Parität erhalten bleibt", unterstrich Juri Andropow.

Die sowjetischen Vorschläge bieten einen realen Weg zu einem kernwaffenfreien Europa. Auch die Verwirklichung der Vorschläge über kernwaffenfreie Zonen würde dazu verhelfen, ganz Europa von Kernwaffen frei zu machen. Juri Andropow erinnerte die finnischen Repräsentanten daran, daß Moskau eindeutig den Vorschlag Helsinkis unterstützt hat, Nordeuropa in eine kernwaffenfreie Zone zu verwandeln. Wichtig ist, daß diese Zone tatsächlich kernwaffenfrei wäre, um keine Hintertürchen zu bieten.

Die Sowjetunion ist zu der Verpflichtung bereit, keine Kernwaffen gegen Länder Nordeuropas einzusetzen, die zu dieser Zone gehören. Fixiert werden könnte das entweder in einem multilateralen Abkommen oder in bilateralem Abkommen mit jedem der Zone angehörenden Staat. Verständlicherweise wäre die Sicherheit dieser Länder besser gewährleistet, wenn auch die Nuklearstaaten der NATO entsprechende Garantien gäben. Doch die UdSSR macht das nicht zur Voraussetzung für ihre Verpflichtung.

Die Sowjetunion wäre ferner bereit, einige, dazu wesentliche, Maßnahmen hinsichtlich ihres eigenen, an eine solche Zone grenzenden Territoriums zu erwägen, die den kernwaffenfreien Status Nordeuropas festigen würden. Mit der Unterstützung des Vorschlags über die kernwaffenfreie Zone im nördlichen Europa hat die Sowjetunion gleichzeitig ihre im Prinzip positive Einstellung zu dem von der schwedischen Regierung vorgetragenen Gedanken erklärt, in Mitteleuropa eine von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone zu schaffen.

Voraussetzung für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen müßte ein Klima des Vertrauens sein. Sind die kürzlich gerade in Schweden verbreiteten feindseligen Erfindungen über die Sowjetunion aber zur Vertrauensbildung angetan? Gewisse Kreise in Stockholm haben sich, offenbar nicht ohne Einfluß von außen, der provokatorischen Kampagne über angebliche Verletzungen der Territorialgewässer Schwedens durch sowjetische U-Boote angeschlossen. Zweck dergleichen Kampagnen ist es, die Außenpolitik der UdSSR zu verteuften.

Die Sowjetunion ist für gutnachbare Beziehungen zu den Ländern Nordeuropas, sie begreift deren reale Besorgnis um die Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen in der jetzigen komplizierten Zeit. Beweis dafür ist die Unterstützung des Gedankens einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa und in anderen Teilen des europäischen Kontinents. Die Schaffung solcher Zonen wäre ein wichtiges Mittel zur Konsolidierung der Sicherheit der europäischen Völker.

Am 17. Mai wurde der sowjetisch-amerikanische Dialog in Genf über die Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa wiederaufgenommen. Der gesunde Menschenverstand gebietet, zu einer Übereinkunft zu gelangen. Der Westen braucht sie nicht minder als die Sowjetunion. ■

„FÜR FRIEDEN UND LEBEN, GEGEN KERNKRIEG“

Weltforum in Prag

Als beim internationalen Treffen von Repräsentanten der Friedenskräfte in Lissabon (1982) beschlossen wurde, daß Vertreter der Friedensbewegung im Juni 1983 zu einem Weltforum in Prag zusammenentreten sollen, war sich die tschechoslowakische Öffentlichkeit der hohen Verantwortung für die Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung dieses Forums bewußt.

Die älteren Bürger der CSSR wissen noch gut, was der Krieg für ihr Land bedeutete. Die jetzige Situation in der Welt muß beunruhigen. Am meisten alarmiert uns, daß in unserer unmittelbaren Nähe, im Land von München und Nürnberg, US-Mittelstreckenraketen stationiert werden sollen, was die Gefahr der Entstehung eines neuen Kriegsbrandes verstärkt.

Das Internationale Vorbereitungskomitee des Forums macht darauf aufmerksam, daß das Jahr 1983 für die ganze Menschheit entscheidend ist, vor allem wegen der Gefahr, die die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa darstellt. Um einen Kernkrieg zu verhüten, muß bei den gegenwärtig in Genf und an anderen Orten laufenden Verhandlungen ein wesentlicher Fortschritt erzielt werden.

Die Besorgnis um den Frieden wird von immer mehr Menschen in allen Ländern geteilt. Die Massenbewegung für Frieden und Abrüstung wächst rasch an. Die Menschen werden sich klar darüber, daß die Erde unvergleichlich mehr Bewohner hat, die einen gerechten Frieden für alle Völker wollen. Heute ist es sehr wichtig, daß wir unsere Anstrengungen in dem Kampf vereinen, der dazu verhilft, die Entstehung eines neuen Krieges abzuwenden. Die Herausforderung des Imperialismus muß mit konkreten Aktionen beantwortet werden.

Die tschechoslowakische Presse und andere Massenmedien informieren ständig über die Antikriegsbewegung in den sozialistischen Ländern, in Westeuropa und in den USA sowie über die Verfolgung von Menschen, die im Westen an Friedenskundgebungen teilnehmen.

Die Bürger der CSSR bekunden ihre Solidarität mit allen, die furchtlos für Frieden und internationale Zu-

sammenarbeit kämpfen. Sie werden die Vertreter auf dem Weltforum, unabhängig woher sie kommen, in Prag herzlich begrüßen.

Wir haben uns vorgenommen, die Delegierten des Weltforums als Gäste unseres ganzen Volkes aufzunehmen. Daher haben wir eine Sammlung für den Friedens- und Solidaritätsfonds begonnen. Diese Initiative fand in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit, unter allen Bevölkerungsschichten starken Widerhall. Ihren Beitrag zum Fonds leisten Belegschaften, Bauern, einzelne Bürger und Massenorganisationen, Persönlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft. Eine Brigade des Ostslowakischen Hüttenkombinats hat z. B. eine Zusatzzschicht gefahren und die erarbeitete Summe an den Friedens- und Solidaritätsfonds überwiesen. Gleiche Verpflichtungen übernahmen Kollektive des Nordtschechischen Kohletagebaus. Landwirtschaftsgenossenschaften überweisen einen Teil ihrer Gewinne an den Friedensfonds. Schauspieler aus Bratislava, Karlovy Vary, Prag, Brno und anderen Städten unseres Landes überweisen Honorare. Die tschechische Philharmonie gibt Konzerte zu Ehren des Weltforums und spendet die Einnahmen für den Friedensfonds, dessen Konto bereits Millionen Kronen verzeichnet.

Dabei spielt es keine Rolle, welche Summe von wem geschickt wird. Wichtig ist, daß jeder das aus Überzeugung, aus freiem Entschluß heraus tut. Die Menschen unseres Landes wollen zeigen, daß sie zufrieden entschlossen sind, sich am weltweiten Kampf gegen die Kriegsgefahr, an den Aktionen zur Verhütung der Kernkatastrophe, für die Stärkung der Geschlossenheit der gesamten Friedensbewegung zu beteiligen.

Briefschreiber bitten häufig darum, ihnen zu einer Begegnung mit Teilnehmern des Prager Forums zu verhelfen. Das Tschechoslowakische Vorbereitungskomitee hat Begegnungen von Delegierten des Forums mit unseren Bürgern in Städten und Dörfern, in Betrieben und LPG vorgesehen. Wir werden die Delegierten wie die besten Freunde aufnehmen, werden ihnen zeigen, wie wir leben,



berichten, wie wir arbeiten, worüber wir uns freuen und worüber ärgern, was wir für den Frieden tun. Unsere Gäste werden erfahren, welche Anschauungen das tschechoslowakische Volk vertritt, welche Sorgen und Wünsche es hat und wie aufrichtig die Werktätigen unseres Landes um die Erhaltung des Friedens ringen.

An dem Forum werden Vertreter der Öffentlichkeit vieler Länder teilnehmen. Trotz ihrer unterschiedlichen politischen und religiösen Anschauungen wird sie alle das eine Ziel einen, den Frieden in der Welt zu erhalten und nicht zuzulassen, daß sie, die Wiege der Menschheit, in einem nuklearen Flammenmeer aufgeht.

Die Forumsteilnehmer werden die akutesten Fragen diskutieren, darunter die Hauptfrage, wie sich Millionen Menschen zu noch aktiverem Handeln für den Frieden mobilisieren lassen. Dieses Forum bietet die Möglichkeit eines offenen und ehrlichen Dialogs. Im Aufruf des Internationalen Vorbereitungskomitees heißt es: "Alle Fragen und Probleme zwecks Beilegung der gegenwärtigen Spannungen und der gefährlichen Weltlage können besprochen werden. Keinerlei Unterschiede in den Anschauungen können uns hindern, entschlossen gegen die Vernichtung des materiellen und geistigen Erbes der Welt aufzutreten."

Wir hoffen, daß am 21. Juni beginnende Forum wird der Konsolidierung des Vertrauens, der Sicherheit und Zusammenarbeit als der einzigen Basis eines wahrhaften Friedens dienen.

Marcel NOLC
Mitglied des Tschechoslowakischen
Vorbereitungskomitees des
Weltforums
"Für Frieden und Leben,
gegen Kernkrieg"

Prag

ALARM AUS NIKOSIA

Dmitri WOLSKI

Aggressionskriege wurden stets geheim vorbereitet. Auch jetzt hütet Washington wie früher sorgfältig seine Geheimnisse, um die Völker einzulullen. Zugleich möchte die Reagan-Administration deren Willen lähmen und Angst vor den US-Waffen einflößen — deshalb erklärt man immer wieder seine Bereitschaft, sie einzusetzen. Besonders häufig in verschiedenen Regionen der dritten Welt, die die derzeitige US-Administration ungern als ihr gigantisches "Neoimperium" betrachtet, wo das Pentagon schalten und walten kann.

Davon zeugt deutlich genug die Rede Präsident Reagans vor beiden Kammern des Kongresses. Dort deklarierte er nicht nur das angebliche "Recht" der USA auf Einmischung in die Angelegenheiten Mittelamerikas. Diesem "Recht" suchte der Präsident den Charakter fast einer globalen Doktrin zu verleihen, wobei er demagogisch rief: Wie viel stehe für die USA "im Nahen Osten, im Persischen Golf, an der Grenze des NATO-Bereichs ... sowie in Asien auf dem Spiell!"

Natürlich war diese Aufzählung von Regionen keine göttliche Eingebung. Gerade gegen sie ist jetzt die Spitze der neokolonialistischen Strategie gerichtet, die 1983 u.a. in einem so beispiellosen Schritt zum Ausdruck kam wie der Bildung des Central Command der USA(Centcom), das seinen "Verantwortungsbereich" offiziell auf 19 unabhängige Staaten am Indik ausweitete. Faktisch begann es auch außerhalb dieser Zone zu agieren. Über Hunderten Millionen Menschen, die in Ländern leben, welche erst vor 20 bis 30 Jahren ihre Unabhängigkeit erlangt haben, schwebt das Damoklesschwert einer erneuten Versklavung, ja existentiellen Bedrohung, da die imperialistischen Pläne Washingtons untrennbar von dessen Kurs auf die Vorbereitung eines globalen Nuklearkrieges sind. Davon sprachen besorgt die Teilnehmer des internationalen Symposiums (Mitte Mai in Nikosia), das den Problemen der Schaffung des Centcom und der Ausweitung der US-Militärpräsenz in der Golfregion, im Nahen Osten und im Mittelmeerraum gewidmet war.

Das berüchtigte Centcom geht von der Planung zu praktischen Operationen über. Ihm wurden Eliteeinheiten unterstellt, die für "Strafoperationen" gedrillt sind — die "Eingreiftruppe".

Bereits die Carter-Regierung hatte mit dem Aufbau dieser Sondertruppe begonnen und auf 110 000 Mann festgesetzt. Diese Zahl wächst in geradezu atemberaubendem Tempo — unter Reagan wurde sie bereits verdoppelt, und sie soll Pressemeldungen zufolge ein weiteres Mal um das Doppelte angehoben werden. Weder Gelder noch technische Mittel werden gescheut, um dieses Kolonialkorps und seine Unterstützungsseinheiten auszurüsten. Der asiatischen Presse zufolge kann die Hälfte der 180 auf den beiden US-Flugzeugträgern im Indik stationierten Flugzeuge Nuklearwaffen tragen. In den Anrainerländern verfügt das Pentagon bereits jetzt über drei Dutzend Stützpunkte und andere Militärobjekte. Zu den Aufmarschgebieten auf Diego Garcia, in Oman, in Kenia und anderswo kommen jetzt neue hinzu — in Pakistan. Anfang Mai erlangte Washington von der Regierung Zia ul Haq die Zustimmung zur Stationierung der "Eingreiftruppe" auf Stützpunkten in Karachi, Gwadar, Peshawar sowie zur Schaffung von elektronischen Spionagezentren in Pakistan, was

6. US-Flotte sowie den Stäben der NATO- "Südflanke". Warum hätte sonst der US-General, der das Centcom leitet, in der libanesischen Hauptstadt eben in jenen Tagen auftauchen sollen, als der Flugzeugträger "Nimitz" von Beirut aus seinen provokatorischen Sprung zur Küste Libyens unternahm. Diesmal kam es nicht zu einem bewaffneten Zusammenstoß. Doch das vorhergehende Auftauchen der "Nimitz" dort, im Sommer 1981, endete mit dem Überfall von auf ihr stationierten Düsenjägern auf libysche Flugzeuge. Erstmals seit vielen Jahren hatten die USA die direkte militärische Konfrontation mit einem nichtpaktgebundenen Land angezettelt, und dieser Zwischenfall kann durchaus zum Präzedenzfall werden. Wer weiß, wozu eine weitere derartige Operation geführt hätte? Um so mehr, wenn man berücksichtigt, daß die Lage im Mittelmeerraum heute viel gespannter ist als noch vor anderthalb, zwei Jahren.

Die Spannung verschärfte sich vor allem durch die NATO-Raketenpläne, insbesondere durch die Vorbereitung zur Stationierung amerikanischer Cruise Missiles auf Sizilien. "Selbst die in Europa vorhandenen Waffen, ganz zu schweigen davon, was hier zusätzlich stationiert werden soll, reichen, um nicht nur die Alte Welt, sondern auch den südlichen Mittelmeerraum zu vernichten", schrieb besorgt die tunesische Zeitung "La Presse de Tunisie". Noch stärker wurde der Frieden dort durch die Aggression Israels gegen Libanon und die Palästinenser, die Begin und Co. geradezu ständig auch auf



An Bord eines US-Flugzeugträgers im Mittelmeer

TASS-Fotochronik

AFP zufolge ermöglicht, die ausgedehnte Region des Indik "unter Kontrolle zu halten".

Ogleich der Mittelmeerraum formell nicht zum "Verantwortungsbereich" des Centcom gehört, ist dessen Hand bereits auch dort zu spüren. Zweifelsohne gibt es eine enge Koordinierung der Aktionen zwischen dem Centcom und der

Syrien auszudehnen bereit sind, gefährdet. Das Centcom deckt die israelischen Aggressoren, indem es von Seiten des Indik militärischen Druck auf die arabische Welt ausübt. Zugleich dislozierte die dem Centcom unterstehende "Eingreiftruppe" vorgeschoßene Verbände in Ägypten und Libanon im Rahmen der "multinationalen Streitkräfte" der NATO-Länder.

Wenn manche Pentagon-Generale tatsächlich so denken, ist die wachsende Besorgnis der friedliebenden Öffentlichkeit um so ver-

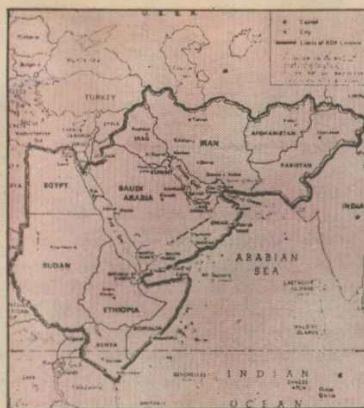
ständlicher. Kann ja dann die Explosion sogar durch einen verhängnisvollen Zufall ausgelöst werden — z. B. durch einen Computerfehler. Doch die Hauptgefahr ist trotzdem eine andere. Record, Mitarbeiter des US-Instituts für außenpolitische Forschungen, dechiffrierte die Strategie von US-Verteidigungsminister Weinberger folgendermaßen: "Dieser Strategie zufolge ist die Sowjetunion absichtlich und



gleichzeitig in Kampfhandlungen nicht nur in Europa, sondern auch im Persischen Golf, in Nordwestasien und im offenen Meer zu verwickeln." Das wurde im März 1982 geschrieben. Etwa ein Jahr später äußerte sich US-Kriegsmarineminister John Leman noch bestimmter: "Wer das Signal bekommt, als erster zu schießen, ist in einem enormen taktischen Vorteil."

Als erster zu schießen und so vorsätzlich einen Krieg zu provozieren, dabei, wie besagter Record schreibt, "entlang der gesamten ausgedehnten Landmasse Eurasiens!" Doch welches Schicksal ist den Ländern zugesagt, die an diese Landmasse anschließen? Darüber schweigen sich Weinberger und Leman lieber aus. Doch für sie sprechen Fakten. So daß die Neutronenbomben, von denen sich die westeuropäischen Länder mit Schrecken und Widerwillen abwandten, von den USA insgeheim mit der Absicht produziert werden, sie in Asien, z. B. in Südkorea, zu stationieren. Söul würde es, wie der gut informierte Kommentator Jack Anderson meint, nicht wagen, Washington eine so bescheidene Bitte abzuschlagen. Oder z. B. auf Diego Garcia, wo es, wie einige asiatische Zeitungen vermuten, bereits Neutronenbomben gibt...

Kann man denn danach mit gesundem Menschenverstand an die Version von der "unkontrollierbaren Zunahme der Spannung in der dritten



"Kartographische Aggression der US-Eingreiftruppe" nannte die einflußreiche "Times of India" die vom US-Verteidigungsminister veröffentlichte Karte mit den gekennzeichneten Aktivitätszonen des Pentagon in Asien, Afrika und in Nahost. Die Zeitung schreibt zu dieser Karte empört, der indische Staat Dschammu und Kaschmir sei darauf nicht nur als Gebiet Pakistans eingezeichnet, sondern auch als Teil des Aktionsbereichs der US-Interventionstruppen. Die aus "Times of India" reproduzierte Karte zeigt den Staat Dschammu und Kaschmir in der rechten Ecke der fettumrandeten Region. Das linke Bild: Beladen eines Hubschraubers der Eingreiftruppe zur Teilnahme an Manövern in Ägypten.

TASS-Fotochronik

Welt" glauben oder etwa an die Behauptung, die USA würden dort nur auf eine gewisse "Verstärkung der militärischen Aktivität der Sowjetunion" antworten? Die Handlungen der Reagan-Administration zeichnen immer deutlicher einen zielgerichteten Kurs auf Schürung bewaffneter Konflikte. Und nur lokalen Charakters? Hat das BRD-Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" nicht recht, das in Weinbergers Linie eine "Strategie der Kriegszeit" erblickt, die insbesondere vorsieht, die NATO solle, wenn es in der Golfregion zu einem bewaffneten Zusammenstoß kommt, den Krieg auch an anderen Fronten entfesseln? Nach Meinung des Magazins ist das eine solche Wendung der US-Strategie, angesichts derer kein verantwortlicher Politiker der Stationierung von Pershing 2 in der BRD zustimmen darf.

Bis an das Zentrum Europas schlagen die eisigen Wellen solcher, wie es heißt, warmer Meere. In Nikosia konnten die Konferenzteilnehmer diesen Eishausch selbst verspüren. Am Vorabend des Treffens drückte die algerische Zeitung "Al Moudjahid" das so aus: "Die Nuklearpotentiale auf Militärstützpunkten und

Kriegsschiffen der USA und der NATO zusammengenommen verwandeln den Mittelmeerraum in die Region einer nie dagewesenen Konzentration tödlicher Waffen in der Welt... Die von imperialistischen Kreisen geschaffene 'Panzerfaust' im Mittelmeerraum war von Anfang an zum Kampf gegen die UdSSR wie gegen die arabische revolutionäre und Befreiungsbewegung bestimmt. Derartige Handlungen fügen sich in die Globalstrategie des US-Imperialismus, der die arabischen Völker in Rückständigkeit und Unwissenheit halten will, um den Multis zu erlauben, ihre Naturreichtümer auszoplündern. Für die amerikanischen und die israelischen Militaristen ist das auch ein Versuchsgelände für den Test neuer, raffinierter Todesinstrumente wie z. B. der Vakuumbombe, die letzten Sommer in Libanon eingesetzt wurde."

Eine explosive Situation ist vom Indik bis zum Mittelmeerraum, wo sich Dutzende der verschiedensten Länder befinden, entstanden. Deren Vertreter waren nach Nikosia gekommen, um ihre wachsende Be- sorgnis zu bekunden.

Das von den Teilnehmern des Symposiums verabschiedete Dokument bewertet die Bildung des Centkom und die verstärkte militärische US-Präsenz als unmittelbare Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts der Völker. Ferner erklärten sie, die von den USA aufgezwungene "Regelung" in Libanon widersprüche der Forderung nach vollständigem und bedingungslosem Abzug der israelischen Truppen aus diesem Land. Verurteilt wurden die Drohungen Tel Avivs gegen Syrien.

Wichtig ist auch, daß die Teilnehmer des Symposiums das bevorstehende Weltforum "Für Frieden und Leben, gegen Kernkrieg" begrüßten. Sie betrachten also ihre Initiative als untrennbar von der wichtigsten Sorge der Menschheit. In ihren Reden verurteilten sie die Versuche Washingtons, die Legende von der "sowjetischen Bedrohung" auszunutzen und konstatierten die große Bedeutung der sowjetisch-arabischen Zusammenarbeit.

Die sowjetischen Vorschläge für Verhandlungen über einen Abbau der militärischen Aktivität auf den Meeren und Ozeanen, der von den Nichtpaktgebundenen vorgebrachte und von den sozialistischen Ländern unterstützte Gedanke, den Indik in eine Zone des Friedens zu verwandeln, sowie die Initiativen für eine Normalisierung der Lage im Golf- und Mittelmeerraum — all das schafft eine zuverlässige Plattform für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung in der Region.

EXZESSE GEGEN PATRIOTEN

Die Behörden machten Anfang Mai die Auflösung der auch unter dem persischen Namen Tudeh bekannten Volkspartei des Iran publik. Damit ist die älteste patriotische Partei des Landes auf Veranlassung des rechtskonservativen Flügels der regierenden Schiitengeistlichkeit und der mit ihr verbündeten Kreise der Bourgeoisie und des Landadels faktisch für vogelfrei erklärt worden, nachdem sie 40 Jahre lang im Kampf des Volkes gegen die Despotie des Schahs und die Herrschaft des Imperialismus und der Reaktion, für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt führend gewesen war.

Den Druckmitteln, denen sie seit mehr als zwei Jahren von seiten der Rechten ausgesetzt war, folgen jetzt behördlicherseits brutale Exzesse. Ihnen im Februar d. J. verhafteten Führern droht ein Terrorprozeß. Der Vorsitzende des Obersten Gerichts, Abdolkarim Moussavi-Ardebili, hat unlängst erklärt, daß sie wahrscheinlich sehr strenge Urteile, vielleicht sogar die Todesstrafe zu gewärtigen haben. Um überhaupt mit den Patrioten aufzuräumen, bezichtigt man sie der "Spionage für einen östlichen Staat" sowie der "Urkundenfälschung". Man hat sogar eine Fernsehshow abgezogen, in der einige der Verhafteten angeblich die "Verbrechen" gestanden haben, die sie nie begingen und auch gar nicht begehen konnten.

Was solche "Geständnisse" wert sind, ist bekannt. Die "Humanité" (Frankreich) schrieb, die Häftlinge seien "seelischen und körperlichen Foltern unterzogen worden". Darüber berichtete auch die bürgerliche Presse, z. B. der Pariser "Monde". Das Auslandskomitee der Tudeh veröffentlichte in der in Westberlin persisch erscheinenden Zeitung "Rahe Tudeh" (Weg des Volkes) eine Sondererklärung, in der es die Anschuldigungen der Behörden gegen die Parteführung entschieden zurückwies. Es konstatierte, daß bei den betreffenden iranischen Dienststellen "Foltern und die unter der Folter erpreßten 'Geständnisse' benutzt wurden". Das Blatt verurteilte "die barbarischen, unmenschlichen, sittenwidrigen" Methoden, die "auf Weisung und unter Mitwirkung von Agenten der CIA, des Intelligence Service und des Mossad" (israelischer Geheimdienst) "sowie von 'Spezialisten' der SAVAK" (früherer Geheimdienst des Schahs) angewandt worden sind".

Die amtliche Propaganda sucht die Tudeh mit der Behauptung in Mißkredit zu bringen, daß sie nicht die nationalen Interessen des iranischen Volks wahrnehme, sondern der UdSSR hörig sei.

Aber selbst ein flüchtiger Überblick über ihre Geschichte beweist das Gegenteil. Sie wurde im Oktober 1941 gegründet, als die demokratische Bewegung im Land im Aufschwung war. Ihren Kern bildeten aus Haftanstalten des Schahs freigelassene Kommunisten und andere fortschrittliche Persönlichkeiten, die sich für soziale und wirtschaftliche Reformen im Interesse der Werktätigen einsetzten. In ihrem auf dem ersten Parteitag beschlossenen Programm hieß es, daß sich die Tudeh um eine Aufhebung der Übermacht ausländischer Konzerne bemühe, darum, daß demokratische Reformen vorgenommen werden, daß die Werktätigen Bürgerrechte wie Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie den 8-Stunden-Tag bekommen und daß ein Gesetz über die unentgeltliche Übergabe von Grund und Boden an die Bauern verabschiedet wird. Sogleich ging die Tudeh energisch daran, die werktätigen Massen zum Kampf für ihre Rechte aufzubieten. Am Ende des zweiten Weltkriegs war sie bereits eine Massenpartei.

Als die Reaktion, über das Anschwellen der demokratischen Bewegung im Land erschrocken, gegen Ende der 40er Jahre zum Angriff auf die Fortschrittskräfte überging, trafen die Repressalien vor allem die aktiven Mitglieder der Tudeh. Dreizehn ihrer Führer wurden in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Das Schahregime verbot die Tudeh im Jahre 1949.

Anfang der 50er Jahre stellte sie ihre Organisationen wieder her und marschierte in den ersten Reihen des Kampfes gegen Monarchie und Imperialismus. Als die CIA der Vereinigten Staaten im August 1953 ihre Agenten im Iran putschen ließ, wurde die Regierung Mossadegh gestürzt, die nationaldemokratische Bewegung abgewürgt und die Tudeh neuen Repressalien ausgesetzt. Viele Mitglieder ihres ZK und Aktivisten wurden festgenommen, die Zeitungen erneut verboten und die Druckereien demoliert. Auf Jahre hinaus bestand im Iran nunmehr das antideokratische monarchistische Regime, das vom US-Imperialismus abhängig war und alle Fort-

schriftenkräfte schonungslos unterdrückte. In den etwa 25 Jahren schwerster Illegalität betätigte sich die Tudeh weiter als aktive politische Organisation der Werktätigen und führte einen beharrlichen Kampf gegen das Schahregime und gegen die Abhängigkeit des Landes von imperialistischen Staaten, insbesondere von den USA.

In Jahre 1975 rief die Tudeh vor allen anderen oppositionellen Parteien und Organisationen das Volk zum energischen Kampf für den Sturz der Despotie des Schahs auf. Eine höchstwichtige Phase in ihrer Tätigkeit begann in der Zeitspanne, in der die breite Bewegung gegen dieses Regime und gegen den Imperialismus anwuchs, die die Monarchie im Februar 1979 stürzte. Mitglieder der Tudeh beteiligten sich führend an Massenstreiks und -demonstrationen wie auch an den Kämpfen auf den Barrikaden des bewaffneten Aufstandes. Am 11. März 1979 gab das ZK der Tudeh die Wiederaufnahme ihrer legalen Tätigkeit bekannt.

Sie nimmt die Interessen der breiten werktätigen Massen wahr und ließ daher den Aufruhr ergehen, eine Volksfront zur Verteidigung des in der Revolution Errungenen zu bilden. Auch stellte sie ein ausführliches Aktionsprogramm für alle Teile der revolutionären Bewegung auf, die sich für die Befreiung des Landes von der Abhängigkeit vom Ausland sowie für demokratische Rechte und Freiheiten aller arbeitenden Menschen einsetzen. Die Tudeh befürwortete diejenigen Punkte aus dem vom Führer der iranischen Revolution, dem Ayatollah Khomeini, aufgestellten sozialen und politischen Programm, die objektiv fortschrittlich waren und Beschränkungen für das Großkapital und den Großgrundbesitz sowie die Gewährleistung wahrer nationaler Unabhängigkeit beinhalteten. Als aber die Ausführung des Programms für die Umgestaltungen im Interesse der Armen merklich ins Stocken geriet, betrachtete die Tudeh diesen Umstand als eine direkte Folge dessen, daß die konterrevolutionären Elemente ihre Positionen im Land verstärkt hatten. Sie verfocht eine radikale Bodenreform im Interesse der Bauernmassen, Aufhebung des Großgrundbesitzes und Verstaatlichung des Außenhandels zwecks Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Zugleich erklärte sie, man müsse eine gerechte Lösung der nationalen Frage treffen, u. zw. durch Zuverkennung des Rechts auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung im Rahmen eines unabhängigen Einheitsstaates an alle im Iran lebenden nationalen Minderheiten. Die ganze Tätigkeit der Tudeh war auf die Erfüllung dieser Lösungen abgestellt.

Soweit die Tatsachen. Die Tudeh war auch früher schon heftigen Angriffen der Rechten ausgesetzt. Ihre Räumlichkeiten in Teheran wurden 1981 von Reaktionären besetzt und demoliert, und die Zeitung "Nameye Mardom", das Organ ihres ZK, wurde verboten. Jetzt ist das Verbot der Tudeh selbst bekanntgegeben worden. Zugleich wird die antisowjetische Propaganda aufgeheizt. Die UdSSR wird beschuldigt, mit "subversiven Elementen" in Verbindung zu stehen, mit denen die Mitglieder und Anhänger der Tudeh gemeint sind. Um die Lüge, daß Mitglieder der Tudeh Spionage freiben, auch nur

halbwegs zu "begründen", haben sich die iranischen Behörden sogar zu dem provokanten Schritt entschlossen, einige Beamte der Botschaft und anderer Institutionen der UdSSR im Iran des Landes zu verweisen. Gegen diesen Willkürakt hat die UdSSR entschiedenen Protest eingelegt.

Über die Repressalien der iranischen Behörden gegen die Tudeh ist die fortschrittliche Weltöffentlichkeit mit Recht entrüstet. Sie werden mit gutem Grund als Versuche der Rechten angesehen, nicht nur die Avantgarde der

iranischen Werktagen zu treffen, sondern auch das Vertrauen der Massen zur UdSSR zu erschüttern und die sowjetisch-iranischen Beziehungen zu beeinträchtigen, wozu die Rechten von den Geheimdiensten imperialistischer Staaten noch aufgehetzt werden. Schon haben über 70 kommunistische, sozialistische, sozialdemokratische und Arbeiterparteien der Welt die Repressalien gegen die Tudeh entschieden verurteilt. Sie erklären sich nachdrücklich mit den iranischen Patrioten solidarisch und fordern Freilassung der inhaftierten Führer der Tudeh.

W. KOMAROW

NAHER OSTEN

FRIEDEN ODER FALLSTRICK?

Am 14. Mai bestätigte das libanesische Kabinett den Entwurf eines unter Beteiligung des amerikanischen Außenministers Shultz formulierten libanesisch-israelischen Abkommens. Die Truppen Israels sollen die besetzten Landesteile größtenteils räumen — größtenteils, da Tel Aviv im Süden des Libanon eine gewisse militärische Präsenz beibehält; dieser Landesteil soll laut Entwurf von Einheiten Major Khaddads kontrolliert werden, der eng mit den Israelis zusammenarbeitet.

Shultz und sein libanesischer Kollege Youssef Salem kamen nach Damaskus, um die syrische Regierung zu überreden, sie solle sich der Abmachung anschließen. Präsident Hafiz al-Assad erklärte jedoch, daß Punkte des Entwurfs die Unabhängigkeit und Sicherheit des Libanon schwer beeinträchtigen würden, daß sie auch den Interessen und der Sicherheit Syriens, ja sogar der ganzen arabischen Welt gefährlich werden könnten.

Syrien hat also das Abkommen abgelehnt, weil es die Souveränität der Araber herabsetzt und ihnen von Washington und Tel Aviv aufgezwungen wird. Faktisch legalisiert es ja das Bestehen des zionistischen Aufmarschgebiets im südlichen Libanon, und was das bedeutet, weiß die arabische Welt nur zu genau. Camp David hat bekanntlich Tel Avivs Hinterland vom Süden her abgesichert und ihm für die Aggression gegen den Libanon freie Hand gegeben. Wird man nicht aus dem Libanon selbst ein nördliches Hinterland Israels für dessen Vorbereitungen zu einer Aggression gegen Syrien machen? Nicht von ungefähr wird ja israelische Kampftechnik in das libanesische Bekaa-Tal verlegt, wo laut Beschuß der Arabischen Liga syrische Einheiten der arabischen Sicherheitsstreitkräfte stationiert sind.

Die libanesische Regierung schickt Vertreter in die arabischen Hauptstädte, wo sie ihren Standpunkt zu dem Abkommen klarmachen sollen. In den meisten arabischen Ländern ist man entschieden

gegen dieses. Die Zeitung "Le Temps" (Tunesien) schreibt z. B., daß unter Druck der USA aufgesetzte "totgeborene Projekt eines libanesisch-israelischen Abkommens" sei ein "Fallstrick" für die Araber, ein im Nahen Osten ausgespanntes Netz für "ein neues Komplott zur völligen Niederschlagung des arabischen Widerstandes und zur Gewährleistung einer Überlegenheit und Herrschaft Israels in der Region". "Al-Thawrah" (Irak) konstatiert, daß die USA bei der Bereinigung des libanesischen Problems von der Absicht ausgehen, die Palästinensische Widerstandsbewegung auszulöschen und die nationalpatriotischen Kräfte des Liba-

Im Libanon selbst ist man sich über den Beschuß des Kabinetts nicht einig.

So fand am 14. Mai in Zghorta im Landesnorden ein Treffen namhafter Politiker und anderer Persönlichkeiten der Republik statt. Auch der Vorsitzende der Sozialistischen Fortschrittpartei, Walid Joumblatt, war anwesend; ebenso der Generalsekretär des ZK der Libanesischen KP, George Hawi, Ex-Präsident Suleiman Frangie, der ehemalige Ministerpräsident Rashid Karame u. a. Sie faßten eine Resolution und schickten sie an Präsident Amin Gemayel. Darin wird der Entwurf des Abkommens mit Israel entschieden abgelehnt, weil es den nationalen Interessen des Libanon zuwiderläuft und dessen Unabhängigkeit und Souveränität bedroht. Weiter wird in der Resolution



Ein israelischer Soldat im Bekaa-Tal, wo Aggressionskräfte zusammengezogen werden

Foto aus: "Newsweek" (USA)

non lahmzulegen, um "den Libanon vor den Wagen von Camp David zu spannen und das Nahostproblem nach amerikanisch-israelischen Begriffen zu bereinigen".

gefordert, daß die Truppen des Aggressors die besetzten Landesgebiete bedingungslos räumen, und wird das amerikanisch-israelische Diktat kategorisch abgelehnt. Nach dem Treffen gab Karame Journalisten bekannt, daß eine Patriotische Front der den amerikanischen Entwurf eines libanesisch-israelischen Abkommens ablehnenden Kräfte gebildet worden ist.

D. SGERSKI

„NEUE DIMENSIONEN“

DER JAPANISCHEN POLITIK

Der japanische Premierminister Nakasone bereiste zwischen dem 30. April und dem 10. Mai alle Mitgliedsländer der ASEAN (Vereinigung südostasiatischer Staaten): Indonesien, Thailand, Singapur, Malaysia und die Philippinen sowie das britische Protektorat Brunei.

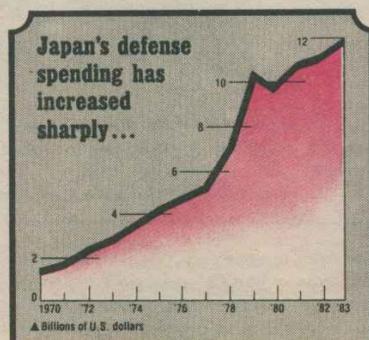
Nach allem zu urteilen, maß Tokio dieser Reise große Bedeutung bei — ebenso groß wie die Rolle, die diese Region in den außenwirtschaftlichen Beziehungen Japans neuerdings spielt. Doch hat die neuentdeckte Sympathie Japans für die Südmeere auch andere Motive. In letzter Zeit nehmen seine Beziehungen zu den USA immer deutlicher die Gestalt einer militärischen Allianz an. Japan nähert sich der NATO immer mehr, und das prägt seine Politik in Asien, in jenen asiatischen Ländern, wo die Menschen noch nicht vergessen haben, wozu die japanische Expansion während des zweiten Weltkrieges führte, und dem unverhohlenen militaristischen Kurs der heutigen Regierung sehr mißtrauisch und argwöhnisch gegenüberstehen.

All das macht die Beziehungen Japans zu den fünf ASEAN-Ländern besonders kompliziert. Man unterscheidet darin nicht nur gegenseitige Sympathien, sondern auch Aversionen. Deshalb war Nakasone um ein anziehendes Japan-Image bemüht. Seine Reden hatten zwei Leitmotive: erstens die Versicherungen, Japans wachsendes Rüstungspotential bedeute keine Bedrohung der ASEAN-Länder; zweitens seien die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Japans zu ihnen ein Muster an Gleichheit und gegenseitigem Nutzen. In einer Rede in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur erklärte der Besuch pathetisch, sein Land strebe danach, seinen Beziehungen zu den ASEAN-Ländern eine „neue Dimension“ zu verleihen. Dieser Begriff verrät, daß Tokio auf die Rolle eines „Kräftekols“ in Asien, eines neuen Führers und Sachwalters der anderen Länder reflektiert.

Beobachter in Asien finden eine Bestätigung dafür auch in der Befürerung des Premierministers, er unterstütze alle „asiatischen Werte“.

Der südostasiatische Raum mit seinen reichen Vorräten an Erdöl, Erdgas, Zinn, Kupfer, mit seinen Märkten für Naturkautschuk und Nutzhölz und seinen billigen Arbeitskräften ist für das japanische Big Business höchst anziehend. In den letzten Jahren wuchsen die Investitionen der Konzerne dort in einem Tempo, das die westlichen Konkurrenten vor Neid erbleichen ließ. Heute liegen sie bei über 10 Md. Dollar. Der Höhe der Investitionen in diesem Raum nach hat Japan die USA längst überholt und behauptet den ersten Platz. Die Unternehmen, die das japanische Kapital dort schafft, sind oft als gemischte Gesellschaften maskiert. Die Erstrohstoffbearbeitung bei billigen Arbeitskräften sichert ihnen eine hohe Profitrate. Sehr wichtig ist der Raum auch als aufnahmefähiger Markt für industrielle Fertigerzeugnisse. In den letzten Jahren nahm der Gesamthandel Japans mit den ASEAN-Ländern rasch zu und betrug über 34 Md. Dollar im Jahr. Aber einigen Waren, an deren Absatz es den ASEAN-Ländern gelegen ist, bereitet Tokio künstliche Hindernisse in Form von hohen Tarifen, niedrigen Quoten und außerökonomischen Restriktionen. Im Ergebnis haben drei der fünf ASEAN-Länder — Thailand, die Philippinen und Singapur — einen Passivsaldo von Milliarden

Die Militärausgaben Japans steigen enorm. Diese Aufstellung aus "Business Week" [USA] gibt sie in Milliarden Dollar an



den Dollar im Handel mit Japan. Die „asiatischen Werte“, die Tokio so sehr sympathisch sind, werden jenen aus der Tasche gezogen, die um japanische Hilfe bitten.

Auf seiner Reise wollte Nakasone die ASEAN-Länder, die mit den ungerechten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen unzufrieden sind, begütigen. In der allgemeinsten Form versprach er, die Zollschränke niedriger zu machen und die Anteilquoten für einige Rohstoffe aus den ASEAN-Ländern etwas zu erhöhen. All das war jedoch so wenig konkret, daß die Versprechungen nicht den erwünschten Effekt hatten, wie übrigens auch die versprochenen Anleihen. Nicht nur deshalb, weil solche Anleihen einen verschwindend geringen Teil der Profite darstellen, die das japanische Großgeschäft in Südostasien erzielt. Aber sie sind vor allem dafür bestimmt, die früher mit japanischer Hilfe gebauten Betriebe zur Rohstoffverarbeitung zu modernisieren. Davon profitieren in erster Linie die Japaner, während die Abhängigkeit der Länder, die als Japans Kunden auftreten, noch größer wird. Das japanische Kapital zeigt jedoch kein Interesse an der Gründung von Unternehmen, die die wirtschaftliche Selbständigkeit anderer Länder fördern würden.

All diese Umstände erklären, warum Japan so darauf bedacht ist, seinen Einfluß in den Südmeeren zu verankern. Das wohl wirksamste Mittel dazu sehen die Japaner in der weiteren Entwicklung der militärischen Partnerschaft mit den USA. Kein Wunder also, daß bei Nakasones Verhandlungen in den Hauptstädten der ASEAN-Länder sehr viel die Rede von der „militärischen Philosophie“ war, wie sich der UPI-Korrespondent in Singapur ausdrückte. In dieser Hinsicht war die jetzige Reise des Premierministers unmittelbar mit seinem Januar-Besuch in Washington verbunden, wo er sich bereit erklärt hatte, Japan zu einem unversenkbares Flugzeugträger der USA zu machen.

Bald darauf verlautete es, die japanische Flotte übernehme das Patrouillieren in den Seewegen im Pazifik in einer Entfernung bis zu 1000 Meilen vom eigenen Territorium. Japan verrät damit sowohl die expansionistischen Motive seiner Politik als auch seine weitgehenden Militarisierungspläne. Dementsprechend wachse die Militärausgaben des Landes von Jahr zu Jahr. Der 6. Plan für den Ausbau der „Selbstverteidigungskräfte“ (1983–1987) sieht die Bereitstellung von rd. 65 Md. Dollar vor. Deshalb war man in den ASEAN-Ländern eher skeptisch, als Nakasone versicherte, Japan erhöhe zwar sein

AUF DEM PULVERFASS

Am 11. Mai, dem Tag des nationalen Protests, hat in Chile der größte Streik seit dem faschistischen Putsch von 1973 stattgefunden. Auf einen Appell der Konföderation der Werktätigen der Kupferindustrie, des Nationalen Koordinationszentrums der Gewerkschaften und anderer Organisationen der Werktätigen legten die Bergarbeiter, Schauerleute, Bau- und Transportarbeiter sowie die Angestellten des Dienstleistungsgewerbes ihre Betriebe für 24 Stunden still. Auch Staatsangestellte beteiligten sich am Streik. Viele Demonstrationen und Kundgebungen protestierten gegen den fortdauernden Terror der Behörden. Eine fast ebenso große Aktion hatten die Patrioten und Antifaschisten Chiles kurz vorher, am 24. März, durchgeführt. In Santiago und anderen Großstädten war es damals zu Zusammenstößen zwischen Tausenden Demonstranten und der Polizei gekommen.

Danach setzten Massenrepressalien ein. Am 14. Mai riegelten Militär und Polizei frühmorgens die Arbeiterviertel der Hauptstadt ab. Über 2000 Personen wurden verhaftet und zum Verhör in das berüchtigte Stadion abtransportiert. Nach Folterungen wurden 130 Festgenommene, unbekannt wohin, verschleppt.

Die jüngsten Geschehnisse zeugen von einem neuen Aufschwung des Widerstandes gegen die faschistische Diktatur. Den Hintergrund bilden die schwere Wirtschaftskrise und die weitere politische Isolierung des Regimes. Zur Opposition stoßen ganz verschiedene politische Gruppen und Koalitionen. Der "Monde" [Paris] schrieb: "Alle — angefangen von den 'demokratischen' Rechten bis zu den äußersten Linken — sind sich darüber einig, daß zur Überwindung der Wirtschaftskrise die Demokratie wiederhergestellt werden muß und daß es keinen Ausweg gibt, solange Pinochet am Staatsrudern bleibt."

Auch die in Chile einflußreiche katholische Kirche betätigt sich wieder reger gegen die Diktatur. Selbst in den Streitkräften ist die Unzufriedenheit seit Jahresbeginn stärker geworden, obwohl Pinochet behauptet, daß sie "einig" seien.

Das alles bestätigt die Schlußfolgerung aus einem von der KP Chiles im April in Santiago verbreiteten Schriftstück. Darin hieß es, alle Voraussetzungen seien dafür gegeben, daß 1983 ein Jahr energischen Kampfes für den Sturz Pinochets sein wird.

A. BARYSCHEW

Die japanische Militärmacht im Wachsen

Aus "Newsweek" (USA)

Rüstungspotential, habe jedoch nicht vor, sich "zu einer Militärmacht zu entwickeln, die die Nachbarländer bedroht".

Wie sollten sie auch nicht skeptisch sein, wenn in Tokio immer beharrlicher von der Notwendigkeit geredet wird, die Malakka- und andere Seestraßen zwischen Pazifik und Indik unter Kontrolle zu stellen. Die Länder Südostasiens sehen darin neue, reale Anzeichen der von Japan ausgehenden Kriegsgefahr. Der malaysische Ministerpräsident Mohathir bin Mohamad gab dazu: "Wir haben ernste Befürchtungen, weil die Malakka-Straße in die 1000-Meilen-Zone aufgenommen worden ist, die die japanischen Kräfte 'verteidigen' sollen." Auch Tokio selbst kann diese Befürchtung nicht außer acht lassen. So schrieb die "Tokyo Shimbun", das Hauptziel von Nakasones Reise war es, "bei den ASEAN-Ländern Verständnis für die von den USA nahegelegte Modernisierung von Japans Militärmacht zu finden". Es war jedoch nicht leicht, da eine gemeinsame Sprache zu finden. Folgender Zwischenfall ist charakteristisch. Auf einer Pressekonferenz in Manila wurde der japanische Premierminister gefragt, ob er meine, daß der philippinische Präsident Marcos nach seinem Treffen mit ihm den eigenen Standpunkt zu Japans militärischem Programm geändert habe. (Voriges Jahr hatte Marcos in Washington offen von seiner Besorgnis in diesem Zusammenhang gesprochen.) Nakasones Antwort: "Ich weiß nicht."

Ferner suchte Nakasone auf seiner Reise die japanische militärische Präsenz in Südostasien zu begründen, z.B. mit dem Lügenmärchen von der Gefahr aus Vietnam. Der Besuch aus

Tokio erwähnte sehr oft die Anwesenheit der vietnamesischen Truppen in Kampuchea. Ein Zusammentreffen von Umständen wollte es, daß gerade während Nakasones Reise durch die ASEAN-Länder der Abzug eines weiteren Kontingents der vietnamesischen Freiwilligentruppen aus Kampuchea begann. Das wäre doch ein weiterer praktischer Beweis für das aufrichtige Interesse Vietnams und der anderen indochinesischen Länder daran, die Streitfragen mit den ASEAN-Ländern zu regeln. Davor zeugen auch die von den drei indochinesischen Ländern schon früher unterbreiteten Vorschläge, eine regionale Konferenz abzuhalten, um die Situation in Südostasien zu normalisieren und dort Frieden und Stabilität zu gewährleisten.

Unter diesen Bedingungen war das Heraussstreichen der "Kampuchea-Frage" in Nakasones Reden, wie die "Nhan Dan" (Hanoi) schrieb, gleichbedeutend mit einem provokanten Ja zu Washingtons "Kreuzzug". Das war auch ein Versuch, die Spannungen zwischen den ASEAN-Ländern und Indochina zu schüren. In Tokio ist man offenbar der Meinung, eine Destabilisierung in Südostasien wäre der Vorwand, der Japans Prätentionen auf die Rolle des Vormunds der ASEAN-Länder rechtfertigen würde. Aber auch dieser Dreh brachte nicht den Effekt, auf den man in Tokio gerechnet hatte.

Zusammenfassend sei gesagt, daß Versuche, die Angst vor dem sich erhebenden japanischen Militarismus und vor der Gefahr, die er über Südostasien heraufbeschwört, zu zerstreuen, vergeblich waren. Mehr noch, die "neuen Dimensionen" der japanischen Politik gegenüber den südlichen Nachbarstaaten werfen ein Schlaglicht auf Tokios wirtschaftliche und politische Expansionspläne.

J. LUGOWSKOI



EVOLUTION DER MILITÄRDOKTRIN

- FLEISSIGER SCHÜLER
- WIEDER NEUTRONENWAFFE
- DURCH DIE HINTERTÜR
- PARIS UND GENFER VERHANDLUNGEN

Die Regierung hat vor kurzem das neue Verteidigungsprogramm für 1984–1988 gebilligt, das in Kürze dem Parlament vorgelegt werden wird. Dieses Programm hat innerhalb und außerhalb Frankreichs starke Beachtung gefunden. Das neue "Planjahr fünf" im Rüstungsbereich nämlich intendiert die Hauptrichtungen der militärpolitischen Doktrin bis zum Jahr 2000.

Die Militärbewilligungen betragen 830 Md. Franc. Während das Wirtschaftswachstum 1983/84 erwartungsgemäß bei Null liegen wird, werden die Militärausgaben jährlich um 2% steigen. Ende des Fünfjahreszeitraums wird ihr Anteil 4% des Bruttonsozialprodukts ausmachen und damit höher als in den meisten NATO-Ländern sein.

Die Basis des neuen Militärprogramms bilden die nuklearen Stoßkräfte, denen ein Drittel der Bewilligungen gelten. Vorgesehen ist ihre schnelle Modernisierung und Aufstockung. Bereits 1985 wird das sechste Atom-U-Boot in Betrieb genommen, das mit den neuen strategischen M4-Raketen (Reichweite 4000 km) bestückt sein wird. Geplant ist der Bau eines Atomflugzeugträgers und mehrerer Atom-U-Boote sowie die Modernisierung der mit Kernraketen bestückten Flugzeuge. Perfektioniert werden die taktischen Kernwaffen. Schließlich soll die Schlagkraft der konventionellen Waffen erhöht werden.

In ihren Kommentaren zum Militärprogramm stellt die Pariser Presse vor allem das Verhältnis Frankreichs zur NATO heraus, das von jeher eine Art Prüfstein für die Pariser Außenpolitik war. General de Gaulle hatte seine mutige Entscheidung, Frankreich aus der integrierten Militärstruktur der NATO zu lösen, weitestgehend mit dem Kurs auf Unabhängigkeit in internationalen Angelegenheiten verknüpft. Die jetzige Staatsführung hat mehrmals deklariert, sie werde nicht in die militärische Organisation der NATO zurückkehren und eine eigenständige Linie verfolgen. Dennoch gehörte es zu den ersten außenpolitischen Aktivitäten der Regierung Mauroy, die NATO-Pläne zur Stationierung neuer

nuklearer US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu unterstützen. In Paris wird der Chor immer lauter, der sich für die Festigung der "atlantischen Solidarität", für vermehrte "Verteidigungsanstrengungen" der NATO stark macht. Die Begleitmusik bilden die Paukenschläge von der "sowjetischen militärischen Bedrohung", von der "Verletzung des Gleichgewichts" im militärstrategischen Bereich zugunsten Moskaus.

In der Debatte des Gesetzentwurfs über das neue Programm im Parlamentsausschuß für Verteidigungsfragen kritisierten die kommunistischen Abgeordneten diese Behauptungen seiner Urheber.

Frankreich, eben noch von NATO-Kreisen der Unzugänglichkeit gezielt, hat sich, wie es "Le Monde" ausdrückt, im atlantischen Klassenraum in einen gelehrtigen Schüler verwandelt. In den transatlantischen Beziehungen, so die bundesdeutsche "Zeit", habe die französische Regierung die Gemeinsamkeit der Interessen in der Nuklearstrategie demonstriert. Insbesondere hinsichtlich der nuklearen Mittelstreckenraketen. Washington hat in Frankreich einen eifigen Verfechter seiner "Null-" und "Zwischenlösung" gefunden.

Das neue Programm legt Nachdruck auch auf die Entwicklung von "Waffen mit erhöhter Strahlungsaktivität" — wie die schamhafte Umschreibung der Neutronenbombe lautet. Diese Entwicklung hatte unter der vorigen Führung begonnen. Bereits 1980 veröffentlichte die rechtszentristische Union für die Französische Demokratie (UDF) eine "Verteidigungsdoktrin für Frankreich", die offen zur Herstellung der Neutronenwaffe aufforderte. Die als NATO-freundlich bekannten UDF-Führer behaupteten stur, Frankreich könne seine Sicherheit nicht selbst gewährleisten, und es sei illusorisch, sich auf eine eigene Verteidigungspolitik zu verlassen. Ergo verlangten sie die Herstellung der Neutronenwaffe. Die in der Opposition befindliche Sozialistische Partei (PS) wandte sich gegen die Herstellung und Stationierung der Neutronenbombe, da sie berechtigerweise meinte, ihre Aufnahme in die französische Rüstung bedeute faktisch die Rückkehr des Landes in die Militärorganisation der NATO. In seinem in der "Monde" veröffentlichten Artikel "Abrüstung und Sicherheit" schrieb der jetzige Verteidigungsminister Hervé, seinerzeit in der PS-Führung für Probleme der Militärstrategie zuständig, Versuche, die Kernwaffen (Entwicklung einer "Super-Pluton-Rakete" und einer Waffe mit "erhöhter Strahlungsaktivität") in konventionelle zu verwandeln, kämen einer Absage an die Abschreckungsstrategie gleich und verfolgten den Zweck, sich an Aktivitäten zu beteiligen, die den Lebensinteressen Frankreichs fernlä-

In nächster Zukunft wird das 6. Atom-U-Boot vom Stapel laufen

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)



gen. Im Programmduktument der PS "Sozialistisches Projekt" wurde betont: Außenpolitischer Angelpunkt der Sozialistischen Partei sind kollektive Sicherheit und Abrüstung.

Wie aber ging es weiter?

Nach ihrem Amtsantritt verurteilte die Regierung Mauroy den Beschuß Washingtons über die Produktionsaufnahme der für die Stationierung in Westeuropa bestimmten Neutronenbombe nicht. Die Entwicklung der eigenen Neutronenwaffe wurde vorangetrieben. In einem kürzlichen Interview des französischen Verteidigungsministers für "Le Monde" hieß es, für den Fall der politischen Entscheidung des Staatschefs über die Herstellung der Neutronenwaffe sei auch deren Trägermittel, die in Entwicklung befindliche taktische "Hades-Rakete", bereits bestimmt. Der der PS nahestehende "Nouvel Observateur" dekliert sich daran, daß diese Rakete einen nuklearen Sprengsatz 450 km weit befördern könnte. Mit anderen Worten, sie sei in der Lage, Ziele in der Tschechoslowakei zu treffen. Da muß man sich doch fragen, ob Paris etwa zu einer "Schießscharte" an der östlichen Flanke der NATO werden und zusammen mit den NATO-Truppen an der "Schlacht an vorderster Front" teilnehmen will? Derartige Pläne haben schließlich nichts mit einer unabhängigen Politik zu tun und treiben das Land ins Fahrwasser der abenteuerlichen NATO-Strategie.

Erwähnen wir noch einen weiteren Aspekt des Programms, eine "Novität", die, milde gesagt, der offiziellen Verteidigungsdoktrin nicht entspricht. Gemeint ist die Aufstellung einer starken operativen "Unterstützungstruppe", einer Art hausgemachter "Eingreiftruppe", die aus Panzern, Luftwaffe und Infanterieeinheiten bestehen soll. Die Gesamtstärke der "Unterstützungstruppe" wird 80 000 Mann betragen. Offiziellen Erklärungen zufolge sind ihr recht weitreichende politisch-strategische Aufgaben auf dem europäischen Schauplatz, im Mittelmeer und in anderen Weltregionen zugeordnet. Hinzugefügt sei, daß Frankreich Truppen im Raum der Antillen, in Polynesien, im Indik, in Djibouti, Neukaledonien sowie in einigen afrikanischen Ländern unterhält.

Die Wandlung der französischen militärpolitischen Doktrin wurde in NATO-Kreisen freudig begrüßt. Der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Europa, General Rogers, nannte bei seinem kürzlichen Aufenthalt in Paris (schon die Tatsache des Besuchs eines NATO-Oberen in der französischen Hauptstadt ist außergewöhnlich) als Ziel der Konsultationen mit den

französischen Vertretern: Alles zu tun, was wir in Friedenszeiten nur tun können, um die Streitkräfte Frankreichs einzubeziehen, wenn der politische Beschuß über ihre Integrierung in die Streitkräfte der übrigen NATO-Länder zur Verteidigung Westeuropas getroffen wird. Seinen Instinkt zu Hilfe rufend, äußerte Rogers die Gewißheit, Paris werde seine Truppen bald denen der Verbündeten anschließen. Den gleichen Tenor haben wiederholte Äußerungen des NATO-Generalsekretärs Luns und anderer NATO-Politiker.

Zum erstenmal seit 16 Jahren, also seit Frankreichs Austritt aus der Militärorganisation der NATO, werden im Juni die Außenminister des Blocks in Paris zu einer Beratung zusammenkommen. Eine vielsagende Tatsache.

In Frankreich selbst gehen die NATO-Freunde aus der Reserve. Sie driften die Regierung noch weiter von der unabhängigen Politik weg. Der ehemalige französische Botschafter im Brüsseler NATO-Hauptquartier Francois de Rose z. B. ist der Ansicht, Paris brauche formell nicht in die Militärorganisation der NATO zurückzukehren, Hauptsache sei, die eigenen militärischen Anstrengungen zu verstärken und dem Block verschiedene "Privilegien" auf dem Territorium des Landes einzuräumen. Das heißt, man will Frankreich über die Hinterfüße in die NATO schleusen. Immer dringender werden Forderungen nach einer "europäischen Verteidigung" und einer "Europa-Armee" laut. Den Ton dabei geben die Führer der UDF an. Die Presse weiß von einer intensiveren militärischen Zusammenarbeit Frankreichs mit der BRD und Großbritannien. Manche erwägen sogar einen französischen "Nuklearschirm" zur Unterstützung der Gesamtstrategie der NATO bei der Verteidigung Europas.

Schließlich noch ein außerordentlich wichtiges Moment: Paris verweigert beharrlich seine Zustimmung, die französischen Kernstreitkräfte bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf zu berücksichtigen. Obwohl völlig klar ist, daß das französische Verteidigungspotential mit dem NATO-Potential koordiniert ist. Existenz und Zielsetzung der französischen Kernstreitkräfte sind eine nicht zu ignorierende Realität. Das erkennen auch viele Politiker und Parteien des Westens an. Wir wollen uns hier nicht erneut der gut bekannten Zahlendiskussion über das Verhältnis der Kernstreitkräfte in Europa hingeben, sondern nur feststellen, daß die französische Haltung keineswegs gerechten Überzeugungen in Genf förderlich ist.

V. SEMJONOW

DIE EILE DER TORIES

Britanniens Premier Thatcher hat die Parlamentswahlen auf den 9. Juni angesetzt, d.h. um elf Monate vorverlegt. Und das trotz der lautstarken Erklärungen der konservativen Führung, sie wollte keine konjunkturbedingten Erwägungen bei der Festlegung des Wahlterms.

Mit drakonischen Maßnahmen gegenüber dem verstaatlichten Wirtschaftssektor und einer schroffen Kürzung der Sozialausgaben ist der Regierungspartei eine gewisse Minderung der Inflation gelungen. Jedoch ernsthaft von einer "Sanierung" zu sprechen ist kein Grund. Die in einer tiefen Flaute steckende Wirtschaft kommt nicht voran. Trotz aller Bemühungen der Regierung die Arbeitslosenstatistik zu korrigieren, übersteigt die Anzahl der Beschäftigungslosen drei Millionen, hat sich also in den vier Regierungsjahren der Tories fast verdreifacht.

Warum haben es die Konservativen so eilig?

Die Wirtschaftskennziffern könnten sich in dem bis zu den "plämmäßigen" Wahlen verbleibenden Jahr wesentlich verschlechtern. Experten sagen auch einen Inflationsauftrieb voraus. Niemand zweifelt an einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, denn schon in ein paar Wochen werden die Schulabgänger das Arbeitsloseheer auffüllen.

Auch andere Gründe zur Eile gibt es: In Großbritannien besteht eine machtvolle Bewegung gegen die Stationierung von US-Marschflugkörpern, mit der Ende des Jahres begonnen werden soll. Außerdem haben jüngste Meinungsumfragen ergeben, daß die oppositionelle Labour Party langsam, aber sicher in der Popularität aufholte.

Um sich zusätzliche Unterstützung zu sichern, haben die Tories überstürzt die Wahlkreise so zugeschnitten, daß die Anzahl der Parlamentssitze aus den Industriebezirken auf Kosten einer zunehmenden Vertretung der wohlhabenden Bevölkerungsschichten in den Vororten zurückgeht. Mit diesem Manöver hoffen die Konservativen zusätzlich rund 30 Plätze zu erringen. Nach wie vor wird die mit dem Konflikt im Südatlantik zusammenhängende chauvinistische Stimmung geschürt, das Märchen von der "sowjetischen Bedrohung" und der Spionagerummel hochgejubelt. Die Konservativen haben es mit den Wahlen deshalb so dringlich, weil sie mit demagogischen Tricks und falschen Versprechungen ihre Amtszeit verlängern wollen.

I. TITOW

ZWECK DER ÜBUNG(EN)

An der "Ostflanke" des Pentagon brodelt es. Noch waren die Kanonenaden der zweieinhalb Monate währenden amerikanisch-südkoreanischen Manöver "Team Spirit 83" nicht verstummt, da begannen amerikanisch-philippinische mit dem Decknamen "Balikatan tangent flash 83".



"Team Spirit 83" und "Balikatan tangent flash 83" sind nicht nur zeitlich einander nah. In beiden militärischen "Schauspielen" treten dieselben Darsteller auf, die es kaum geschafft haben, ihre neuen Rollen zu überfliegen.

Die Shows unterschieden sich nicht besonders. In beiden wurden Methoden eines Angriffskrieges durchgespielt. Auf Luzon (Philippinen) und im Süden Koreas wurde eine große Truppenlandung ausgeführt, und der in einer unmißverständlichen Farbe gekleidete Gegner wurde natürlich vernichtend geschlagen.

Die globalen strategischen Zielsetzungen ähnelten sich nicht weniger als die taktischen. "Team Spirit" war noch ein Schritt zur Bildung einer "fernöstlichen NATO", eines Dreiecks Washington-Tokio-Südl. "Balikatan tangent" entsprach der Absicht Washingtons, den Militärblock SEATO, der 1977 zerfiel, wiederzubeleben. Das Pentagon hat auf

den Philippinen schon zwei Stützpunkte und gedenkt, aus ihnen Umschlagspunkte für seine "Eingreiftruppe" zu machen. Südkorea aber ist schon lange ein tragender Pfeiler der amerika-

Der zur 7. US-Flotte gehörende atomare Flugzeugträger "Enterprise"

nischen Militärpräsenz im Fernen Osten.

Neben "Balikatan tangent" werden wieder amerikanische Luftwaffenmanöver im Raum der japanischen Städte Atsugi und Yamata abgehalten. An ihnen sind Kampfflugzeuge von dem im Hafen Yokosuka stationierten amerikanischen Superverflugzeugträger "Midway" beteiligt.

Bedenkt man außerdem, daß Washington Eile hat, in der Asien-Pazifik-Region Flügelraketen und in Südkorea Neutronenwaffen zu stationieren, so erkennt man, daß die USA in ihren Kriegsvorbereitungen eine "zweite Front" eröffnet haben, und nicht nur, um mit einem mysteriösen Gegner kurzen Prozeß zu machen.

L. JELIN

DUSCHMANEN UND DROGEN

Ein Päckchen einheimischen Heroins kostet in Pakistan 10 Dollar, in Europa und in den USA einige hundert. Die afghanischen Duschmanen, die in Pakistan untergekrochen sind, können nicht nur bis drei zählen. Sie bekamen von den amerikanischen und pakistischen Geheimdiensten Lizzenzen für den Drogenhandel und den unverständlichlichen Hinweis, daß sie mit Hilfe des "weißen Pülverchens" die finanzielle Bürde sowohl ihrer pakistanschen Brötchengabe als auch ihrer amerikanischen Schutzpatrone erleichtern können. Für den Erlös aus den Drogen kaufen die Konterrevolutionäre im Westen einen Teil ihrer Waffen, und viele US-Firmen verschmähen Dollars aus dem Drogengeschäft nicht.

Die Ex-Feudalherren und ihre Mitläufer sind eifrig bei der Sache. In den Grenzgebieten Pakistans wurde Opiummohn angebaut. Die Lehrmeister aus dem Westen halfen auch Heroinlabors einrichten. Auch der Abtransport der Ware ist gesichert. Mit dem größeren Geschäft wuchs auch der Bedarf an neuen Routen. Die Schmuggler wollten das benachbarte Indien als Umschlagspunkt benutzen, dort ging aber ein Transport nach dem anderen hoch. Zuerst verhaftete die indische Polizei vier afghanische Emigranten, die aus Pakistan nach Indien übersiedelt waren und in ihren Häusern Drogenlager angelegt hatten. Es waren Esmatullah, Mohammad Aziz, Abdul Gaffar und Gul Muhammad. Dann wurden auch die Bandenchefs gefaßt, und bei ihnen wurde Heroin für 14 Mio Dollar beschlagnahmt.

Die Konterrevolutionäre haben den Verlust gut und gern wettgemacht, denn ihnen helfen, der indischen Wochenschrift "New Wave" zufolge, Beamte der Pakistan International Airlines.

Bei Duschmanen beschlagnahmte, aus Drogenlieferungen bezahlte Waffen mit der Inschrift "Made in USA"

Foto: L. Mironow



IRRENHAUS ODER

Wie neulich die France Presse berichtete, haben die Behörden in Pretoria "ihre Bemühungen darum verdoppelt, der Welt weiszumachen, daß sie die Politik der Rassensegregation mildern wollen".

Die rassistischen Gesetze gelten jedoch nach wie vor im Verkehrswesen, in den Hotels und Gaststätten, an den Badestränden, in Schulen, Kirchen und sogar Gefängnissen. Stichproben aus der diesjährigen Presse ergeben ein Mittelding zwischen der Situation in einem Irrenhaus und der in einem KZ.

19. Januar. Ein weißer Kontrolleur wurde verurteilt, weil er einen Afrikaner, der sich in einem Abteil für Weiße befand, aus dem fahrenden Zug stieß.

Um
manch-
kehrsr
14. M
und au
Rasse

29.
fizieru
Juli 19
72 Fa
Weiße
39 Fa
Ein
"umkl
Stadt
ein Fa
wird,

2. A
Saul
Stadtg
ser/ ge
nere i

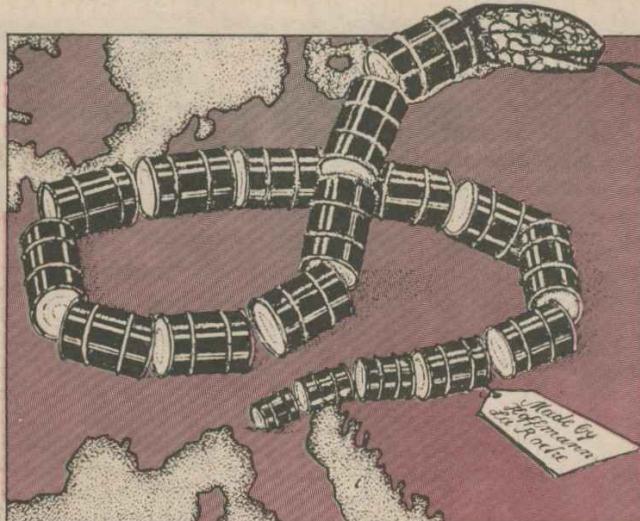
17.
Pieter
auf Pe
Drei
Gerich
hasse
könn
Schwa
daure

22.
Botha
aller R
gesta
ganze

28.
besch
sperre

2. M
dem s
Breyte
Aufre
ben Ja
"Soga
zum
Aparth
ganze
ein ha

Es w
Welt
sentre



ungen zu vermeiden", die magisch ausgehen, hat Ver- der Hendrik Schoeman am geregelt, in Bussen, Zügen Bahnhöfen strikter auf die ung zu achten.

Angaben über "Umklassi- zwischen Juni 1981 und und veröffentlicht worden: und 7 Chinesen sind zu Weiße zu Farbigen und zu Indianern erklärt worden. er, der zum Farbigen wird, muß in einen für Farbige umziehen, und er, der zum Weißen erklärt eine Weiße heiraten.

ein weißer Polizist erschoß den Vorsteher der Diefontein, weil die Umsiedlung der Afrika- austans aufgetreten war.

Die Brüder Zacharius und eröffneten Gewehre schwang für Nichtweiße. wurden getötet. Vor lärte Pieter de Beer, er Schwarze", und "wenn ich rede ich noch ein paar anlegen". Sein Bruder behielt, das nicht zu können.

Ministerpräsident Pieter, falls man Angehörigen Zutritt zu sämtlichen Kinos würde, könnte das im d zu einem Chaos führen.

Der Stadtrat von Pretoria Parks für Nichtweiße zu

erschien ein Interview mit

kanischen Dichter Breyten, der wegen seines gegen die Apartheid sie- gesessen hat. Er berichtete: der Henkersmahlzeit der

Verurteilten gilt die Ein-Weißer bekommt ein huhn, ein Schwarzer nur

Pretoria nicht gelingen, der reden, daß es die Ras- im Ernst mildern will.

D. SWEREW

"NEUE ZEIT"

WIE WARMES SEMMELN

Die bundesdeutschen Konzerne Rheinmetall und Krauß-Maffei haben sich eine neue Warenwerbung ausgedacht: 40 000 Kleber wie der abgebildete sollen das werte Publikum davon überzeugen, daß der Leopard-2-Panzer und sein glattrohriges 120mm-Geschütz Sicherheit gewährleisten könnten. Wessen Sicherheit, das verschweigt des Sängers Höflichkeit. Die Kleber (nur drei Pfennig das Stück) werden Interessenten zusammen mit Werbeschriften verpaßt, in denen die technischen Vorteile der neuen Waffe herausgestrichen sind.

Aber auch ohne die Werbung hätten die Konzerne nicht zu klagen. Krauß-Maffei wird dieses Jahr einen Umsatz von 2 Md. DM nur für 300 der Bundeswehr gelieferte Panzer haben.

Mit Leoparden werden die Armeen der NATO in Westeuropa ausgerüstet. Holland allein hat über 400 bestellt.

Auch Rheinmetall ist zufrieden. Es liefert die Geschütze und Geschosse für die Leoparden. 1985 werden Geschütze vom Rhein auch die XM-1-Panzer der USA zieren. In Bonn schmunzelt man. Die BRD ist mit dem Bau von Panzern und Panzerwagen in der

NATO an die Spitze aufgerückt und sogar den Seniorpartner, die USA, überrundet.

Die Spuren bundesdeutscher Raupenketten werden bald nicht nur in der Alten Welt zu sehen sein. Seit mehreren Jahren debat-



tiert man darüber, ob man Panzer an Saudi-Arabien verkaufen soll oder nicht. Die vorige Bundesregierung sah davon ab, die neue scheint den Leoparden jedoch grünes Licht geben zu wollen. Dem "Spiegel" zufolge beabsichtigt Bundeskanzler Kohl, die Lieferungen zu gestatten.

Wie ein Sprecher von Rheinmetall sagte, gehen die Kleber wie warme Semmeln — und nach ihnen werden auch die Panzer zu "heißen Punkten" rollen.

D. POGORSHELSKI

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

TEILEN, OHNE ZU HERRSCHEN

Anfang Mai fand in London ein Treffen statt, bei dem das Oberhaupt der Separatisten aus dem Pandschab (Indien), Chauhan, den Vorsitz führte.

Die "Times of India" schreibt: "Einflußreiche Kreise Englands helfen den indischen Extremisten, die sich in London verschanzt haben, nach Kräften." Bei dem Treffen fanden sich die Rädelführer der Extremisten aus Assam, Meghalaya, Nagaland und Mizoram ein. Auf einer Pressekonferenz tat Mr. Chauhan den Journalisten kund und zu wissen, daß eine Resolution bestätigt worden war, in der zum gemeinsamen Vorgehen der Anhänger eines "Staates Khalistan" und der "Freiheitsbewegung von Assam" aufgerufen worden ist. Das alles sei, wie sich Chauhan verschwommen ausdrückte, dazu angefan, sie "ans Ziel zu bringen".

Die Separatistenbewegung ist denen eine geeignete Handhabe, die Indianer schwächen und ihrem Diktat unterwerfen wollen. Das weiß man in Washington, und es unterstützt die Extremisten mit Rat und Tat. England spielt gewohntermaßen die zweite Geige, sie klingt aber oft lauter als die erste. Die Mitglieder der indischen Gemeinde in England gelten als minderwertige Staatsbürger. Indiens Zugehörigkeit zum Commonwealth schützt die nach England kommenden Inder keineswegs vor dem Rassismus der "Skin Heads" und der hochnägigen britischen Themis. Laut France Presse haben die britischen Gesetzgeber Indien unlängst auf die Liste der Länder gesetzt, deren Regierungen politische Morde verüben lassen. Dabei stecken doch hinter dem wiederholten Blutvergießen in Assam und Pandschab ebenso wie hinter den Attentaten auf Politiker gerade die Elemente, die von London in Schutz genommen werden.

Offenbar kann dieses die Zeit nicht vergessen, als das "Herrsche, Britannia" auch in Hindustan zu hören war. Seitdem ist aus der Devise Großbritanniens "Teile und herrsche" die zweite Hälfte hinausgeflogen. Nun klammert sich London wenigstens noch an die erste, an das "Teile".

J. LWOW

WASHINGTONS WIRTSCHAFTLICHER „KREUZZUG“

Die imperialistischen Kreise träumten schon immer davon, den Weltsozialismus wirtschaftlich zu schwächen. Sie versuchten, das Sowjetland schon in den 20er Jahren durch eine Blockade abzuwürgen, brachen den Handel mit der UdSSR in den 30er Jahren ab und taten dasselbe gleich nach Beendigung des zweiten Weltkrieges. Heute unternimmt der US-Imperialismus erneut eine Offensive gegen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West und ruft seine NATO-Bündnispartner und Japan zu einem "Kreuzzug" auf.

Inzwischen erneuert Washington den COCOM als Instrument des kalten Krieges und möchte am liebsten die großen Abschlüsse mit den sozialistischen Ländern ungültig machen. Auf höchster Ebene wird ein "einheitliches Herangehen" des Westens an die Wirtschaftsbeziehungen zum Osten ausgearbeitet.

Der Ost-West-Handel war eine Hauptfrage auf den Gipfelkonferenzen der kapitalistischen Sieben in Ottawa 1981 und in Versailles 1982. Er gehört auch zur Tagesordnung der Konferenz der Sieben, die am 28.—30. Mai in Williamsburg (USA) stattfinden soll.

DIE WAFFE COCOM

Der Koordinierungsausschuß für West-Ost-Handelspolitik (COCOM) der Konsultativgruppe der Nationen wurde auf Anregung der USA im November 1949 gegründet, und zwar zur Kontrolle des Exports der sogenannten strategischen Waren in die UdSSR und die Länder Osteuropas. Gegenwärtig gehören zum COCOM 14 NATO-Länder (alle mit Ausnahme Islands und Spaniens) und Japan.

Der COCOM hat keinen juristischen Status, ist vielmehr eine Art Gentleman's Agreement. Formell ist er nicht in die NATO eingebunden, faktisch aber wirkt er unter ihrer Ägide. Sein Sitz befindet sich in Paris in einem Haus, das an die US-Botschaft angebaut ist. Der Apparat setzt sich aus diplomatischen Mitarbeitern mittleren Ranges zusammen, ferner aus Experten, die von den Mitgliedsländern entsandt werden und technische Probleme der Exportkontrolle zu lösen haben. Grundsätzliche Fragen werden bei Zusammenkünften auf höherer Ebene gelöst. Das jüngste solcher Treffen (auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister) fand Ende April 1983 statt.

Die Hauptaufgaben des COCOM bestanden bis vor kurzem darin, Listen von Waren zusammenzustellen, die nicht in die sozialistischen Länder exportiert werden dürfen, Exportanträge für eine Ware als "Ausnahmefall" zu prüfen sowie bei der Kontrolle über die Einhaltung der Restriktionen zu konsultieren.

Es gibt drei Listen der zu kontrollieren-

den Waren: Rüstungen, Ausrüstungen für die Atomenergetik und Industrieausrüstungen. Der Export der Waren aus den beiden ersten Listen ist vollständig verboten. Die dritte Liste erfaßt Waren, die sowohl zu zivilen als auch zu militärischen Zwecken verwendet werden können; sie dürfen nur in "Ausnahmefällen" exportiert werden. Dazu gehören Ausrüstungen und Apparaturen für die Metallverarbeitung, die Chemie, die Erdölindustrie, die Energetik und den Transport, Erzeugnisse des allgemeinen Maschinenbaus, Metalle, Minerale und Erzeugnisse aus ihnen, Chemikalien und

Metalloide. Kurz, diese Liste erfaßt das Gros der Industriewaren, wobei solche Waren mit der militärischen Bestimmung häufig recht wenig gemein haben. Da der Ausschuß eine "freiwillige" Organisation ist, sind seine Beschlüsse für die Mitgliedsländer nicht bindend und werden sozusagen nur aus moralischer Verpflichtung heraus befolgt.

Die Unverbindlichkeit der COCOM-Beschlüsse darf jedoch niemanden täuschen. Washington konnte fast immer die COCOM-Empfehlungen bei seinen Bündnispartnern durchdrücken. Als Druckmittel funktionierte zuerst der Marshall-Plan, dann das im US-Kongreß 1951 verabschiedete Battle-Gesetz über die Kontrolle der Hilfe zwecks gemeinsamer Verteidigung. Dieses Gesetz sah

EIGENTOR

Laut Angaben des Erkundungs- und Forschungsbüros des State Department der USA werde sich in der UdSSR, schreibt "Washington Post", wenn der Westen 1982–1983 den Export seiner Fertigerzeugnisse dorthin auf die Hälfte senke, der Bruttonproduktzuwachs um 0,2% bzw. um 4,5 Md. Dollar vermindern. Für die westlichen Länder aber werde es ein Verlust von 30 Md. Dollar sein.

In Washington weiß man also, daß die Sanktionen gegen die UdSSR ineffektiv sind und vor allem dem Westen selbst schaden. Trotzdem läßt die gegenwärtige Administration von diesem Verlustgeschäft nicht ab. Ihre Hauptmotive sind der Antisowjetismus und die Kon-

zeption einer Weltführung der USA. Ins Gewicht fällt ferner, daß die Reagan-Administration mit dem Militär-Industrie-Komplex eng liiert ist.

Bei der Entfesselung des wirtschaftlichen und technologischen Krieges gegen den Sozialismus hofft Washington außerdem, seine Bündnispartner niederzukonkurrieren. Der US-Handelsminister Buldridge erklärte unverblümmt: "Die Konkurrenz der BRD und Japans auf dem Weltmarkt könnte für die wirtschaftliche Prosperität der USA gefährlicher werden als die Bedrohung der amerikanischen Sicherheit durch die UdSSR." Besonders alarmiert ist Washington darüber, daß die USA die führende Stellung auf dem Markt der

u. a. die Einstellung aller Arten von Hilfe für Länder vor, die sich nicht an Washingtons Vorschriften über die Warenlieferungen an die sozialistischen Länder hielten. Als politisches Zwangsinstrument benutzten die USA gegen ihre Bündnispartner auch den NATO-Mechanismus. Auf jeden Fall erriet Washington es, daß die Bündnispartner in die COCOM-Listen über 2000 Erzeugnisse aufnahmen: bis zu 50% aller Waren, die auf den Weltmärkten zirkulieren. In hohem Maße wegen dieser Verbote wurde der Ost-West-Handel in den Jahren des kalten Krieges praktisch gelähmt.

Aber die Hoffnungen des Imperialismus auf die Wirtschaftsblockade zerschellten schon Ende der 50er Jahre am raschen Wachstum der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und defensiven Stärke der sozialistischen Länder. Oberdies riefen Washingtons Handelsverbote bei den westeuropäischen Ländern zunehmende Gereiztheit und Widerstand hervor, denn für sie sind die kommerziellen Beziehungen zu den RGW-Ländern von weit größerer Bedeutung als für die USA. Je stärker die Wirtschaft der westeuropäischen Länder und Japans wurde, desto lockerer war ihre Abhängigkeit von den USA. Eine Folge davon war die Zuspitzung der Differenzen im COCOM.

Zweimal, 1954 und 1958, mußten die USA unter dem Druck der Bündnispartner eine Kürzung der COCOM-Listen in Kauf nehmen, wobei sie ihre eigenen Exportbeschränkungen keineswegs änderten. Dadurch gerieten die US-Firmen auf den Weltmärkten ins Hintertreffen, nun

waren auch sie unzufrieden. In den 60er Jahren entschied sich Washington für ein "selektives" Herangehen: Die unwirksame Embargopolitik war aufzugeben, der Handel als außenpolitisches Instrument zu benutzen.

"Unter bestimmten Umständen können wir den Handel einstellen, um wirtschaftliche und politische Entscheidungen und Möglichkeiten der Kommunisten in unserem Sinne zu beeinflussen... Eine solche Politik kann selektiv sein, d. h. einige einzelne Posten, Waren und Dienstleistungen betreffen, die für die Militärmacht oder die Wirtschaft des jeweiligen Landes von selbständiger Bedeutung sind", sagte 1964 der damalige US-Außenminister Dean Rusk.

Das Wachstum des Ost-West-Handels in den 70er Jahren war von einer Kürzung der Embargolisten begleitet. Nach ihrer abermaligen Revision 1974/75 ging die Anzahl der vom COCOM zu kontrollierenden Warenpositionen auf 149, im Jahre 1979/80 auf 125 zurück. Auch die "Ausnahmen" wurden häufiger. In den 50er Jahren waren sie äußerst selten und wurden in der Hauptsache auf Ersuchen westeuropäischer Firmen gewährt; Mitte der 70er Jahre machten Anträge von US-Firmen bis zur Hälfte aller "Ausnahmefälle" aus.

Aber auch damals war die Rede keineswegs von einer Liberalisierung des Handels mit den sozialistischen Ländern. Anstatt der Erzeugnisse, die diese Länder selber produzierten, wurden in die COCOM-Listen technisch komplizierte Waren sowie das Know-how aufgenommen. Anders ausgedrückt, versuchte man die wirtschaftliche Blockade durch eine

technologische zu ersetzen. Die Carter-Administration verbot 1977 und 1978 den Verkauf zweier großer EDV-Anlagen (für den Wetterdienst der UdSSR und für die TASS) und stellte keine Exportlizenzen für die UdSSR mehr aus, wenn es sich um Maschinen und Technologien für die Ausrüstungen der Erdöl- und Erdgasindustrie handelte.

Im Jahre 1979 erließ der US-Kongreß ein neues Gesetz über die Exportkontrolle und erweiterte die Verbotsliste beträchtlich. Die Verbündeten wurden unter starken Druck gesetzt. Im Gesetz heißt es direkt, daß der Präsident regelmäßige Treffen mit den führenden Vertretern der anderen COCOM-Länder abhalten müsse, um ein "wirksameres Verfahren zur zwangsweisen Durchführung der multilateralen Kontrolle" zu schaffen.

Schon Anfang 1980 schlug die Carter-Regierung vor, die Verbotslisten für den Export entwicklungsintensiver Erzeugnisse und Technologien in die UdSSR zu erweitern, auf die "Ausnahmefall"-Praktiken zu verzichten, usw. Der alte COCOM wurde zu einem Instrument des neuen kalten Krieges. Der Frontalangriff Washingtons auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West aber begann mit dem Einzug Ronald Reagans im Weißen Haus.

Der erste Stoß richtete sich gegen das Projekt der Gaslieferungen aus Sibirien nach Westeuropa. Rohre, Verdichterstationen und sonstige Ausrüstungen, die die Westeuropäer der UdSSR zu liefern beabsichtigten, wollte Washington in die Verbotslisten aufnehmen. Im Dezem-

modernsten Technik und Technologie verlieren.

In den letzten 20 Jahren sank der Anteil der USA auf dem kapitalistischen Markt der Nachrichtenmittel und Plaste um 50%, der Medikamente und Pharma beinahe um 40%, der Flugzeuge um 20%. Japanische und westeuropäische Firmen unterwandern immer mehr den US-Markt. Der Anteil der Importe stieg 1969--1981 bei Elektronikteilen von 6 auf 15%, bei Turbinen von 10 auf 15%, bei Rundfunk- und Fernsehempfängern von 36 auf 54%. Auch befürchten die USA, daß sie ihre Positionen auf dem Markt der EDV-Technik Japan abtreten müssen. Dessen Anteil am Absatz von EDV-Anlagen erreicht bereits 10--15%; nach Expertenschätzungen wird er bis 1990 auf 30% steigen.

Mit Unterstützung der Regierung haben die US-Monopole einen richtigen technologischen Krieg gegen die Konkurrenten begonnen. Ein bequemes Mittel zur Maskierung dieser Ziele ist die Kontrolle über den Export entwicklungsintensiver Erzeugnisse in die RGW-Länder. Washington hofft, das werde seinen Konkurrenten einen aussichtsreichen Markt verschließen und folglich ihre Konkurrenzfähigkeit schwächen. Denn gerade die Großaufträge aus den sozialistischen Ländern garantieren einen stabilen Absatz und ermöglichen es vielen westeuropäischen Firmen, die Serienproduktion komplizierter und investitionsaufwendiger Technik einzuleiten.

Auch ein anderes Ziel wird dabei verfolgt. Unter dem Vorwand, daß "strategische Technologien" in die

UdSSR entweichen, faktisch aber aus Angst, daß westeuropäische und japanische Firmen sie anwenden, baut Washington die Zusammenarbeit mit seinen Bündnispartnern im Bereich neuer Technik ab.

Um das wissenschaftlich-technische Potential der Konkurrenten in seiner Entwicklung aufzuhalten, benutzt das Big Business der USA ihre noch große Abhängigkeit von der amerikanischen Technologie. Diese überwiegt noch völlig in der Produktion von EDV-Anlagen (97%) und der Informatik (80%) und spielt die Hauptrolle in der Atomindustrie, der Elektrotechnik, der Chemie, der Pharmazie und in anderen führenden Industriezweigen Frankreichs.

G. NIKOLAJEW

ber 1981 gaben die USA eine ganze Serie von Sanktionen gegen die UdSSR und gegen Polen bekannt und verstärkten ihren Druck auf die eigenen Bündnispartner. Im Januar 1982 fand in Paris eine Sitzung der Konsultativgruppe der Nationen statt. Wie "Les Echos" (Paris) schrieb, riefen die Vertreter der USA dort wenn nicht einen Orkan, so doch einen starken Sturm hervor. Sie unterbreiteten ein Programm der COCOM-Modernisierung, das dann bei dem Treffen der Sieben in Versailles im Juni 1982 und auf mehreren Sitzungen im Rahmen des Ausschusses von Ende 1982/Anfang 1983 ergänzt wurde.

Washington will, daß der COCOM, bisher "freiwillig", in ein handelspolitisches Organ umgewandelt wird, dessen Beschlüsse für alle seine Mitglieder bindend wären. Die USA bestehen auf einer Erweiterung des COCOM-Apparats, auf der Einstellung von Militärexporten (bisher waren dort nur militärische US-Fachkräfte vertreten), auch auf der Gründung von Gruppen zur Untersuchung der Verstöße gegen die Exportverbote. Vorgesehen ist, die Finanzierung des Ausschusses auf das 5fache zu erhöhen und die Listen der für den Export in die sozialistischen Länder absolut verbotenen Waren zu erweitern. Die Rede ist ferner vom vollständigen Verzicht auf sämtliche "Ausnahmefälle". Wie man sieht, ist es nicht nur eine Verhärtung des Verbotsystems beim Export in die sozialistischen Länder, sondern auch ein Versuch, eine "wirtschaftliche NATO" zu schaffen, die alle Bereiche des kommerziellen Austausches zwischen Ost und West kontrollieren soll.

Die westeuropäischen Länder und Japan lehnten sich gegen diese "wirtschaftliche NATO" auf, verstanden sie doch, daß die Annahme aller Forderungen Washingtons faktisch zum völligen Abbruch des Handels mit den RGW-Ländern führen würde. Aber unter dem Druck der USA führten sie nach der NATO-Ratstagung in Luxemburg im Frühjahr 1982 und der Konferenz in Versailles neue Beschränkungen im Handel mit dem Osten ein. Washington genügte auch das nicht, und verärgert über die Weigerung der Westeuropäer, ihre Beteiligung am Bau der sibirischen Ferngasleitung aufzugeben, gab Reagan ein paar Tage nach Versailles neue Verbote bekannt. Diesmal betrafen sie Erzeugnisse nicht nur der US-Firmen, sondern auch ihrer ausländischen Filialen sowie nach US-Lizenzen hergestellte Erzeugnisse ausländischer Firmen.

Der Beschuß des Präsidenten wurde von den Bündnispartnern mit Recht als ein Verstoß gegen die Grundnormen des Völkerrechts empfunden. Der Ministerrat der EG-Länder verurteilte im Juni 1982 die US-Sanktionen und drohte sogar damit, sie vor Gericht zu beanstanden. Im Juli erklärten die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der BRD, die Firmen ihrer Länder, die Abschlüsse für die Lieferung von Ausrüstungen für die sibirische Gasleitung getätigkt haben, würden ihren Verpflichtungen nachkommen.

Dieser Widerstand zwang das Weiße Haus, im November 1982 die Sanktionen aufzuheben. Aber als Gegenleistung dafür rang das Weiße Haus seinen Verbündeten die Zustimmung ab, die Wirtschaftsbeziehungen Ost-West "kritisch" zu überprüfen. Ohne den Maximalforderungen Washingtons nachzugeben, akzeptierten seine Bündnispartner, nach der Presse zu urteilen, dennoch die Verhärtung der Bedingungen des Exports von Technik und Technologie in die UdSSR. Washington benutzte die augenblickliche Schwäche

seiner Partner, um den Druck erneut zu verstärken.

Dann mußten die Bündnispartner zwei weitere Schläge einstecken. Im März unterschrieb der Präsident die Direktive 75 des Nationalen Sicherheitsrates über das Recht, alle ausländischen Abschlüsse, darunter die Lizenzabkommen von US-Firmen mit ihren westlichen Partnern, zu annullieren, wenn solche Abkommen so oder so mit den Lieferungen für die UdSSR zusammenhängen. Im April brachte Reagan im Kongreß einen weiteren Gesetzentwurf ein: über die Exportkontrolle und Sanktionen gegen Staaten, die der UdSSR moderne Technik liefern sollten.

Wie weit es Washington und seine Partner aus der Siebengruppe bei der Umwandlung des COCOM in eine Waffe des kalten Krieges treiben werden, wird nach dem Treffen in Williamsburg klarer sein. Schon jetzt steht jedoch fest: Die Absicht des Weißen Hauses, die alte Waffe des kalten Krieges wieder aufzuladen, verbirgt seinen Wunsch, den Ost-West-Handel völlig lahmzulegen.

A. KALUGIN

VERLUSTGESCHÄFT — FÜR WEN?

Wenn die Westeuropäer und Japaner Washington vorwerfen, es dränge sie in einen Wirtschaftskrieg mit den sozialistischen Ländern, entgegnet man in Oversea, aber nein, es gehe ja nur darum, dem Ost-West-Handel "gesunde wirtschaftliche Prinzipien" zu geben.

Wie Fakten jedoch zeigen, unternimmt Washington einen Anschlag auf den gesamten Komplex der kommerziellen Ost-West-Beziehungen. Die USA verhärten die Kontrolle über den Ausrüstungsexport und den wissenschaftlich-technischen Austausch und zwingen ihren Bündnispartnern Beschränkungen bei staatlicher und privater Kreditierung des Außenhandels sowie die Reduzierung des Imports aus den RGW-Ländern auf. Unter dem Vorwand einer "gefährlich wachsenden energetischen Abhängigkeit" Westeuropas von der UdSSR wird weiterhin das "Russengas" angegriffen. Im Grunde erleben wir eine Rückkehr zum großangelegten kalten Krieg von Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre.

Aber, sagen die Bündnispartner der USA, wenn dieser Kurs vor drei Jahrzehnten gescheitert ist, hat er heute um so weniger Aussichten. Darauf antwortet Washington, gegenwärtig müsse der

Westen seinen Trumpf — die technologische Führung — ausspielen: Dann werde man die Wirtschaftsentwicklung der UdSSR aufhalten und deren Außenpolitik beeinflussen können.

Welche Bewandtnis hat es nun mit einem "technologischen Bruch"?

Nüchtern gesehen

Die RGW-Länder liefern schon seit langem rund ein Drittel der Weltproduktion. Die Wachstumsraten sind in den Nachkriegsjahren fast 3mal so hoch wie in den kapitalistischen Industrieländern.

Laut Schätzungen der UNO-Wirtschaftskommission für Europa haben die RGW-Länder im Vergleich zu den anderen Staaten eine rentablere Produktion von Roheisen und Stahl, Hüttenausrüstungen, Turbinen und Generatoren, Kernreaktoren und E-Werken, einigen Modellen von spanabhebenden Werkzeugmaschinen, von Optik und bestimmten Transportmitteln entwickelt. Allgemeinbekannt ist der Beitrag der sowjetischen Wissenschaft und Industrie zur Weltraumforschung, Kern- und Hydroenergetik, zur Entwicklung von MHD-Generatoren, Lasern und Hochspannungsleitungen.

In den letzten Jahren entwickeln sich die Elektronik und Robotertechnik in den sozialistischen Ländern besonders intensiv. Zu Beginn der 70er Jahre habe die UdSSR, schrieb die US-Zeitschrift "Electronics", in der Entwicklung der Mikroelektronik um 8–10 Jahre hinter den USA zurückgestanden, am Ende der 70er Jahre aber nur um 2 Jahre. Und weiter, bei der Bewertung von Exportmustern der sowjetischen Elektronik: "Die technologische Basis und die Qualifikation der Technologen machen es der UdSSR möglich, Integralschaltbilder von fast

ZAHLEN * FAKTEN

Laut GATT-Sekretariat gingen die Weltexportkosten 1982 gegenüber dem Vorjahr um 6% zurück, das Exportvolumen sank auf den Stand von 1979.

Das Gesamtexportvolumen von 18 kapitalistischen Industrieländern fiel 1982, laut IWF, um 5,3% [1981 1,8%]; ihr Import verringerte sich um 6,1% [1981 5,3%].

Stärker als bei anderen westlichen Ländern verringerte sich 1982 der Export der USA [um 9,2%], Frankreichs [9,1%], Japans [8,2] und Großbritanniens [6%].

ebensoleher Qualität wie in den USA herzustellen... Die in der UdSSR für den eigenen Bedarf hergestellten Integralschaltbilder mögen technisch vollkommener sein."

In der Industrie der RGW-Länder finden Mikroprozessoren immer breitere Anwendung. Im laufenden Planjahr fünf werden Mikroprozessoren in der UdSSR in mehr als 200 000 Typen von Ausrüstungen und Anlagen für Industrie und Haushalt verwendet werden.

Der Verkauf sowjetischer technologischer Neuerungen ins Ausland (Export von Lizzenzen, Patenten und wissenschaftlich-technischen Dokumentationen) nimmt um 35–40% jährlich zu. Sowjetische Lizzenzen finden in mehr als 40 Ländern, darunter 20 westliche, inklusive USA, Anwendung. In den letzten Jahren haben westliche Firmen z. B. sowjetische Lizzenzen für die Verdunstungskühlung der Hochöfen erwor-

ben (dieses System wird im Westen als eine neue Etappe in der Metallurgie bewertet); ferner den Apparat "Sewer 1" für das Widerstandsschweißen von Gasrohrleitungen, der diesen Bauprozess revolutioniert; die Technologie der Untergewergergasung von Kohlen; das Spülverfahren zur Kohlegewinnung; das magnetgesteuerte Gießverfahren für Aluminium und Kupfer; das Stranggußverfahren für Stahl sowie mehrere moderne medizinische Präparate. Die größten Abnehmer sowjetischer Lizzenzen sind die westeuropäischen Länder (bis zu 70% aller verkauften Lizzenzen) sowie Japan, das zahlreiche sowjetische Erfindungen in der Hüttenindustrie eingeführt hat.

Den hohen Grad der wissenschaftlich-technischen Selbstversorgung der sowjetischen Wirtschaft gibt selbst die CIA zu. Laut "Toronto Star" (Kanada) wurde in Langley vor kurzem ein Bericht vorbereitet, der folgenden Schluß zieht: Die UdSSR deckt ihren Bedarf an Industrieproduktion und Technologie selbstständig nicht schlechter, sondern sogar besser als jedes westliche Land, so daß die Möglichkeiten, die UdSSR durch ökonomische Hebel zu beeinflussen, "begrenzt" seien.

In diesem Licht wirken die Behauptungen der US-Falken, dank den im Westen erworbenen modernen Technologien stärke die UdSSR ihr strategisches und militärisches Potential, absurd. Um diese Erfindung zu bekräftigen, hat man in den USA in den letzten Monaten eine beispiellose Kampagne der Spionomanie und einen Propagandarummel um die "Entwendung technologischer Geheimnisse durch die Russen" aufgezogen. In einigen westlichen Ländern ist man der Provokation der US-Geheimdienste auf den Leim gegangen.

Dabei sollten diese eigentlich wissen, daß sich die sowjetische Verteidigungsindustrie ausschließlich auf das sowjetische wissenschaftlich-technische und industrielle Potential stützt. Aus strategischen Erwägungen können wir auch nicht die geringste Abhängigkeit dieser Industrie von der westlichen Technik zulassen, ganz zu schweigen davon, daß die auch schon früher gelieferten und in den letzten Jahren noch verstärkten Beschränkungen des COCOM die Möglichkeit einfach ausschließen, eventuell militärisch anzuwendende Technologien im Westen zu kaufen.

Worauf hat Washington es abgesehen, wenn es die Geschäftsbeziehungen zwischen Ost und West untergräbt?

Fronten des Wirtschaftskrieges

Vor allem auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Seit Jahren ist die RGW-Region für die EG-Länder der nach den USA größte Absatzmarkt für Maschinen und Industrieausführungen. Die Lieferungen der BRD und Frankreichs in die RGW-Länder waren in manchen Jahren sogar größer als in die USA. Von sowjetischen Aufträgen hängt das Schicksal vieler westeuropäischer Unternehmen ab, die Rohre, Turbinen sowie komplettete Ausrüstungen für Chemiebetriebe erzeugen. An der Wende zu den 80er Jahren machten die sowjetischen Aufträge 20% der Produktion des Werkzeugmaschinenbaus Frankreichs aus. Über die Bedeutung des RGW-Marktes für einige Industriezweige der EG-Länder gibt folgende Tabelle Aufschluß:

RGW-ANTEIL AM GESAMTEXPORT DER EG-LÄNDER (1975–1979, in %)

Ausrüstungen für Walzstraßen	20
Ausrüstungen für die Nahrungsmittelindustrie	23
Rohre für Erdöl- und Gasrohrleitungen	37
Chemische Apparaturen	38
Chemiewaren	13
Sonstige Fertigerzeugnisse	9

Die RGW-Länder sind der größte Absatzmarkt auch für mehrere Industriezweige Japans. So gehen bis zu 60% des gesamten japanischen Exports von Chemieanlagen in die Sowjetunion; bei Großrohren sind es ca. 50%. Vor Verhängung der Wirtschaftssanktionen gegen die UdSSR 1980 verkaufte Japan 70% seiner numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen an die UdSSR. Im Jahre 1981 lieferten japanische Firmen der UdSSR die Hälfte aller im Ausland abgesetzten Industrieroboter.

Insgesamt sind Industrieausführungen der Hauptexportartikel des Westens im Handel mit den RGW-Ländern (50–80% aller Lieferungen). Eine Drosselung dieses Handels würde alle kommerziellen Verbindungen zwischen beiden Ländergruppen untergraben. Bei verminderter Anzahl von Ausrüstungen z. B. lohnt es sich für die UdSSR nicht, den EG-Ländern Rohstoffe zu liefern.

Heute hat die UdSSR über 60 Regierungsabkommen, die die Hauptrichtungen

und -formen der wissenschaftlich-technischen Kooperation mit den kapitalistischen Industrieländern bestimmen. Aufgrund dieser Abkommen wurden 22 Langzeitprogramme der Zusammenarbeit (in der Regel für 10 Jahre) unterzeichnet. Der Ausbau der Geschäftskontakte sowjetischer Organisationen mit Firmen der kapitalistischen Länder in den 70er Jahren schuf Voraussetzungen für diverse Abkommen über die wissenschaftlich-technische und industrielle Zusammenarbeit. Heute gibt es 320 solche Abkommen; in ihrem Rahmen werden 1365 Programme für neue Technologien, Maschinen, Ausrüstungen und Geräte verwirklicht.

Einen zentralen Platz in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der UdSSR mit den kapitalistischen Ländern nehmen die westeuropäischen Staaten ein: Das sind rd. 75% aller Abkommen, die zwischen Regierungen sowie mit einzelnen Firmen geschlossen wurden.

Gemeinsam mit BRD-Firmen beispielsweise wurden mehrere Modelle von Frä-, Flachsleif-, Drehmaschinen sowie von numerisch gesteuerten Aggregat-Werkzeugmaschinen, von Baugruppen

und Einzelteilen für Transportbetonpumpen und -mischer, von Pressen und von Maschinen "Shtrek 1" für die Mechanisierung in Kohlengruben entwickelt und sind in die Produktion gegangen. Nach sowjetischen Projekten bauen die französische Firma Alcatel und sowjetische Betriebe programmgesteuerte Werkzeugmaschinen, die nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern abgesetzt werden. Mit der britischen Northern Engineering Industries besteht ein Abkommen über die gemeinsame Produktion und Realisierung von Anlagen für Plasmaschweißen, die auf Grund einer sowjetischen Entwicklung gebaut werden. Gemeinsam mit britischen Firmen entstand das Experimentalmuster einer einzigartigen automatischen Kohlenkombine.

Keine Einbahnstraße!

Diese Beispiele widerlegen überzeugend die Behauptungen unserer Gegner, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sei nur für die UdSSR von Nutzen, die moderne Technologien aus dem Westen herauspumpe, ohne selber etwas zu geben. Übrigens wurden sie wiederholt auch von Amerikanern, sogar amtlichen Sprechern, widerlegt.

RÜKSICHTSLOS

Seit mehr als drei Jahren sabotieren die Industrieländer des Westens, vor allem die USA, den auf Initiative von Entwicklungsländern angemommenen Beschuß der UNO-Vollversammlung über globale Verhandlungen zu Problemen der Weltwirtschaftsbeziehungen.

Die Entwicklungsstaaten tragen besonders schwer an der Wirtschaftskrise des Weltkapitalismus: Sie haben eine schwache wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Basis und sind von den Außenmärkten abhängig, auf denen die Rohstoffpreise sinken und der Westen den Absatz von Fertigerzeugnissen aus der dritten Welt behindert. Die Außen Schulden der Entwicklungsländer betragen 1982 die beispiellose Summe von 600 Md. Dollar.

Ende April wandten sich die Vertreter der Gruppe der 77 auf einer Ratstagung der UNCTAD in Genf gegen die Handelsschranken und protektionistischen Maßnahmen, die in erster Linie Washington schafft.

In Delhi tagten vor kurzem Vertreter der regionalen Gruppen der nichtpaktgebundenen Länder, sie sprachen sich dafür aus, daß die führenden kapitalistischen Staaten auf ihrem Treffen in Williamsburg ihre Beziehungen zu den Entwicklungsländern erörtern sollen. Es wurde dabei betont, daß die USA versuchen, die UNO bei der Erörterung von Weltwirtschaftsproblemen zu umgehen und durch den Internationalen Währungsfonds, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und andere von Washington kontrollierte Organisationen zu ersetzen. Bezeichnend ist, daß die Entwicklungsländer den Kurs der Reagan-Administration auf Benutzung des Welthandels als Instrument der Druckausübung und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten ablehnen.

Wie reagierte Washington auf diese Aufforderung? Nach dem jüngsten Interview W. Clarks, Sicherheitsberater des US-Präsidenten, zu urteilen, geht es dem Weißen Haus am wenigsten um die verzweifelte Wirtschaftslage der jungen Staaten. Die USA wollen auch weiter den Kurs auf Weltherrschaft steuern, aus den Entwicklungsländern strategische Rohstoffe ausführen und den ungleichen Handel, die finanzielle Plünderung der Staaten, in denen die Mehrheit der Erdbevölkerung lebt, betreiben.

O. VALENTINOW

Bevor Washington 1980 seine "Sanktionen" eingeführt hatte, bestanden zwischen der UdSSR und den USA 10 Regierungsabkommen auf verschiedenen Gebieten der Wissenschaft und Technik; laut ihnen wurden Programme für die Ausarbeitung von mehr als 300 großen Problemen verwirklicht. Mehrere dieser Programme haben schon beachtenswerte Resultate gezeigt, so z. B. in Metallurgie, Medizin und MHD-Energieumwandlung. Nach Ansicht W. Norris', Präsident des Konzerns Control Data, könnten die USA dank der gemeinsam mit der UdSSR unternommenen Entwicklung von MHD-Generatoren über 100 Mio Dollar einsparen: Sie brauchten keine Forschungsgeräte zu entwickeln, weil die UdSSR sie bereits hatte. Für eine solche Zusammenarbeit spricht auch, daß 72 US-Firmen mit sowjetischen Stellen Abkommen über kommerzielle Zusammenarbeit geschlossen haben.

Die USA sind weiter am Zugang zu den wissenschaftlich-technischen Errungenschaften der UdSSR interessiert. Das erhellt daraus, daß Washington zwar die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf Eis gelegt, jedoch Bereiche ausgeklammert hat, die für die US-Wissenschaftler von besonderem Interesse sind. Von Sanktionen verschont sind die thermonukleare Synthese, die E-Metallurgie und die Weltraummedizin. Außerdem beließ Washington einen solchen Kanal für die Bekanntschaft mit den Leistungen der sowjetischen Grundlagenforschungen unangetastet wie den inoffiziellen Wissenschaftleraustausch. Trotz der Handelsrestriktionen nehmen US-Firmen bis heute jede Gelegenheit wahr, um Kontakte mit sowjetischen Partnern aufrechtzuhalten.

Dennoch läßt die Reagan-Administration von ihrem Kurs nicht ab und will die NATO-Bündnispartner und Japan zur Drosselung der wissenschaftlich-technischen Kontakte zwingen. Schon hat der US-Druck bewirkt, daß z. B. Großbritannien, Japan und Kanada ihre Zusammenarbeit mit der UdSSR in einigen Bereichen der Wissenschaft, vor allem auf staatlicher Ebene, eingeschränkt haben.

Eine solche diskriminierende Politik hat auch den Umfang des Handels der UdSSR mit den Ländern beeinträchtigt, die sich von Washington gängeln lassen. Das ist natürlich, denn der Austausch in Handel, Wissenschaft und Technik ist keine Einbahnstraße, und man kann nicht erwarten, daß sie, wenn an dem einen Ende abgesperrt, am anderen offen bleibt.

O. MORGATSCHEW

NATIONALES

SELBSTBEWUSSTSEIN

Von allen Erdteilen birgt Afrika, besonders das Tropische, noch die meisten Geheimnisse. Obwohl es nach dem Zusammenbruch des Kolonialismus manifaltige, auch wissenschaftliche Kontakte zu den Völkern der anderen Kontinente unterhält, ist seine Kultur und das Selbstbewußtsein seiner Völker bis heute wenig erforscht. Dabei ist das von Relevanz für die gesamte Menschheit. Wladimir Jordanski, Doktor sc. phil., schreibt in seinem Buch "Chaos und Harmonie" (Nauka-Verlag, Moskau 1982, russ.): "Die afrikanischen Völker haben eine ungemein reiche Mythologie, eine einzigartige bildende Kunst, eine ausdrucksvolle Poesie und vielfältige Musikrhythmen geschaffen. Die Kenner bewundern seit jeher die spontane Kraft der afrikanischen Plastik und die phantastischen Mythen gestalten. Aber der tiefere Sinn der Volkskunst blieb in der Vergangenheit unentzerrt."

Die Schuld daran tragen zum Teil die Europäer, die von oben herab auf die Kultur der afrikanischen Völker blickten. Sie beherrschten die afrikanischen Völker — die "Überlegenheit" der weißen Rasse herausstreichend — Jahrzehnte-, sogar Jahrhundertelang. Sie behaupteten, diese Völker seien außerstande, Kulturerneuerung für die Weltzivilisation zu schaffen, nicht einmal die eigenen Naturreichtümer zu erschließen oder die eigenen Angelegenheiten in Ordnung zu bringen.

Deshalb landeten die Europäer, wenn sie die geistige Welt der Afrikaner mit dem eigenen, europäischen Maß maßen, in einer Sackgasse und konnten sie nicht verstehen.

Beim Studium des archaischen Bewußtseins in Afrika müssen Märchen, Mythen und Epen herangezogen, die religiösen, ethischen und künstlerischen Traditionen erforscht werden. Wenn aber, schreibt W. Jordanski, die Traditionen nicht schriftlich fixiert sind, transformieren sie sich unmerklich, aber beständig.

Und weiter: "Wenn sich etwa ein Ethnograph für einen Glauben interessiert oder eine Mythenfabel zu präzisieren sucht, entdeckt er gewöhnlich unter jenen, an die er sich wendet, nicht etwa ein ganzheitliches System von Glaubens und nicht einen ganzheitlichen Mythos, sondern mehr oder weniger signifikante Bestandteile dieses Glaubens bzw. Mythos, die sich zufällig im Gedächtnis der Menschen erhalten haben und

zwischen denen ein unmerklicher innerer Zusammenhang bestehen kann; kraft dessen können sie seltsam, ja absurd wirken." Deshalb entsteht beim ersten Einblick ins archaische Bewußtsein der afrikanischen Völker der Eindruck von Chaos, und erst bei einem wirklich wissenschaftlichen Herangehen läßt sich darin eine Harmonie aufspüren. In der UdSSR gab es bis vor kurzem keine Schriften zu diesem Thema. W. Jordanski unternahm einen — unseres Erachtens erfolglosen — Versuch, diese Lücke wenigstens zum Teil auszufüllen. Bei der Arbeit am Buch zog er eine umfangreiche Literatur heran. Deshalb enthält das Buch viele Fakten, die vom marxistischen Standpunkt umgedacht worden sind.

Sehr wichtig für die Afrikaforscher, darunter auch für W. Jordanski, sind die Kategorien des archaischen Bewußtseins. Die wichtigsten davon sind Zeit und Raum, der Ich-Mythos, die magischen Wechselbeziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft. Einige Wissenschaftler waren z. B. von dem Umstand frappiert, daß die meisten Afrikaner nicht wissen, wie alt sie sind, wann ihre Kinder geboren wurden — als lebten sie außerhalb von Raum und Zeit. Dem ist jedoch nicht so. Wie der Autor ironisch bemerkt, geht es einfach darum, daß die Afrikaner den Gregorianischen Kalender nicht kennen. Dafür wissen sie sehr wohl, wann das neue Jahr jeweils beginnt: So "verbinden sich die Endstücke des alten und des neuen Jahres" bei einigen Völkern, sobald die Yamswurzel reif wird.

Aufmerksam analysiert der Autor das Verhältnis zwischen Mythos, Magie und Wirklichkeit. Der Mythos, schreibt er, "war von den zeitlich-räumlichen Vorstellungen des Volkes untrennbar, er übte einen allseitigen Einfluß auf das gesellschaftliche Verhalten aus und prägte sehr tief die Ideen der Gesellschaft von Individuum und sich selbst".

Aber der weltanschauliche Eckstein der afrikanischen Gesellschaft waren ihre Vorstellungen von der Struktur der Persönlichkeit, von deren innerer Evolution nach Maßgabe ihres Fortkommens in der sozialen Hierarchie. In der archaischen Gesellschaft bestand eine Art Ideal des Menschen und seines Verhaltens. Für einen Chewa aus Sambia mußte der ideale Mensch ein "guter" Mensch von "sanftem, allen wohlgefälligem Charakter" sein. Besonders geachtet



wurden bei diesem Volk Menschen, die ihren Verpflichtungen gegenüber den Stammesgenossen und der Gemeinde gewissenhaft nachkamen, gastlich und hilfsbereit waren. Alles in allem war die Gesellschaft mißtrauisch gegen jene, die sich irgendwie hervortun wollten, und sei es durch ihren Reichtum. Solche Menschen wurden häufig als Magier betrachtet, was unter jenen Verhältnissen gefährlich war. "Der starre Rahmen der archaischen Moral erdrückte den Willen und das Streben nach Unabhängigkeit. Er zwang jedes Mitglied der Gemeinde dazu, sich mit den bestehenden Zuständen abzufinden, und fesselte es an das Heimatdorf."

Hier würde es zu weit führen, wenn man darlegen wollte, auf welche Weise der Autor verschiedene Phänomene analysiert: die allmähliche Zersetzung der Gemeinde, den Einfluß des Kolonialismus und des Kampfes der Völker für ihre nationale Befreiung. Die Transformation des afrikanischen Bewußtseins zusammenfassend, schreibt er: "Der Zusammenbruch des Kolonialismus, die Entwicklung der nationalen Intelligenz, die Verbreitung der Massenmedien auf dem ganzen Kontinent haben die Lage von Grund auf verändert. Das erwachende nationale Selbstbewußtsein der Völker des Tropischen Afrika hat die Möglichkeit erhalten, eine Antwort auf die anfallenden Fragen bei den antiimperialistischen Kräften, nationalen und revolutionären Befreiungskräften in anderen Teilen der Welt zu suchen." Konnten in der düstersten Kolonialzeit nur einzelne fortschrittliche Vertreter Afrikas die Werke von Marx, Engels und Lenin kennenlernen, so "spielte die marxistisch-leninistische Lehre in den späteren Jahren eine bedeutende Rolle bei der Gestaltung der Ideologie der ersten nationalen Befreiungsbewegungen".

Spricht man von den breitesten Massen der afrikanischen Bevölkerung, so ist für sie das Nebeneinanderbestehen zweier weltanschaulicher Systeme, zweier Typen des Massenbewußtseins — des archaischen und des modernen — charakteristisch. Das nationale Selbstbewußtsein steht gleichsam am Kreuzweg, aber die unentwegte Verdrängung der überlebten Formen des gesellschaftlichen Denkens durch moderne ist nicht mehr aufzuhalten.

Die afrikanische Öffentlichkeit betont zugleich auch die Notwendigkeit, das Kulturerbe der Völker Afrikas sorgfältig zu wahren.

"Allmählich werden die Pfade, die von den Dörfern zu den heiligen Hainen führen, von neuem Gras überwuchert und neue Straßen von den Menschen verlegt. Auf diesen Straßen kommt das soziale Denken des afrikanischen Kontinents voran." Mit diesen Worten schließt W. Jordanski sein Buch, das dazu beiträgt, eines der tiefsten Geheimnisse des Tropischen Afrika zu lüften.

J. BOTSCHEKARJOW

„FREIHEITSKÄMPFER“?

- DER "PLAN C"
- GETARNT ALS "AGRONOM"
- PASTORA, ROBLOO UND ANDERE

In Honduras, unweit der Grenze zum nikaraguanischen Departamento Nueva Segovia, sammeln an die 2000 ehemalige Nationalgardisten Somozas ihre Kräfte, um erneut in Nikaragua einzudringen. Das gleiche Bild ist an der Atlantikküste im Raum von Mosquitia zu beobachten, wo 1500 Mann unter dem CIA-Agenten Stedman Fagot konzentriert sind. Zugleich sickern aus Kostarika 500 bis 700 Banditen in einzelnen Gruppen in Nikaragua ein. Wie das Mitglied der Nationalführung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN), Comandante der Revolution Jaime Wheelock bei einer Begegnung mit der Führung Kostarikas dokumentarisch belegte, befinden sich dort entlang der Grenze zu Nikaragua einige Lager von Konterrevolutionären.

Die Aktivierung des antisandinistischen Packs ist nur ein Teil des Plans, der von verschiedenen US-Behörden, vor allem von der CIA und vom Pentagon, erarbeitet wurde.

Die CIA lässt Nikaragua seit dem Sieg der Revolution nicht in Ruhe, seit man in Washington verstanden hat, daß Nikaragua keine US-Marienette sein will. Sogleich begann die Anwerbung von Söldnern unter FSLN-Gegnern, Feinden der Volksmacht, Ex-"Gardisten" Somozas, Verrätern aller Schattierungen und deklassierten Elementen, denen es ganz gleich ist, wo sie Krieg führen und wen sie ermorden — wenn nur gezahlt wird.

Schon 1982 wurde in Washington der "Plan C" erarbeitet, dem zufolge die Attacken von Honduras aus gegen nikaraguanische Departamentos, vor allem gegen Jinotega, Madriz und Nueva Segovia, zu intensivieren seien. Ende 1982 wurde den in Nikaragua eingedrungenen Konterrevolutionären die Aufgabe gestellt, die Ernte von Kaffee, Baumwolle und anderen Kulturen zu vereiteln. Die Söldner verbreiteten Panik unter der

Bevölkerung, um dann einen massiven Schlag gegen die Sandinisten zu führen. Der CIA-Plan sah die Bildung einer "provisorischen Regierung" vor, die natürlich die USA um Hilfe bitten sollte. In Vorfreude auf den Sieg zimmerte die CIA sogar eine Junta zusammen — mit Somozas Ex-Vizepräsidenten, dem Latifundisten und Millionär, Alfonso Callejas Deshon, dem Oberst von Somozas "Nationalgarde", Enrique Bermudez, und dem Verräter der sandinistischen Revolution, Eden Pastora...

CIA-Ausbilder und -berater veränderten die Struktur des somozistischen "Nikaraguanischen Demokratischen Bundes" etwas. Er wird jetzt von einem "Politischen Direktorat" geleitet. Ihm gehören neben den bereits erwähnten Junta-Mitgliedern an: der CIA-Agent Adolfo Calero Portocarrero (seit 1960 Vertreter von Coca Cola in Managua), die Witwe eines konterrevolutionären Großgrundbesitzers Lucia Cardenal de Salazar und andere. Gebildet wurde auch ein "Hauptstab", der mit Somozas "Nationalgardisten" komplettiert wurde. Viele von ihnen wurden in den USA ausgebildet oder auf US-Stützpunkten in der Panama-Kanalzone. Einige wurden an der Schule für die Grundausbildung der Infanterie gedrillt, die Pentagon und CIA bereits 1970 auf Bitte Somozas für "Elitekämpfer" der berüchtigten "Nationalgarde" einrichteten. Den Hörern der Schule wurde tagtäglich primitiver Antikommunismus eingepflegt.

Der 48jährige Guatimalteke Jose Gregorio Najera ist einer der CIA-Agenten, die von Honduras aus gegen Nikaragua operieren. Die sandinistischen Sicherheitsorgane faßten ihn im Februar, als er ein weiteres Mal die Grenze überquerte: Er suchte nach einem geeigneten Gelände zur Einschleusung von Banditen. Auf einer Pressekonferenz wurde Najera Journalisten vorge-



Auf dem Platz der Revolution in Managua. Protestkundgebung gegen die Politik der Reagan-Administration
Foto aus: "Barricada" (Nikaragua)

stellte. Najera tat alles, um selbst angesichts der ungezählten Fragen das Gespräch von seinen Verbrechen abzulenken, wobei er betonte, er sei "ausgebildeter Agronom" und wollte das bleiben, wenn er nicht durch des Schicksals Fügung in CIA-Diensten gelandet wäre. Gelockt habe ihn gute Bezahlung. Der Weg des "Agronomen" begann, wie Najeras Erzählung zeigt, 1969, als er Aufträge des guatimaltekischen Spionagedienstes im Westen des Landes, in Quetzaltenango, auszuführen begann. Dort leitete er eine Bande in den Grenzgebieten zu Mexiko. Später, bereits im Rang eines Leutnants der Armee Guatamales, beobachtete er Guerillakampfgebiete des Landes.

1980 sagte Oberst Juan Leonel Chavez: "Jetzt wirst du zur CIA nach Honduras überstellt." Nach Erhalt der erforderlichen Instruktionen begab sich der "Agronom" ins Nachbarland. In Tegucigalpa führte ihn der Geschäftsträger Guatamales mit dem Hauptmann der honduranischen Spionage, Pio Florez, zusammen.

Anfangs warb Najera in ganz Honduras Somozas-Anhänger in das Lager nach Nicarao an, wo sie unter Führung des Ex-Offiziers der "Nationalgarde", Benito Bravo, gedrillt wurden. Mit Najera nahmen die CIA-Agenten in Honduras, Margaret Wandersten und Tayon, Kontakt auf.

Najera sagte aus, in Honduras werde mit amerikanischem Geld eine Sonderschule für Bandenchefs unterhalten, wo Somozas "Nationalgardisten" im Rang von Korporalen und

Sergeanten sowie nach einem Sonderkontrakt honduranische Soldaten gedrillt werden. Besondere Bedeutung kommt hierbei der ideologischen Bearbeitung der "Offiziersschüler" zu. Ihnen wird eingebaut, der "Kommunismus" sei der "Hauptfeind". Sie werden zum Kampf gegen die Sandinisten, für die "Befreiung" Nikaraguas aufgehetzt, wobei man ihnen große Privilegien verleiht.

Als einer der Hauptführer des nichterklärten Krieges gegen Nicaragua von Honduras aus wird der US-Botschafter in Tegucigalpa John Dimitri Negroponte, genannt. Er ist ein erfahrener Subversionsspezialist. Negroponte schrieb die in Managua erscheinende Zeitschrift "Soberanía", nahm 1960–1964 in Hongkong an der Vorbereitung der Provokation des US-Militärklüngels im Golf von Tongking teil, die den Vorwand für eine Eskalation gegen Vietnam liefern sollte. Er war Berater des Saigonner Marionettenregimes und vermittelte dann Beziehungen zwischen den USA und Pol Pots Blutregime in Kampuchea.

Als die CIA den Sturz der legitimen Regierung Salvador Allendes in Chile plante, gehörte Negroponte bereits dem Nationalen Sicherheitsrat der USA an. Offenbar nicht ohne ihn wurde der Plan erarbeitet, Honduras in das Hauptsprungbrett gegen die ausgreifende Befreiungsbewegung in Mittelamerika zu verwandeln.

In Honduras' Hauptstadt nahm Negroponte enge Kontakte zu den reaktionärsten Militärs auf, darunter zu General Gustavo Alvarez Martinez. Mit Unterstützung des Botschafters wurde dieser General bald Oberbefehlshaber der Streitkräfte von Honduras. Seitdem hieß es von dem Zweigespann, Alvarez sei eine starke Persönlichkeit, doch John die wahre Macht hinter dem Thron.

Unter Negroponte nahm der Zustrom amerikanischer Gelder nach

Honduras spürbar zu. Gerade in seiner Zeit entstand die "Antikommunistische Honduranische Bewegung", die Terrorakte gegen die Führer der demokratischen Kräfte zu organisieren hatte.

Doch das Hauptfeld des US-Botschafters ist der nichterklärte Krieg gegen Nicaragua. Unter seiner Kontrolle stellt die CIA in Honduras Somoza-Banden zu einer Truppe zusammen, die gegen Nicaragua eingesetzt werden soll. Bezeichnenderweise hielt sich CIA-Chef William Casey Mitte 1982 zu einer Geheimmission in Honduras auf.

Die "New York Times" konstatierte in Honduras drei Zentren zur Führung des nichterklärten Krieges: das Oberkommando der Somoza-Banden im Landessüden, den Generalstab der Streitkräfte von Honduras in Tegucigalpa und die US-Botschaft. Die Tätigkeit aller drei Zentren wird von Negroponte und von Gustavo Alvarez koordiniert. Sie treffen sich täglich zur Lagebesprechung.

Neben Honduras haben die nikaraguanischen Konterrevolutionäre ein weiteres Aufmarschgebiet — Kostarika. Häufig verbüren sie von dessen Territorium aus Überfälle auf friedliche Ortschaften Nicaraguas.

In Kostarika haben sich die kleinen konterrevolutionären Gruppierungen zur "Revolutionären Demokratischen Allianz" zusammengeschlossen. Eine Gruppierung, die sich blasphemisch als "Revolutionäre Front Sandinos" bezeichnet, wird von besagtem Renegaten Eden Pastora geleitet. An der Spitze der anderen, der "Nationalen Demokratischen Bewegung", steht der Industrielle Alfonso Robelo. Diese beiden Gruppierungen werden von der CIA und der aus Nicaragua emigrierten Großbourgeoisie ausgehalten.

Die Zeitung "Nuevo Diario" schrieb kürzlich, Stützpunkte von Konterrevolutionären seien in der Grenzregion Los Chiles entdeckt worden. Über die kostarikanische Stadt Quesada rollen nachts ganze Züge von LKW's mit Waffen und Lebensmitteln für die Banden nach Los Chiles. Die konterrevolutionären Emigranten, die sich zunutzen machen, daß die dortigen Behörden trotz des Bekennens der Regierung Kostrikas zu "aktiver Neutralität" die Grenzzone nicht kontrollieren können, operieren immer frecher. Sie werben sogar junge Kostarikaner für ihre Banden an. Das berichtete der 18jährige Ramiro Silva Boniche, der sich in die Gefangenschaft der sandinistischen Armee begab.

Übrigens wurde Pastora mit offenen Armen in den USA empfangen. Zusammen mit anderen Abtrünnigen wurde er zu politischen Spektakeln und bombastischen Empfängen

eingeladen. Pastora traf mit CIA-Agenten zusammen. Erfahrene Spione, die Pastora zur Seite gegeben wurden, suggerierten ihm, es sei unmöglich, ohne US-Hilfe gegen die Sandinisten zu kämpfen. Die Gehirnwäsche zeitigte Erfolg. Nachdem sich Pastora nach Kostarika begeben hatte, genierte er sich nicht, auf einer Pressekonferenz mit offen proamerikanischen Erklärungen vorzutreten. Er verlangte, die Sandinisten sollten von der Politik der Nichtpaktgebundenheit abgehen, und behauptete, sie könnten nicht ohne die USA existieren, die die "natürlichen Verbündeten" seien. Mit US-Geldern



Sandinistische Kämpfer verfolgen den Feind

Foto: TASS

installierte Pastora in Kostarika einen starken subversiven Rundfunksender, der die nikaraguanische Revolution verleumdet und zu Sabotage, Diversionsakten und zum Aufstand aufhetzt.

Ein anderer Anführer der Konterrevolutionäre in Kostarika ist Alfonso Robelo, Führer der "Nikaraguanischen Demokratischen Bewegung". Dieser Ex-Unternehmer gehörte zunächst der nach Somozas Sturz gebildeten Regierung an, doch nur, um zu versuchen, deren Politik in der für die Bourgeoisie genehmen Richtung zu beeinflussen. Als solche Versuche gescheitert waren, machte er sich aus dem Staub. Ende April d. J. begab er sich zusammen mit einem anderen konterrevolutionären Anführer, Adolfo Calero, zum Kniefall nach Washington. Thomas Enders, Assistent des US-Außenministers für interamerikanische Fragen, empfing Robelo damals offiziell.

Soweit nur einige Fakten, die von der engen Liaison der Reagan-Administration und der CIA mit den Verrätern des nikaraguanischen Volkes zeugen.

W. DOLGOW
Eigenbericht

Managua, im Mai



INDIENS KOSMISCHE BAHNEN

Wir schritten die "Salut" ab. Die riesige Raumstation lag hinter der gläsernen Wand des Saals wie ein U-Boot auf Stapel. Informationen darüber gaben den sowjetischen und ausländischen Journalisten Ravish Malhotra und Rakesh Sharma, Bürger der Republik Indien, die hier in der Sternenstadt bei Moskau die Raumfahrausbildung durchlaufen.

Mit diesem Training begannen Sharma und Malhotra am 23. September 1982. Nun ist der allgemeine Ausbildunglehrgang abgeschlossen, und die Flugdynamik, die Steuerungssysteme des Schiffes, die Grundlagen der Raumflugnavigation und des radioaktiven Schutzes sind erlernt. Gut gemeistert wurde das Minimum an Weltraumgrammatik und ausgezeichnet die russische Sprache. Im Sommer fahren sie auf Urlaub in die Heimat, dann kehren sie ins Zentrum zurück und nehmen die Flugvorbereitungen bereits als Besatzung auf.

"Jede Minute ist besetzt, Unterricht wie auf der Hochschule", berichtet der Gruppenkommandeur, Fliegerkosmonaut der UdSSR Boris Wolynow. "Es gibt keinerlei Ausnahmen und Vergünstigungen für unsere Gäste. Das Zentrum besitzt eine schon über 20jährige Erfahrung in der

Arbeit mit ausländischen Kollegen. Schließlich fliegen sie nach der Ausbildung nicht als Passagiere ins All, sondern haben an Bord des Raumschiffs bestimmte Funktionen zu erfüllen, genauso wie auch die anderen Besatzungsmitglieder."

Die Kosmonauten — der indische Staffelkommandeur Malhotra und Geschwaderkommandeur Sharma — wurden aus 200 Anwärtern ausgewählt. Nach Ansicht Ministerpräsidentin Gandhis entspricht ihr Flug den Interessen des Landes. Indien könnte bei der Entwicklung der modernen Wissenschaft nicht abseits stehen. Die von der Sowjetunion angebotenen Möglichkeiten gestatteten es den indischen Wissenschaftlern, ihre Kenntnisse zu erweitern und sie in unterschiedlichen Bereichen anzuwenden.

"Ist das Programm der wissenschaftlichen Experimente schon bekannt?"

"Unsere Pflicht ist es, die Kollegen für den Raumflug auszubilden", erläutert Wolynow. "Das wissenschaftliche Programm wird von indischen und sowjetischen Wissenschaftlern und Ingenieuren gemeinsam erarbeitet."

Das Raumfahrtprogramm Indiens geht auf das Jahr 1963 zurück. Die ersten

Our training is continuing here at Star City and shortly we will be commencing practical training in the simulators which are able to simulate all conditions that one can possibly come across in flight.

RAVISH MALHOTRA

Malhotra

RAKESH SHARMA

E.

Ein paar Worte an die Landsleute, Leser der NZ: "Unser Training hier in der Sternenstadt geht weiter, bald werden wir das praktische Training in den Simulatoren aufnehmen, die alle Situationen simulieren können, welche uns beim Flug zustoßen könnten.

Ravish Malhotra
Rakesh Sharma"

FÜR DEN FRIEDEN IN NAHOST

Das Antizionistische Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit hat sich besorgt und empört den Forderungen von Millionen sowjetischer Bürger angeschlossen, die dieser Tage für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten eintreten.

Die politische Erpressung der USA, die mit dem "libanesisch-israelischen Friedensabkommen" ihre strategischen Pläne im Nahen Osten durchsetzen und dort ihre politische und militärische Präsenz verstärken wollen, muß tiefsten Zorn auslösen.

Die USA versuchen auf diese Weise ihren politischen Vasallen Israel aus der internationalen Isolierung herauszubringen sowie die Empörung der Weltöffentlichkeit über die Clique Begin und die sie unterstützenden Führer des internationalen Zionismus dabei zu mindern.

Kann man einen politischen Willkürakt, der den Bewohnern der Region keine Luft zum freien Atmen läßt, etwa als "Friedensabkommen" bezeichnen? Nach wie vor gibt es keinen Frieden unter den Zedern des leidgeprüften Libanon, keine Ruhe, keine Hoffnung auf Frieden und Ruhe.

Das "Abkommen" wird nicht Frieden bringen, nicht den von den Zionisten an diesem Brennpunkt der Welt entzündeten und geschürten Brand löschen. Nein, das "Abkommen" bedeutet nur eine weitere Phase bei der Eskalierung des Militarismus und der Anheizung der Spannungen im Nahen Osten.

Das "Friedensabkommen" ist lediglich der Versuch, den Expansionismus Tel Avivs, die Pläne zur Ausdehnung des Brückenkopfs der Aggression zu legalisieren, lediglich eine Stufe zu neuen militärischen Abenteuern, neuen aggressiven Aktionen gegen die arabischen Nachbarländer.

Das Antizionistische Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit appelliert mit aller Entschlossenheit an alle anständigen Menschen der Welt, die bedingungslose Beendigung der israelischen Okkupation in Libanon, den Abzug aller israelischen Truppen von dessen Territorium, die Wiederherstellung der Souveränität Libanons und seiner territorialen Integrität zu fordern.

indischen Forschungssatelliten vom Typ "Aryabhata" und "Bhaskara" wurden in der Sowjetunion Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre gestartet. Die Arbeit der Nachrichtensatelliten "INSAT-1A" amerikanischer Herkunft haben die indischen Wissenschaftler im Herbst v. J. eingestellt, nachdem er den Boden-Lenkommandos nicht mehr folgte. Der Westen urteilte diesen Mißerfolg als ernst zu nehmende Beeinträchtigung der Bemühungen Indiens, ein eigenes System von Nachrichtensatelliten zu schaffen. Der Bau von "INSAT-1A", schrieb die indische Zeitschrift "Surya", ging nicht ohne politische Finessen ab. Die USA unterstützten jene, die auf die für den indischen Satelliten bestimmte Umlaufbahn Anspruch erhoben, verzögerten dessen Bau und machten ihn dann bewußt untauglich, äußerte die Zeitschrift. Deshalb entschloß sich Indien, eine eigene Raumfahrttechnik zu entwickeln. Bis 1980 wurde für das Raumfahrtprogramm eine Summe von umgerechnet 325 Mio Dollar aufgewendet. Jetzt wird seine Ausführung beschleunigt und für die 80er Jahre wurden 1,1 Md. Dollar bereitgestellt.

Die indischen Kosmonauten meinen, für ein so großes sowie geographisch und demographisch vielfältiges Land wie ihre Heimat seien kosmische Systeme, die ausgedehnte Regionen erfassen, besonders wichtig. Deshalb steht die Entwicklung von Satelliten für Nachrichtenver-

bindungen, für die Übermittlung von Fernsehsignalen und Fernmeßdaten über die Natur- und regenerierenden Bodenressourcen sowie von meteorologischen Vorhersagen im Vordergrund. Zur Steuerung der Raumfahrtobjekte wurden in Indien bereits Stationen angelegt wie z. B. die Hauptleitzentrale in Hassan. Zur Ausführung der Aufträge der Indischen Raumforschungsorganisation wurden entsprechende Betriebe und Gesellschaften des staatlichen Industriesektors herangezogen.

"Wir hatten Erfolge", sagte Malhotra, "aber auch Mißerfolge, an denen wir gelernt haben. Die an derartige Ausrüstungen gestellten Anforderungen haben vielleicht einige Firmen enttäuscht, aber mit dem Raumfahrtprogramm Indiens sind bereits über 100 Firmen verbunden..."

Rakesh Sharma hebt stolz hervor, daß Indien 1980 eine eigene Trägerrakete entwickelt hat.

Indien beteiligte sich an der zweiten UNO-Konferenz für die Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken im August 1982 und beschloß, einen Teil der für Forschungszwecke bewilligten Mittel zur Zusammenarbeit in diesem Bereich mit Entwicklungsländern aufzuwenden.

"Indien hat viele Probleme", sagen die Kosmonauten, "aber wir sind fest entschlossen, die besten Leistungen der modernen Wissenschaft und Technik zu meistern."

Diese indischen Militärpiloten sind überzeugt, daß die Weltraumtechnologie ein mächtiger Katalysator für den gesamten Fortschritt der Entwicklungsländer sein und zu einem wichtigen Mittel zur Bekämpfung der Armut, zur Verbreitung von Bildung sowie zur Stärkung der nationalen Kultur werden kann.

Die Sowjetunion — der Vorreiter bei der Kosmoserschließung — bleibt überzeugter Verfechter des Ausbaus der internationalen Zusammenarbeit bei der Nutzung des interplanetaren Raums zu friedlichen Zwecken. Beweis dafür sind der gemeinsame Flug nach dem "Sojus-Apollo"-Programm, die Starts von Kosmonauten sozialistischer Länder im Rahmen von "Interkosmos", die Arbeit der sowjetisch-französischen Besatzung auf der Erdumlaufbahn. Die UdSSR arbeitet auf diesem Gebiet mit anderen Ländern zusammen, unabhängig von deren sozial-politischer Ordnung oder dem Stand ihrer wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Das Weltall ist für die Menschheit nicht Manövergelände, sondern Labor für den Fortschritt. Mit gutem Willen und dem Geist der Zusammenarbeit können die Staaten die kompliziertesten und brennendsten Probleme der Gegenwart lösen.

B. KOSLOW

Sternenstadt

"NEUE ZEIT" 21.83

UNSER WETTER, UNSER KLIMA



Alexej SAGUROW

Wir alle brauchen die Wettervorhersage. Das ist für ganze Volkswirtschaftszweige, Verkehr, Gesundheitswesen usw. dringend erforderlich, insbesondere bei langfristigen Prognosen. Ändert sich ja das Klima, und nut eine richtige Prognose dieser Veränderungen ermöglicht es der Gesellschaft, ungünstigen Faktoren entgegenzutreten und günstige zu nutzen.

Verspäteter Schnee

Das Klima der Erde hat sich stets geändert. Noch unlängst (geologisch gesehen), vor 40 Millionen Jahren, war es in unseren mittleren Breiten und selbst in Skandinavien bedeutend wärmer. Hier wuchsen Palmen.

Die alten Griechen meinten zu Recht, daß das Klima einer bestimmten Region von der Neigung der Sonnenstrahlen gegenüber der Erdoberfläche abhängt. Obrigens heißt Klimatos im Griechischen Neigung. Und obgleich die heutige Klimatologie dem Studium der Interdependenz Erde-Sonne gleichfalls sehr große Bedeutung zumißt, werden darauf ihre Aufgaben nicht beschränkt.

Wenn wir vom Klima (gewöhnlich in Verbindung mit den Attributen "gut", "mild", "schlecht" und "rauh") sprechen, verstehen wir einander ausgezeichnet. Was nun ist das Klima? Verändert es sich, oder bleibt es mehr oder weniger beständig? Um auf diese Fragen antworten zu können, zunächst zum Wetter. Die Natur des Wetters ist leichter erklärlich. Das ist der Zustand der Atmosphäre an der Erdoberfläche: Temperatur, Druck, Feuchtigkeit, Stärke und Richtung des Windes, Sicht...

Die mittleren Wetterbedingungen einer Region, verbunden mit deren geographischer Lage, sind das Klima. Mittleres bedeutet den Mittelwert in vielen Jahren und Jahrzehnten. Während das Wetter einen Sommer oder Winter bzw. einige Jahreszeiten hintereinander sehr veränderlich sein kann, ist das Klima trotz der Launen des Wetters eine relativ beständige Erscheinung, da sie den

Zustand des Wetters über längere Zeit widerspiegelt.

Die Menschen in den Zentralregionen des europäischen Teils der UdSSR erinnern sich noch an die ungewöhnliche Wärme und die Schneelosigkeit im Dezember 1982. Vielleicht zeugt das davon, daß sich bei uns Klimaveränderungen vollziehen?

Welche Mechanismen formieren das Wetter und dadurch auch das Klima einer bestimmten Region? Betrachten wir hier wieder die Neigung der auf die Erde fallenden Sonnenstrahlen. Die stärkere Erwärmung der Atmosphäre am Äquator als an den Polen führt zur Übertragung der Wärme vom Äquator zu den Polen. Es bilden sich starke Luftströme, die die kalte Luft an der Erdoberfläche nach Süden treiben (in der nördlichen Hemisphäre) und die Warmluft in den oberen Atmosphärenschichten zum Pol. Das scheinbar einfache Bild wird durch die schnelle Drehung der Erde stark kompliziert: Neben dem Nordwind tritt an der Erdoberfläche Ostwind auf. Das erschwert die Übertragung der Wärme zum Pol, und die Bewegung der Luftmassen wird unbeständig. Infolgedessen bilden sich große Strömungen in der Atmosphäre, die Zyklone und Antizyklen, die uns aus der Wettervorhersage bekannt sind.

Eine sehr wichtige Rolle bei der Herausbildung des Wetters und des Klimas der Erde spielt das Weltmeer. Im Ozean vollziehen sich ebenso wie in der Atmosphäre Prozesse der Wärmeübertragung, in ihm bilden sich eigene große Strömungen und die sogenannten synoptischen Wirbelwinde, eine Analogie zu den Zyklonen und Antizyklen in der Atmosphäre. Die synoptischen Wirbelwinde im Ozean wurden 1970 von sowjetischen Ozeanologen unter Akademietag Leonid Brechowskij entdeckt. Das Studium der Zirkulation der Wassermassen hat heute zu einer Vorstellung vom Wetter und Klima des Ozeans geführt, die ebenso veränderlich und unbeständig sind wie das Wetter und das

Klima auf der Erdoberfläche. Doch unser Klima wird im Zusammenwirken der Atmosphäre und des Weltmeeres gebildet, und das ist außerordentlich schwer zu berücksichtigen.

Das Wetter oder eine Klimaveränderung vorherzusagen, bedeutet mit heute bekannten Fakten und Theorien, die atmosphärischen Prozesse für einen bestimmten Zeitraum zu berechnen. Der hervorragende amerikanische Mathematiker John von Neumann, der viel für die Entwicklung der ersten Computer und ihren Einsatz getan hat, meinte bereits vor 30 Jahren, daß die Wetterprognose eine Sache der Technik und der nächsten Zukunft sei. Heute sehen wir, daß die wissenschaftliche Wettervorhersage weit aus nicht so schnelle Fortschritte macht wie von Neumann angenommen. Sogar völlig entgegengesetzte Ansichten werden geäußert: So führen die Arbeiten des bekannten sowjetischen Mathematikers Wladimir Arnold, der 1982 mit dem Crafoord-Preis ausgezeichnet wurde, zu dem Schluß, eine langfristige dynamische Wettervorhersage sei prinzipiell unmöglich. (Da die Nobelpreise nicht für Leistungen z. B. in Mathematik, Astronomie und Geowissenschaft zuerkannt werden, stiftete die Schwedische Königliche Akademie der Wissenschaften 1981 einen neuen Preis, welcher nach Holger und Greta Crafoord benannt wurde, die dafür 1,2 Mio Dollar bereitstellten.)

Nichtsdestoweniger wäre es ein Fehler, den unbestrittenen Fortschritt bei der Schaffung mehr oder weniger adäquater Klimamodelle zu verneinen, die nicht nur die hier erwähnten, sondern auch viele andere wesentliche Prozesse in der Erdatmosphäre berücksichtigen. In den letzten 10 bis 15 Jahren wurde die Klimatologie zu einer immer exakteren Wissenschaft mit ihren theoretischen, numerischen und experimentellen Methoden. Zu deren Entwicklung tragen Meteorologen, Ozeanologen, Physiker, Mathematiker, Geophysiker, Geographen, Geologen und Experten für Raumfahrttechnik bei.

Der Treibhauseffekt

Nun kurz zur Zusammensetzung der Atmosphäre. Die Präsenz von sogenannten optisch aktiven Gasen (vor allem von Wasserdampf und Kohlendioxid sowie von Ozon, Methan, Stickoxiden u.a.) bewirkt einen Treibhauseffekt, d. h. eine Aufwärmung der Atmosphäre unter der "Glocke" dieser Verbindungen. Und der Treibhauseffekt? Die Erdatmosphäre ist zusammen mit den optisch aktiven Gasen für Sonnenstrahlen durchlässig, die die Erdoberfläche erreichen und sie erwärmen. Die aufgewärmte Oberfläche selbst strahlt

Wärme zurück. Gerade diese Wärmeausstrahlung wird von den Gasen absorbiert: Die Lufttemperatur steigt, der Treibhauseffekt entsteht.

Der Haupteinfluß des Menschen auf das Klima besteht gerade in einer Veränderung der Luftzusammensetzung, vor allem in einer Zunahme des Kohlendioxids. Der Kohlenstoff, den die Natur in Aberrillionen Jahren als Kohle, Öl und Gas anhäufte, wurde in weniger als zwei Jahrhunderten "freigesetzt".

Etwa bis zur Mitte der 70er Jahre stieg der Weltverbrauch von natürlichen Brennstoffen um 4% jährlich. In letzter Zeit ist diese Zunahme auf 2% gefallen, doch wenn sie trotzdem weiter andauert, wird sich die Konzentration von Kohlendioxid bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts verdoppeln. Und das Klima? Nach Schätzungen sowjetischer und ausländischer Experten wird die Durchschnittstemperatur um 2 bis 3 Grad steigen.

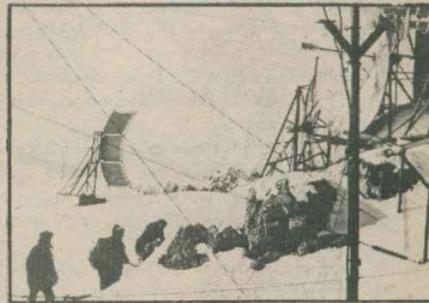
2 bis 3 Grad sind scheinbar nicht viel: Sind wir ja an 24-Stunden-Schwankungen von 10 bis 15, bisweilen sogar 20 Grad gewöhnt. Doch hier geht es um die Temperaturmittelwerte, und 2 bis 3 Grad sind da eine beachtliche Größe: So lag während der letzten Eiszeit (vor Zehntausenden von Jahren) die Durchschnittstemperatur der Ozeanoberfläche gerade um 2 Grad unter der jetzigen.

Der anthropogene Treibhauseffekt kann um 30 bis 60% bei einer Verdoppelung der Konzentration von Methan und Stickoxiden in der Luft verstärkt werden. (Der Ausstoß von Stickoxiden ist insbesondere mit dem breiten Einsatz von Mineraldünger in der Landwirtschaft verbunden.)

Lassen sich die Folgen des Treibhauseffekts detailliert vorhersagen? Leider ist es einstweilen noch zu früh, von einer genauen Modellierung des Klimas für Dutzende von Jahren im voraus zu sprechen. Auf der Grundlage der bestehenden Modelle werden nur Hypothesen über bestimmte Klimaveränderungen aufgestellt. So wird angenommen, daß infolge des Treibhauseffekts die Temperaturzunahme in den nördlichen Breiten 6 Grad betragen kann, während sie in der Äquatorregion 2 Grad nicht übersteigt. Das wird zu einer merklichen Veränderung des Niederschlagsregimes führen. Offenbar wird das Nördliche Eismeer im Sommer eisfrei sein; die Gletscherdecke der Antarktis und Grönlands wird zurückgehen. Allmählich wird der Wasserstand des Weltmeeres steigen...

Sind diese möglichen Klimaveränderungen als verhängnisvoll anzusehen?

Eine eindeutige Antwort hierauf gibt es ebenfalls nicht. Vor allem kann der Zuverlässigkeitgrad derartiger Prognosen die Klimatologen nicht befriedigen. Noch bedeutende Forschungen müssen durchgeführt werden, bevor man die Klimaveränderungen sicher vorhersagen und die Vorbereitung auf diese Veränderungen umfassend organisieren kann. Nichtsdestoweniger ist allgemein anerkannt, daß die Arbeiten in der ökologisch reinen Energetik allseitig vorangebracht werden müssen. Denn durch die Verbrennung von natürlichen Brennstoffen wirkt die Menschheit nicht nur unkontrolliert auf das Klima ein. Wir verlieren die wertvollsten nichtregenerierbaren Ressourcen. Die auf organischen Brennstoffen beruhende Energiewirtschaft ist auch eine starke Quelle der Umweltverschmutzung durch Verbindungen, die für die Gesundheit der Menschen, für Flora und Fauna des Planeten gefährlich sind.



Erinnerungen an die Zukunft

Das Klima unserer Erde hat also die Tendenz, wärmer zu werden. Doch zeigen nur komplizierte Computerberechnungen die bevorstehenden Veränderungen? In den Milliarden Jahren der Erdgeschichte gab es Epochen bedeutender Erwärmungen und spürbarer Kälteperioden. Sie führten zu schwerwiegenden Veränderungen im organischen Leben der Erde, und das ist in ihrer geologischen Chronik fixiert. Doch die Summierung und Erforschung glaubwürdiger Tatsachen der Vergangenheit können das Klima der Zukunft prognostizieren helfen.

Die Forschungsarbeiten des sowjetischen Akademiemitglieds Alexander Janschin, der Korrespondierenden Mitglieder Michail Budyko und Alexander Ronow erlauben den Schluß, daß die Atmosphäre der nächsten Jahrzehnte nichts Neues in der Erdgeschichte sein wird. Die Konzentration des Kohlendioxids in vergangenen geologischen Epochen lag mehrmals über den jetzigen Größen. Die heutigen Kenntnisse über die damaligen Temperaturen bestätigen die Schlüssefolgerung, die durch mathematische Modellierung gezogen wurde: Die Ver-

doppelung des Kohlendioxidgehalts in der Atmosphäre führt zu einem durchschnittlichen Temperaturanstieg von 3 Grad.

Nicht leicht ist es, die geologische Chronik der Erde zu lesen. Die Dechiffrierung jeder ihrer Zeilen ist das Ergebnis der großen, mühsamen Arbeit der Wissenschaftler, die das ganze Arsenal der Mittel der heutigen Wissenschaft und Technik einsetzen.

Interessante Angaben erhielten Schweizer Forscher. Sie nahmen Analysen des Kohlendioxidgehalts in Luftblasen aus unterschiedlich altem antarktischem und grönlandischem Eis vor. Das ergab, daß sich auf dem Höhepunkt der letzten Eiszeit, vor 20 000 Jahren, das Eis in einer Atmosphäre gebildet hatte, die 30 bis 40% weniger Kohlendioxid als heute enthielt. Vor 6000 Jahren war der Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre höher: Die damalige Durchschnittstemperatur lag um 1 bis 1,5 Grad über der jetzigen. Gerade diese Zeitspanne wird in der Erdgeschichte als Periode des klimatischen Optimums bezeichnet. Offenbar kann eine eingehende Untersuchung des damaligen Klimas nach allen glaubwürdigen Quellen besonders wertvolle Informationen geben, da uns die kommenden Jahrzehnte den Bedingungen von vor 6000 Jahren näher bringen sollen.

Von großem wissenschaftlichem Wert sind die Ergebnisse der Untersuchung von der Tiefe des Ozeans entnommenen Wasserproben. Sie ergänzen wesentlich unsere Kenntnisse vom Klima vergangener Epochen: Bildete sich ja zu allen Zeiten das Erdklima durch die Zusammenwirkung der Atmosphäre und des Weltmeeres heraus.

Die Wissenschaft, die die Bedingungen rekonstruiert, unter denen sich das Leben auf Erden vor Tausenden und Millionen Jahren entwickelte, antwortet trotzdem noch nicht eindeutig auf die Frage, welche Ursachen den Wechsel der Klimaeepochen bewirkten. Natürlich werden hierbei vor allem so wichtige Prozesse untersucht wie das Zusammenwirken des Planeten mit der Sonnenstrahlung, die Veränderung der atmosphärischen Zusammensetzung durch Vulkanausbrüche, mögliche Weltraumkatastrophen usw.

bewirken, aus dem Erdinnern in die Atmosphäre ausgestoßen. Zugleich stoßen die Vulkane Staub, der sich jahrelang in der Atmosphäre befinden kann und deren Durchsichtigkeit stark verschlechtert, in eine Höhe von Dutzenden Kilometern aus. Die Sonnenstrahlung, die die Erdoberfläche erreicht, wird dabei spürbar geringer, und eine globale Abkühlung tritt ein.

So gelangten vor 100 Jahren beim Ausbruch des Krakatau im heutigen Indonesien ca. 4 Kubikkilometer Staub, der über den gesamten Erdball verstreut wurde, in die Atmosphäre. Die Abnahme der Durchschnittstemperatur und die entsprechenden Klimaveränderungen waren in zwei bis zweieinhalb Jahren spürbar. Doch die Geschichte bewahrt die Spuren auch aktiverer vulkanischer Tätigkeit. Das ist vielleicht auch ein Grund für den Wechsel der Klimabedingungen der Erde.

Schon lange wird über die ökologische Krise der Erde von vor 65 Millionen Jahren diskutiert. Damals starben mehr oder weniger gleichzeitig an die 75% der zu dieser Zeit existierenden Tierarten aus. Bei der Untersuchung von Ablagerungen jener Periode kamen Wissenschaftler kürzlich zu dem Schluß, die Katastrophe sei vielleicht durch den Absturz eines gigantischen Meteoriten mit einem Durchmesser von ca. 10 km verursacht worden. Hierbei müßte sich ein 200 km breiter Krater gebildet haben, und in die Atmosphäre hätte tausendmal mehr Staub geraten können als beim Ausbruch des Krakatau, was zu einer starken Verdunkelung geführt hätte. Die Prozesse der Photosynthese wären dann jäh unterbrochen worden, und zusammen mit den Pflanzen wären auch die Tiere, die sich von diesen Pflanzen ernährten, umgekommen.

Zwar wurde kein Krater mit einem 200-km-Durchmesser entdeckt, doch die bestehenden Krater mit einem Durchmesser von 100 km zeugen von einer prinzipiellen Möglichkeit. Da zwei Drittel der Erdoberfläche von Ozeanen bedeckt sind, könnten sie die Spuren einer solchen Katastrophe verborgen. Die Astronomen nehmen an, daß der Absturz solcher Meteoriten auf die Erde etwa alle 100 Millionen Jahre möglich ist.

Ein Klima für alle

Bekanntlich ist die Strahlung der Sonne nicht nur Licht und Wärme, die die Oberfläche der Erde leicht erreichen, sondern auch ein starker Strom geladener Partikel, die alles Leben vernichten. Der Strom wird durch das Magnetfeld der Erde abgestoßen und umkreist den Planeten in Hunderten Kilometern Höhe. Zugleich steht fest, daß sich die Richtung des Magnetfeldes der Erde in der geologischen Geschichte des Planeten änderte. Folglich wurde auch der Charakter des Zusammenwirkens der Erde mit der Sonnenstrahlung ein anderer. Das könnte der Grund für die Klimaveränderung in ferner Vergangenheit sein. Bei einer Vulkaneruption wird eine riesige Menge von Gasen, darunter auch von optisch aktiven, die den Treibhauseffekt

Die Fragen der Klimaveränderung werden jeden Monat in Dutzenden wissenschaftlichen Arbeiten abgehandelt. Das Interesse daran ist enorm und kennt keine geographischen Grenzen. Gehört ja das Klima der ganzen Menschheit, ist es eine Voraussetzung für das normale



Leben aller Erdbewohner. Die riesige Arbeit zur Untersuchung und Prognostizierung des Klimas hat nur dann einen Sinn, wenn die Erde nicht in einem Nuklearinferno untergeht. Eine thermonukleare Katastrophe hätte unvorhersehbare und unumkehrbare Folgen. Die eingesetzten Nuklearladungen würden eine enorme Menge von Wasserdampf und Staub in die Atmosphäre treiben. Die Explosionen könnten der Auslöser für starke Erdbeben werden. Die Zirkulation der Atmosphäre wäre gestört. Die völlige radioaktive Verseuchung von Wasser, Boden und Luft würde zu einer starken Störung des Gleichgewichts zwischen allen Gemeinschaften lebender Organismen auf der Erde führen.

Das Klima ist eine globale Erscheinung. Um es wirksam zu studieren, sind die vereinten Anstrengungen nicht nur der Experten der verschiedensten Wissenschaftszweige, sondern ist auch die internationale Zusammenarbeit erforderlich. Dabei wurden große und nützliche Erfahrungen gesammelt, die zu Optimismus und zu Hoffnungen auf weitere Erfolge Anlaß geben.

Erinnern wir uns an die Geschichte der Erforschung der Antarktis, die bisweilen als Wetterküche bezeichnet wird. Die Antarktis wurde 1820 von einer russischen Expedition entdeckt, die unter Faddei Bellingshausen und Michail Lasarew die Welt umsegelte. In den nachfolgenden 130 Jahren weilten in der Antarktis Dutzende Expeditionen aus vielen Ländern: Auf dem Eiskontinent wurden Basen und Stationen eingerichtet, die den Forschern meteorologische Langzeitarbeitungen und geologische Arbeiten ermöglichen.

1957/58 vereinten über 60 Länder ihre Anstrengungen zum Internationalen Geophysikalischen Jahr (IGJ). Für jeden Teilnehmerstaat wurde ein Programm von Vorhaben zur Erforschung der geologischen Strukturen der Erde, der Dicke der Eisdecke der Antarktis, des Temperaturregimes des Südpolarmeeres und seiner Einwirkung auf das Erdklima erarbeitet. Alle Forschungen wurden parallel und in engster Zusammenarbeit durchgeführt. Die ersten wissenschaftlichen Ergebnisse dieses Jahres wurden auf der IGJ-Generalassembly (1958, Moskau) verallgemeinert. Als Internationale Geophysikalische Zusammenarbeit wurde das IGJ um ein weiteres Jahr, 1959, verlängert.

Zur Erforschung des 6. Kontinents nach dem abgestimmten Programm trug der 1959 geschlossene Antarktis-Vertrag bei, der festlegte, daß der antarktische Kontinent ausschließlich zu friedlichen Zwecken genutzt werden darf. Laut

Vertrag erklärten sich dessen Teilnehmer bereit, Informationen über die Pläne wissenschaftlicher Arbeiten in der Antarktis, wissenschaftliches Personal zwischen Expeditionen und Stationen sowie Ergebnisse von Beobachtungen und Experimenten auszutauschen. Der Vertrag mit seinen bereits 26 Signatarstaaten steht zur Unterzeichnung offen.

Die großartigen Ergebnisse einer solchen internationalen Zusammenarbeit bei der Erforschung der Erde förderten die Vorbereitung und Durchführung anderer internationaler wissenschaftlicher Programme wie des Internationalen Jahres der ruhigen Sonne (1964–1965), des Forschungsprogramms für globale atmosphärische Prozesse (70er Jahre), der Internationalen Jahre zur Erforschung der Magnetosphäre (1976–1979) und des Internationalen Jahres des Sonnenmaximums (1979–1981).

Von großer Bedeutung war dabei das Globale Meteorologische Experiment, das 1979 im Rahmen der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit durchgeführt wurde. Die Angaben für die Klimatologen gingen abgestimmt von Satelliten, ozeanographischen Schiffen und Bojen, von Flugzeugen, Sonden und gewöhnlichen meteorologischen Stationen ein.

Das Globale Meteorologische Experiment ist die Grundlage für den künftigen Internationalen Wetterdienst, der es ermöglichen wird, systematisch meteorologische Angaben von der ganzen Erde zu erhalten. Diese wichtige Arbeit wird von der Meteorologischen Weltorganisation geleistet.

Gegenwärtig wird das Weltklimaprogramm der Meteorologischen Weltorganisation, des Internationalen Rats wissenschaftlicher Verbände und des UNO-Umweltprogramms verwirklicht. Dieses Programm ist auf viele Jahre angelegt; seine Erfüllung würde es ermöglichen, die Zuverlässigkeit der Prognosen zu erhöhen und die Menschheit der Gestaltung des Klimas näher zu bringen. An diesem Programm beteiligt sich auch die UdSSR aktiv.

Die internationale Zusammenarbeit der Klimatologen wird enger und trägt ihre Früchte. Ein Ergebnis der Zusammenarbeit ist der Beitrag zur Erwärmung des politischen Klimas unserer Erde. Hier lautet die Prognose eindeutig: Eine solche Erwärmung kann nur zum weiteren Fortschritt unserer Zivilisation beitragen. In der Erklärung der Weltklimakonferenz von 1979 wurde betont, daß die "internationale Zusammenarbeit, die die Voraussetzung jeglichen weltweiten Klimaprogramms ist, nur im Frieden gedeihen kann".

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Mittelamerika wird in der Presse die "Contadora-Gruppe" erwähnt. Was stellt sie dar?
A. KALASCHNIKOW
Moskau

1983 fand auf der Insel Contadora (Panama) eine Beratung der Außenminister Venezuelas, Kolumbiens, Mexikos und Panamas statt. Daher "Contadora-Gruppe".

In der Beratung wurden die gespannte Lage in Mittelamerika sowie Fragen behandelt, die mit der Möglichkeit der Einberufung einer gesamtlateinamerikanischen Beratung der Außenminister oder der Regierungschefs zur Regelung von Konflikten, mit der Rolle der lateinamerikanischen Länder in der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit, mit der Festigung der ökonomischen Lage der Staaten der Region in Zusammenhang standen.

Die "Contadora-Gruppe" rief alle mittelamerikanischen Staaten auf, eine Minderung der Spannungen, die Schaffung einer Grundlage für die friedliche Koexistenz und gegenseitige Achtung auf dem Verhandlungswege anzustreben. Im Dokument der Januberatung sind die Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung bekräftigt.

Die Außenminister der "Contadora-Gruppe" besuchten fünf mittelamerikanische Republiken, um "sich mit verschiedenen Standpunkten vertraut zu machen".

Nikaragua wertete die Konsultationen der Außenminister der "Contadora-Gruppe" und Vertreter der fünf mittelamerikanischen Staaten als einen "wichtigen Schritt auf dem Wege zum Dialog und ... zur Überwindung der ernsten Krise in Mittelamerika, wobei die erstrangige Aufmerksamkeit den bilateralen Problemen in den Beziehungen zwischen Honduras und Nikaragua gilt". Zugleich brachten die Nikaraguaner ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß die Regierung von Honduras einem Druck von den USA ausgesetzt ist und daß ihre Haltung auf eine systematische Ablehnung der Friedensinitiativen hinausläuft, die die Herbeiführung eines unmittelbaren Dialogs bezwecken.

DISKUSSION MIT DEM LESER

In der Reportage über Montreal (NZ 4/83) haben Sie komplizierte nationale Probleme Kanadas angeschnitten. Wie stellen Sie sich aber deren Lösung vor? Sind Sie wirklich der Ansicht, daß die Erfahrungen der Sowjetunion, die vor 60 Jahren die Nationalitätenfrage auf die Tagesordnung setzte, auch für Kanada von Nutzen sein können?

Maurice ROUSSEL
Montreal, Kanada



Es diskutiert
das NZ-Kollegiums-
mitglied
Albert
PIN

Vor allem, Herr Roussel, möchte ich bemerken, daß die nationale Frage durch die Geschichte des gesellschaftlichen Lebens unseres Landes nicht erst vor 60 Jahren, als die UdSSR gebildet wurde, sondern viel früher in den Vordergrund gerückt worden war. Nach der Oktoberrevolution begannen die russischen Kommunisten, die Sowjetmacht, diese Frage sozusagen in die Bahn der praktischen Politik zu lenken. Die ehrlichen, edelmütigen Denker Rußlands machten sich schon lange Gedanken darüber, wie diese Frage zu lösen wäre. Sie werden es mir hoffentlich nicht verdenken, wenn ich in diesem Zusammenhang eine ausgedehnte, jedoch bemerkenswerte Voraussage anfüre: "Wir werden als erste der Welt kundgeben, daß wir eigenes Gedeihen nicht durch Unterdrückung von Persönlichkeiten der uns fremdstämmigen Nationalitäten erreichen wollen, sondern im Gegenteil, wir sehen es in absolut freier, selbstständiger Entwicklung anderer Nationen und in der brüderlichen Verbundenheit mit ihnen, in der gegenseitigen Ergänzung, indem wir uns ihre organischen Besonderheiten aneignen und ihnen Zweige zum Pflanzen geben, uns mit ihnen durch Geist und Seele verbinden, von ihnen lernen und sie lehren..."

Dieser Gedanke wurde 1877 geäußert — und was besonders erstaunlich ist — von einem Menschen, der den Ideen und Zielen der Revolution stand: von Fjodor Dostojewski.

Lenin, der Begründer unseres multinationalen sozialistischen Staates, ging davon aus, daß zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung eine andere Grundlage notwendig ist, und zwar: das sozialistische Produktionssystem und der Aufbau des Staates auf sozialistischen Prinzipien. Die Bildung der UdSSR — des freiwilligen Bundes — sou-

verärger Nationen — war eine prinzipiell neue Lösung der nationalen Frage.

Zum ersten Mal in der Geschichte wurde die multinationale Zusammensetzung des Landes aus einer Quelle ihrer Schwäche zu einer Quelle der Macht und des Gedeihens. Ich könnte viele Beispiele anführen, die von den Errungenschaften aller Republiken der Sowjetunion in verschiedenen Lebensbereichen Zeugnis ablegen. Ich möchte mich aber nur auf eine unbestrittene Tatsache beschränken: Die Schaffung von Bedingungen für das Aufblühen aller Nationen und Völkerschaften ist ausschließliches Verdienst des Sozialismus. Unsere Partei und der Sowjetstaat zeigten in Theorie und Praxis, daß der Kampf für eine echte Lösung der nationalen Frage vom Kampf für soziale Befreiung der Werktätigen nicht zu trennen ist.

Ob unsere Erfahrungen für Kanada von Interesse sind, müssen Sie und Ihre Mitbürger entscheiden. Aber offen gesagt, freuen wir uns, daß Ihre Mitbürger — kanadische Kommunisten — darüber nachdenken. "Die Lösung der nationalen Frage in der Sowjetunion hat große Bedeutung für Kanada, das einem ganzen Komplex von komplizierten nationalen Problemen gegenübersteht: gespannte Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Beziehungen zwischen Frankokanadiern und Anglokanadiern, Diskriminierung ethnischer Gemeinden und nicht zuletzt die Weigerung, der Urbevölkerung ihre legitimen Rechte zu gewähren", schrieb kürzlich der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Kanadas, William Kashtan.

In meiner Reportage ging es unter anderem um die Wechselbeziehungen zwischen Frankokanadiern und Anglokanadiern. Ich bekam in Kanada oft zu hören, daß diesen komplizierten nationalen Beziehungen, die in der Vergangenheit wurzeln, die ökonomische und soziale Ungleichheit zugrunde liegt.

Die im vorigen Jahr angenommene Verfassung Ihres Landes verweigerte, soweit ich es der kanadischen Presse entnehmen konnte, den Frankokanadiern das Recht auf Selbstbestimmung und Gleichheit und verbesserte dadurch die Beziehungen zwischen den zwei größten Bevölkerungsgruppen des Landes natürlich nicht. Den Weg zur Überwindung der

sie trennenden Reibungen und Kränkungen weist die Kommunistische Partei Kanadas. Sie setzt sich für den freiwilligen Bund gleichberechtigter Nationen — Anglokanadier und Frankokanadier — in einem unabhängigen, souveränen zweinationalen Staat ein, dessen Grundlage die Gleichberechtigung sein muß. Nach Meinung der kanadischen Kommunisten kann sie nur durch ökonomische und Strukturveränderungen gewährleistet werden. Gemeint wird die Schaffung einer konföderativen Republik mit einem Parlament aus zwei Kammern — der einen nach dem Beispiel des jetzigen Unterhauses mit einer der Bevölkerung proportionalen Vertretung und der zweiten Kammer (anstelle des bestehenden und nicht durch Wahlen gebildeten Senats), die aus der gleichen Zahl der gewählten Vertreter jeder der zwei Nationen bestünde. Die von der Kommunistischen Partei vorgeschlagenen Veränderungen sehen das Recht auf Arbeit, Gesundheitsschutz, Bildung, Wohnraum, auf Abschaffung aller Erscheinungsformen des Rassismus und der Diskriminierung vor. All das ist übrigens in der Verfassung der UdSSR verbrieft.

Bei der Verteidigung der Gleichberechtigung der beiden Nationen, des Rechts der Bevölkerung Quebecs auf Selbstbestimmung treten die kanadischen Kommunisten gleichzeitig gegen eine Lostrennung der Provinz, wonach die Separatisten streben, auf. Ob hier ein Widerspruch vorliegt? Nein. Das Recht auf Lostrennung soll man nicht mit der Frage nach ihrer Zweckmäßigkeit unter verschiedenen Verhältnissen verwechseln. Eben so gingen an dieses Problem die russischen Kommunisten heran. Der gleichen Ansicht sind auch die Kommunisten Kanadas. Die Interessen der Arbeiterklasse der beiden Nationen, die Interessen der gesamten Bevölkerung wären besser gewährleistet in einem großen und starken Staat, der auf freiwilliger, wahrhaft demokratischer Grundlage gebildet worden wäre. Liegt es etwa nicht auf der Hand, daß im Bestreben, die Unabhängigkeit Kanadas zu untergraben, die Imperialisten der USA den Separatismus in Quebec und in Westkanada mit seinen riesigen Naturreichtümern unterstützen?

Es ist schwer zu sagen, Herr Roussel, ob Sie die klassenmäßige Einschätzung der Lage in Kanada, den Standpunkt der Kommunisten teilen. Doch gerade das klassenmäßige Herangehen — das möchte ich noch einmal betonen — durchdringt die ganze Nationalitätenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaates, deren positive Erfahrungen immer mehr Sympathie in der Welt genießen.

PS

Teure Ex-Präsidenten

Die amerikanischen Ex-Präsidenten kosten dem Nachrichtenmagazin "U. S. News & World Report" zufolge die Staatskasse über 26 Mio Dollar jährlich. Nixon, Ford und Carter erhalten jeder eine Jahrespension von 70 000 Dollar. Doch das ist weitaus nicht alles. Riesige Summen verschlingt die Unterhaltung der Bibliotheken dieser und anderer Ex-Präsidenten. Es gibt auch nicht wenige "außerplanmäßige" Ausgaben. So der Kauf eines 12 000 Dollar teuren Orient-Teppichs für Carter oder die 500 Dollar für die gewaltsame Öffnung von Nixons Safe...

Vorsicht, Kinder!



In Hamburg ist eine Bande junger Gangster am Werk, schreibt die BRD-Illustrierte "Quick". Ihr gehören ca. 100 Jungen und Mädchen an. Auf ihr Konto kommen 800 aufgebrochene und ausgenommene Autos. Wie sich herausstellte, ist der 13jährige Dirk Bandenchef.

Zu Gast bei Wilhelm dem Schweiger

Der Engländer Fagan, der ins Schlafzimmer der Queen

eingedrungen war, hat einen Nachahmer in Holland gefunden. Ein junger Niederländer schlich sich, wie "Der Tagesspiegel" (Westberlin) meldete, in den Palast der Königin in Den Haag. Als er von der Wache entdeckt wurde, erklärte er zu seiner Entschuldigung, er habe... Wilhelm den Schweiger besuchen wollen — den Gründer des unabhängigen Holland, der im 16. Jh. lebte.

Bunte Hochzeit



In einem Restaurant Neapels, zur Hochzeit von Raffaele Lenbrano und Rosa Bride, stellte sich unerwartet die Polizei ein. Bei einigen Gästen wurden die Schußwaffen beschlagnahmt, einige Personen wurden verhaftet. Die Feier war gründlich verdorben. Die Ungeniertheit der Polizei, schreibt die portugiesische Zeitung "Diario de Notícias", erklärt sich dadurch, daß der Bräutigam ein Neffe von Lorenzo Nuvoletta, dem Anführer einer Gangsterbande, ist, auf deren Konto, wie die Polizei meint, eine Rekordzahl von Verbrechen kommt.

Seine erste Sünde

Gleich nachdem der 22jährige Emmanuel Robinson aus Shreveport (US-Bundesstaat Louisiana) getauft worden war, verletzte er das sechste Gebot der Heiligen Schrift — "Du sollst nicht stehlen". Robinson schlich sich in die Garderobe des Pfarrers, zog aus dessen Aktenkoffer Geld, ein Scheckheft, Dokumente usw.

Nur bis vier



Der Mulla des Dorfes Fatehabad, Ali Azam, ist 104 Jahre alt. Er hatte 4 Ehefrauen. Nichtsdestoweniger legte er sich Reuter zu folge eine fünfte Frau zu, die erst 16 Jahre alt ist. Diese Ehe löste Empörung bei den Dorfbewohnern aus, und sie verlangten, Azam die Mulla-würde abzuerkennen. Doch nicht wegen des enormen Altersunterschiedes, sondern weil die neue Frau die fünfte ist, und der Islam nur vier Ehefrauen erlaubt.

Theater oder Leben?

Der bekannte US-Filmstar Elizabeth Taylor und der nicht weniger bekannte britische Schauspieler Richard Burton waren bereits zweimal verheiratet, und beide Male endete ihre Ehe mit der Scheidung. Jetzt gastieren sie dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" zufolge gemeinsam in Boston, dann werden sie in New York in der Komödie "Private Lives" ("Privatleben") auftreten. Das Stück berichtet von ... Eheleuten, die sich scheiden ließen, dann aber erneut heiraten und "wie zwei gegeneinander aggressive Säuren im gleichen Reagenzglas" leben. Für den Fall, daß Zusammenstöße auf der Bühne zu "unangenehmen Folgen" führen, sind sie versichert. Elizabeth Taylor z. B. mit 3 250 000 Dollar.

Bislang ohne Geishas

Die buddhistischen Tempel in Japan machen beim Tourismus mit, um ihre Einnahmen zu erhöhen. Die "Japan Times" führt als Beispiel den Myokenji-Tempel an, der in der alten Hauptstadt Kyoto vor 660 Jahren errichtet wurde. Für 3500 Yen täglich wird den Touristen ein Zimmer in einem Gebäude mit malerischem Blick auf den Park und ein japanisches Frühstück angeboten. Englischsprachige Touristenprospekte für den Myokenji-Tempel werden bereits verbreitet.

Wechsel präsentiert

Nach dem Sieg der CDU/CSU bei den kürzlichen Bundestagswahlen tauchte in der "Westfälischen Rundschau" folgende Anzeige auf: "Der Aufschwung ist geschafft! Wo seid Ihr Unternehmer, Ihr Geschäftleute, Ihr Ausbilder der Christlich-Demokratischen Partei CDU? Hier ruft ein Stimmgeber des Aufschwungs, Vater einer 17jährigen Tochter mit Hauptschulabschluß. Wer hat noch einen Ausbildungssitz, wer wollte noch einen Ausbildungssitz zur Verfügung stellen — wenn nur, wenn nur der Aufschwung gewählt wird. Oder war dies alles nur Propaganda?"

Rekorde, Rekorde...



In der britischen Grafschaft Yorkshire ist ein eigenartiger Wettbewerb beliebt: Wer länger die Bisse von Frettchen aushält. Diese Tiere haben scharfe Zähne und Tatzen. Als Rekordhalter gilt jetzt der 74jährige R. Mellor. Er hielt es 5 Std. 26 Min. aus. Die Beine des Preisträgers waren von unzähligen kleinen Schrammen bedeckt.

Zeichnungen: V. Rosanzew